

14/12

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graubühne 5/6, und durch Postbestellung zu beziehen. Preis vierteljährlich DM. 2.50, von Woche zu Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen DM. 2.50, frei ins Haus DM. 2.92, wo keine Post am Orte, DM. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subskriptionspreis: 20 Pf. für die einmonatige Kolonialbeilage oder deren Raum 20 Pf. 4-wöchentliche Inserate 40 Pf. Druckzettel unter Zug 1 Pf. Anträge für Adressänderung 25 Pf. 4-wöchentliche Vereins- u. Versammlungszugaben 15 Pf. Sonstige für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 292.

Breslau, Sonnabend, den 14. Dezember 1912.

23. Jahrgang

Abjektung der Generale vor der Schlacht.

Wien, 12. Dezember 1912.

Während Oesterreich zum Kriege rüstet, und in dem Augenblick, da der Ausbruch des Krieges förmlich vor der Tür steht, sind die Generale, die für den Krieg als führende und verantwortliche Personen in Betracht kommen, abgejekst worden. Montag nachts wurde plötzlich bekannt, daß sowohl der Kriegsminister R. v. Aussenberg, als der Chef des Generalstabes Schenau, vom Kaiser ihre Entlassung erbeten haben und der Kaiser die Entlassung bewilligt hat. Die Welt zerbricht sich den Kopf, was wohl der Anlaß dieser Demission und der Grund dieser Entlassung sein könnte, denn daß es keine Kleinigkeit ist, inmitten der ernsthaften kriegerischen Vorbereitungen solche Aenderungen vorzunehmen, sagt sich natürlich jeder Mann. Hat man die zwei Leute entlassen, weil sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren? Das wäre doch jetzt ein peinliches Gesändnis und wohl geeignet, Oesterreich vor aller Welt lächerlich zu machen. Oder hat man sie weggeschickt, weil sie, wie man sich erzählt, bei dem Thronfolger in Ungnade gefallen seien? Das wäre nicht minder blamabel, denn was sollte man zu einem Staate sagen, wo persönliche Stürkereien über staatliche Notwendigkeiten selbst in einem so ernsten Moment stehen? Auch das müßte doch die Bevölkerung aufs stärkste beunruhigen und ihr Vertrauen zu der „alorreichen Armee“ aufs tiefste erschüttern. Um die Blamage dieser Abjektung vor dem Kriege zu beseitigen, wird jetzt erzählt, daß der Rücktritt des Kriegsministers schon seit langem eine beschlossene Sache sei; er wäre den Ungarn, die Herr v. Aussenberg neu früher her gram sind, versprochen worden. Aber das ist natürlich ein Unsinn, denn erstens muß die Krone auf die Wünsche des verstorbenen ungarischen Reichstages nun weniger als je Rücksicht nehmen, und zweitens würde man sich zu einer bloßen Auswechslung im Kriegsministerium wohl einen anderen Augenblick als den vor Ausbruch eines Krieges ausgesucht haben. Auch die Erklärungen über den Wechsel in der Leitung des Generalstabes klagen alles andere, denn beweiskräftig. Herr v. Högenhof gilt allgemein als das militärische Genie Oesterreichs und als der berufene Führer in einem Kriege, und so könnte es scheinen, daß man ihn holt, weil der Krieg nun jede Stunde entbrechen kann. Aber wie wäre dann der Krieg „vorbereitet“, wenn man erst jetzt die strategischen Pläne ansarbeiten sollte? Das muß doch, würde man meinen, alles längst fertig sein! Und wie soll der Herr Majus Schenau, der noch unlängst zur Besprechung mit dem Chef des Generalstabes in Berlin war, plötzlich ein derart dummes Kerl geworden sein, daß seine Entlassung unbedingt nötig wäre? Die Abjektung der Generale vor der Schlacht wäre ein Stoff für eine Posse, wenn die Sache, bei der es sich schließlich um Gut und Blut des Volkes handelt, nicht gar so traurig wäre.

Dabei muß man sich erinnern, daß sich der vorige Wechsel in beiden Ämtern unter ähnlich unbegreiflichen Normen vollzogen hat. Es wurde nämlich der frühere Kriegsminister Schenau, ein sehr begabter Soldat und moderner Mensch (in mancherlei an den preußischen Bronckart v. Schellendorf erinnernd), obwohl seine Stellung in den Parlamenten die denkbar beste war, knall und Fall entlassen und mit allen Zeichen von Ungnade brüskt verabschiedet. Warum? Weil er sich dem unberechenbaren, lächerlichen Wesen des Thronfolgers nicht knechtisch fügen wollte! Der Högenhof mußte wieder Lehrentschul weihen, und es ist ein Stück österreichischer Fronte, daß er gehen mußte, weil er den Krieg mit Italien vorbereitete, und nun gerufen wird, da die Dreibundfreundschaft mit Italien am dicksten scheint. Man sieht hier deutlich den Kampf um weiter Elitiquen am Hofe, wenngleich man nicht in jedem Fall zu erkennen vermag, was jede anstrebt und wofür sie intrigiert. Deshalb ist die Frage, was die Auswechslung in den zwei allerwichtigsten militärischen Stellen in Hinblick der Kriegsführung bedeutet, nicht leicht zu beantworten. Auf der einen Seite könnte der Conrad von Högenhof, der eigentliche Träger der Bestrebungen auf den Krieg, ohne Zweifel eine Verschärfung der politischen Situation bedeuten; es könnte sogar sein, daß damit die Kriegsdrohungen nach außen verstärkt werden sollen. Der Wechsel im Kriegsministerium, wo für den Aussenberg der bisherige erste Sektionschef Arabatin eintritt, besagt dagegen gar nichts; das ist ein bloßer Wechsel in den Personen, eine Degradation und ein Abancement, nicht mehr. Auf der anderen Seite scheint doch wieder der kriegerische Ernst in einem Staate sehr beeinträchtigt, in dem man die Führer vor der Schlacht abjekst und damit der Welt eigentlich sagt, daß man bisher untüchtige und unzulängliche Leute wirken ließ, womit der höhere Ernst, den man bisher zur Schau getragen hat, beträchtlich an Kredit verliert.

Aber vielleicht haben wir in dieser Auswechslung die Konturen eines verhängenen Krieges zu erkennen, des

Krieges zwischen dem friedliebenden Kaiser und dem händel-süchtigen Herrn Neffen, und vielleicht wird es wieder so kommen, wie es schon wiederholt kam: Daß der Thronfolger wohl in der Personenfrage, der Kaiser aber in der Sache Recht behält.

Jedenfalls ist die Geschichte, die den Unwillen der Patrioten und den Spott der Hochverräter erregt, für das verschlammte und innere Oesterreich ganz charakteristisch. Wenn man nicht befürchten müßte, daß die Herrschaften, um nun die Lächerlichkeit zu vertuschen, erst recht auf eine große Dummheit verfallen, würde die Abjektung der Generale vor dem Kriege in dem gesamten Europa das Ge-lächter auslösen müssen, das sie vollauf verdient.

Der Balkankrieg und die Mächte.

Der „Rölnischen Zeitung“ wird aus Berlin halbamtlich telegraphiert: „Was Sir Edward Grey gesagt hat, bestätigt das, was wir bisher über die Votchsäfterversammlung mitgeteilt haben, sowohl hinsichtlich ihres Charakters wie mit Bezug auf ihren Beginn. Wir können also damit rechnen, daß die Besprechung der Votchsäfter in der ersten Hälfte der kommenden Woche ihren Anfang nehmen wird. Was die Tätigkeit der Votchsäfter in dieser Versammlung betrifft, so kann man sicherlich der Erklärung zustimmen, die der „Temps“ davon gibt, indem er sagt, die Votchsäfter haben lediglich die Aufgabe, das Programm der europäischen Vereinbarung vorzubereiten, die die Vereinbarung der Balkanstaaten gut heißen will. Zum Programm der Londoner Verhandlungen wird aus Rom der Wunsch oder Antrag Oesterreich-Ungarns und Italiens nach Neutralisierung Albanens gemeldet, das als neutraler Staat unter den Schutz der Großmächte gestellt werden sollte. Es ist möglich, daß der Wunsch nach Besprechung eines solchen Planes besteht. Wir wissen aber nicht, ob bisher eine bestimmte Anregung nach dieser Richtung hin gemacht worden ist.“

Was der Krieg aus den Menschen macht!

Was der Krieg aus den Menschen, aus christlich getauften, kommunizierten, gesegneten Menschen macht, darüber entwirft der Salonkier Korrespondent der „Tagl. Rundsch.“ folgendes entsetzliche Bild:

Die türkische Macht ist zusammengebrochen, und Mazedonien ist ein Land, das aus tausend Wunden blutet. Man muß weit zurückgehen in der Geschichte, man muß weit nach Osten hineingehen, um ähnliche Grauel des Krieges zu finden, wie Mazedonien sie gesehen hat. Der Gegensatz der Rasse und der Religion (!) wirkte zusammen, um die Heeresmassen mit einer Art Raserei und Zerstörungswut zu erfüllen, wie nur zurückliegende Zeiten der Barbarei sie gesehen haben. Viele Städte sind zerstört, die meisten Dörfer verbrannt. Wohin griechische Truppen kamen, da gingen türkische Dörfer in Flammen auf; wohin türkische Soldaten kamen, da nahmen sie an griechischen Dörfern eine furchtbare Rache. Die Einwohner, die nicht geflüchtet waren, wurden einfach massakriert. Man hat gesehen, wie bei Karajeria griechische (also christliche) Soldaten türkische Bauern das Grab graben ließen und dann sie zusammenschossen, sobald sie in das selbst gegrabene Grab fielen. Man hat Frauen die Brüste und Hände abgeschnitten, hat kleine Kinder gegen die Wand geschlagen. Es schien, als wollte eine Rasse die andere ausrotten. Was man an Vieh und Schafen, an Pferden, Eseln und Schweinen fand und selbst nicht verwerten konnte, wurde totgeschlagen, um es nicht in die Hände des Gegners fallen zu lassen. Es war, als ob Menschen zu Vieh wurden. In die verlassen Häuser der Bahnbeamten, die zumeist Ausländer sind, brach man ein und hat alles vernichtet, was man fand. „Nicht ein Knopf ist ganz geblieben“, sagte mir mit zuckenden Lippen der Bahnmesser von Saraferia.

In Saloniki.

Und in Saloniki, der hochbegehrten, wie eine Frau umwordenen Stadt, die nun die Griechen besetzt haben, sind die Tausende und Abertausende türkischen Landvolks und türkischer Kleinbürger zusammengepöckelt. Unter ihnen wüthet schrecklich der Hunger, und in wenigen Tagen ist kein Mehl mehr in der ganzen Stadt. Wenn bis dahin nicht zu Schiff Mehl herüberkommt, dann kann eine Hungersnot ausbrechen, die kaum ihresgleichen haben dürfte! Schon fallen Menschen auf der Straße entkräftet um. Schon ziehen Soldaten ihre Bajonette, um sich den Zugang zu den Vorräten zu erzwingen. Und jeden Tag sterben zahllose Frauen, Kinder und Männer vor Hunger. Das Elend schreit laut gen Himmels, und in späteren Zeiten wird man nur mit Grauen der Bilder gedenken, die so furchtbar sind, wie man sie in Europa in Jahrtausenden nur wenige Male sieht. Denn auch der Typhus wüthet in den Lazaretten; und die Platten Berichten in der Quartieren der Flüchtlinge. Bei alledem kann in den trostlosen Wirtshäusern nicht an Mäherungsmaßregeln gedacht werden. Es fehlt nur noch, daß die Cholera von Konstantinopel herüberkommt und sich einnistet in den Zellkammern der gefangenen Soldaten.

die in Schmutz und Not leben, und in den von Flüchtlingen überfüllten Kasernen. Dann wird die Suche das letzte hinweg-raffen, was Schwert, Hunger und Krankheit noch gelassen haben.

Das ist der Krieg, zu dem zahlreiche Ueberpatrioten und Christen tagaus tagein hehen! Selbst in den Tagen, da die Weihnachtsvoischaft erklingt.

Die Panik in Galizien.

Der „Rölnischen Zeitung“ wird aus Wien gemeldet: In Galizien macht sich die Panik nicht nur geltend in Städten und auf die Sparkassen, sondern auch in ländlichem Verkauf von Gut und Gut und in der Flucht aus den Grenzbezirken. Vergebens sind bisher alle Bemühungen der Regierung, der Landesbehörden, des Polenklubs gewesen, durch Aufklärung in der Presse und durch öffentliche Ansprachen den Leuten klarzumachen, daß sie für ihr Privateigentum im Falle eines Krieges nichts zu fürchten hätten. Das ungebildete Volk zeigt sich keiner Belehrung zugänglich. Oberdrehen machen sich ge-wissenslose Menschen die Angst der Leute zunutze und vermehren dadurch die Aufregung.

Kann die betreffende Sparkasse den Andrang nicht sofort bewältigen, so flüchten sie den Geldgebern ein, sie würden ihr Geld nicht herausbekommen, und schwanken ihnen ihre Sparkassenscheine gegen eine geringere Summe als die erparste ab. Und denen, die ihr Erspartes glücklich aus-gelöst haben, suchen sie einzureden, Papiergeld werde im Krieges-falle wertlos werden, und nur Münzgeld werde vollen Wert behalten, das sie ihnen dann mit beträchtlichen Abzügen gegen ihr Papiergeld eintauschen.

Den Bauern aber machen sie weis, wenn die Russen ins Land kommen, würden sie alle Habe in Beschlag nehmen, so daß die armen Irreführten froh sind, ihre Pferde, ihre Kühe, ihre Wirtschaftseinrichtung ihre Vorräte mit großen Verlusten an die türkischen Wornel-schlagen zu können. Diese Zustände, zusammen mit dem Stillstande und dem Zusammenbruch vieler Fabriken und vieler Geschäfte, wobei sich wieder betrügerische mit den wirklich Bankrotten heillos mischen, beleuchten grell die Stimmung, die in Galizien die Kriegsvorbereitungen erzeugt haben.

Den Schaden, den sie anrichten, kann man schon fast den Kosten eines Krieges gleichachten. Durch die Ungewißheit aber wird er nicht vermindert, sondern vergrößert werden. Im Interesse des Landes muß man daher wünschen, daß bald Klarheit darüber geschafft werde, ob der Krieg ausbrechen oder der Friede erhalten bleiben wird.

Wieder eine Seite des Krieges, dieses Faktors, der die Völker „berjüngt“, wie unsere Kraftmeier versichern.

Politische Uebersicht.

Die Angst vor der eigenen Courage.

Mit diesem treffenden Wort, das Genosse Hoffmann in der Donnerstag-Sitzung des Dreiklassenhauses aussprach, ist das Nüchtlige Verhalten der Nationalliberalen und des Zentrums in der Angelegenheit der Zitterung des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers durch das Abgeordnetenhaus restlos gekennzeichnet. Da beschließen diese Leute, eine bestimmte Verhandlung — die über die Schaffung eines Gartens für das Abgeordnetenhaus — wegen der Nichtanwesenheit der zuständigen Minister zu vertagen und gemäß der Verfassung das Erscheinen des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers zu fordern. Was geschieht? Der Ministerpräsident erscheint wohl, aber nur um zu erklären, daß der Minister des Innern über die Sache reden werde. Sprachlos und entsetzt gesüßelten Schritte. Und dann ertönt des Dallwitzers liebliche Stimme, um außer allgemeiner Sympathie für die Gartenwünsche der Dreiklassenmänner nur zu verkünden, daß er weiter nichts sagen könne!

Der Kriegsminister ließ sich überhaupt nicht blicken. Und mit diesem glänzenden Ergebnis der großartigen Aktion ist die Mehrheit des Hauses zufrieden. Die Konservativen natürlich, denn dieser Partei des Absolutismus er-schmeichelt die Zitterung von Ministern durch ein Parlament ja schon als der Anfang des Umsturzes. Sie brauchen ja die Minister nicht zu zittern, denn zu Wasser und zu Lande, im Schlafen und im Wachen hat ein preußischer Minister sowieso zu ahnen und zu tun, was die Konservativen wünschen. Aber wie steht das „demokratische“ Zentrum, die neueste Oppositionspartei, da, und wie erp die Nationalliberalen des würdevollen Dr. Friedberg, bei an jenem 1. Dezember dem Fortschrittler Pippmann erp die Anregung gab, die Verberufung der Minister zu be-antragen! Nach den nichtssagenden Worten Besmanns und Dallwitzers nehmen diese Parteien den Antrag Seybe-krands an: auf jede weitere Erörterung im Plenum zu verzichten und die Angelegenheit der Budgetkommission zu überweisen. Dabei betont Herr Friedberg gegenüber unseren Rednern Girsch und Hoffmann und gegenüber den Fortschrittler Nachride und Pippmann, daß doch der An-las zu klein sei, um ihn zu einem Verfassungskampf aus-zunutzen. Treffend erwiderte Girsch, daß die Gesetzgebungs-traten bei einem weitaus pässenderen Anlaß nämlich bei

dem Wahle des Kantons, das Erscheinen der Regierung verlangt haben, wo aber wieder Herr Friedberg nicht dafür zu haben war, während er hier für die Gerbetzung der Minister gestimmt, sich dann aber auf die inhaltlichen Punkte der Ergänzungen hin mit der Ueberweisung an die Budgetkommission begnügt, die er noch am 4. Dezember, als sie damals von Seydebrand beantragt wurde, abgelehnt hat.

Nationalliberale und Meritale Mannesfeelen!

Es wird schon der Tag kommen, wo auch einer preussischen Regierung Respekt vor dem Parlament eintrichter werden wird. Aber freilich nicht von dem Dreiklassenparlament, das am Donnerstag wieder gezeigt hat, welche Behandlung es wünscht! Respekt wird die Regierung vor dem Parlament erst empfinden lernen, wenn dieses Parlament nicht mehr das Erzeugnis eines Verfassungsbruchs und des elendesten aller Wahlsysteme, sondern eine wirkliche Vertretung des Volkes des führenden Staates Deutschlands sein wird.

Morgen, Freitag, wird über die Belastung der kleinen Städte mit kostspieligen Verwaltungsaufgaben, über eine Verbesserung des Realcredits für den städtischen Grundbesitz, und über Antrag unserer Genossen hieselbst auch noch über die Aufhebung der Arreststrafen für Unterbeamte verhandelt werden.

Jesuitengesetz — Sozialistengesetz — Monistengesetz.

Die Anregung der „Kreuzzeitung“, aus Gründen der Konsequenz zum Jesuitengesetz auch ein Sozialistengesetz zu machen, ist bei Herrn Dertel auf fruchtbaren Boden gefallen. In seiner „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlicht er dazu einen, mit seinem persönlichen Zeichen versehenen Artikel, der den Gedanken des konservativen Schwesterblattes in viel ansprechender Weise ausbaut. Herr Dertel will nämlich nicht bloß ein Sozialistengesetz, sondern er fordert dazu noch ein Ausnahmegesetz gegen Monisten, Atheisten und andere Schlechte Christen. Nachdem er die Ausführungen der „Kreuzzeitung“ wiedergegeben, fährt er höchstpersönlich fort:

Jeder Unbefangene, der noch folgerichtig zu denken vermag, wird die Berechtigung dieser Darlegungen und der darauf beruhenden Mahnung an den Kanzler nicht bestreiten. Wir möchten aber die Ausführungen der „Kreuzzeitung“ noch nach einer Richtung hin ergänzen. Der Jesuitenpater Cohaus hat jüngst in Freiburg i. Br. religiöse Vorträge gehalten. Es ist ihm eröffnet worden, daß weitere Vorträge nicht gestattet werden können; ein für Pforsheim angelegter Vortrag ist verboten worden. Wie uns ein Besucher der Freiburgur Verammlungen mitteilt, hat der Jesuitenpater kein Wort gesagt, wodurch etwa ein evangelischer Christ hätte verletzt werden können... Und nun vergleiche man damit, was Herr Dertel in öffentlichen Vorträgen der letzten Zeit über das Christentum und seinen Stifter gesagt hat. Der Reichskanzler hat herab, daß durch die Zulassung der Jesuiten das evangelische Volksempfinden beeinträchtigt werde. Müssen nicht die Empfindungen aller gläubigen Christen, der katholischen wie der evangelischen, aufs tiefste verletzt werden, wenn der Atheismus seine fadenheißigen Angriffe ungehindert zu Werke tragen und dabei die gescheiterten Angriffe gegen den Götterglauben und das Christentum, gegen alles, was uns heilig und teuer ist, richten kann? Will man die gebotene Rücksicht auf das evangelische Volksempfinden legen, dann muß man den Atheisten und Christentumsfeinden, die diesem Empfinden ins Gesicht schlagen, das Handwerk legen. Wir hoffen, daß der Evangelische Bund in dieser Forderung mit uns übereinstimmen wird, denn auch er muß zugeben, daß die Atheisten, die Gottesleugner, die Christentumsfeinde weit gefährlicher sind für das evangelische Volk und die evangelische Kirche als die Jesuiten.

Wir haben schon gestern den Wunsch ausgesprochen, daß die konservative Reichstagsfraktion die Anregung der

„Kreuzzeitung“ zu einem Initiativantrag berücksichtigen möge. An der Erfüllung dieses Wunsches kann es nun kaum fehlen, nachdem sich ein so gewichtiges Mitglied der Fraktion, wie Herr Dertel, gleichfalls für die Idee ausgesprochen hat. Daß die Monisten dabei gleich mit erlegt werden sollen, ist nur zu begründen, es geht in einem Aufwaschen. Soffentlich werden die liberalen Theologen, die Nationalliberalen mit „Großblod“-Neigungen nebst sonstigen verdächtigen Elementen auch nicht vergessen. Konsequenz ist die Hauptsache! Wäre es auch nur die Konsequenz des Blödsinns.

Kodelfeller-Truist und Zentrum.

Herr Erzberger nahm Gelegenheit, sich im Reichstage dagegen zu verwahren, daß das Zentrum unter das Kommando des Kodelfeller-Truistes gegangen sei. Grund dazu gaben ihm Zeitungsnotizen, die dieses Verhältnis beleuchteten. So schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

Herr Kriebemann ist der Leiter der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Hamburg, und als solcher der Hauptvertreter der Standard-Oil-Interessen in Deutschland. Er steht persönlich in nahen Beziehungen zur römischen Kurie, und er ist zugleich ein eifriger und freigebiger Anhänger des Zentrums... Herr Kriebemann bekämpft, ohne Mühe und Kosten zu scheuen, das Monopol auf jede nur mögliche Weise. Und seine „Ausführungen“, die doch stets mit dem nötigen Quantum Stehps betrachtet werden müssen, haben auf das Zentrum offenbar überzeugend gewirkt — so überzeugend, daß das Zentrum seine Haltung vollkommen gewandelt hat. Das Zentrum braucht heute nicht mehr die vom Staatssekretär angekündigten vertraulichen Mitteilungen — es weiß im voraus, wie alles steht. Denn es braucht ja nur Herrn Kriebemann zu fragen. Herr Kriebemann ist der kundigste Petroleumfachmann in Deutschland. Und das Zentrum preßt sich glänzlich, einen so sachkundigen Berater zur Verfügung zu haben. Der Vertreter Kodelfellers in Deutschland kann sicher am besten sagen, wie Deutschland Kodelfeller — nicht bekämpfen soll.

Das ist ein Nobum in der deutschen politischen Geschichte. Eine große Partei heugt sich dem Diktum eines privaten Interessenten; das Monopol, das sie bisher gebietet Kodelfeller auch im deutschen Reichstage. In Amerika kauft er Senatoren, in Deutschland gewinnt er Einfluss durch die Parteistellung seines Geschäftsführers. Das ist ein Unterschied in der Form und den Mitteln. Aber im Effekt ist es das Gleiche.

Es scheint unbedingt notwendig, daß hier volle Klarheit geschaffen wird. Herr Erzberger hat bereits angegeben, daß Herr Kriebemann einige Tausend Mark in die Zentrumskasse gezahlt hat. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, warum, wieviel und unter welchen Umständen der Vertreter Kodelfellers gezahlt hat, und warum und unter welchen Umständen das Zentrum seine Schwendung vorgenommen hat. Es ist in der Tat das erste Mal, daß eine große Partei in Deutschland rundheraus der Käuflichkeit gezeihen wird. Da genügen keine Nebensarten, da muß klarer Wein eingeschenkt werden.

Die „Schlesische Volkszeitung“ weist heute in erregtem Tone die „frivolten Angriffe“ der „Frankfurter Zeitung“ zurück und führt ein halbes Schock liberaler Politiker, darunter bekannte Parlamentarier, an, die als Besitzer der „Deutschen Bank“ an dem Monopol ein persönliches finanzielles Interesse haben. Das sind ja nette Beschuldigungen!

Wer macht die Wahlen fürs Zentrum?

In den frommen Provinzialblättern Schlesiens befindet sich folgender Wahlanruf:

Reichenstein, 10. Dezember. Für die am 16. Dezember hier stattfindenden Stadtverordnetenwahlen sind

vom katholischen Arbeiterverein als Kandidaten aufgestellt von Pfarrer Wochter zur Wahl empfohlen für die 1. Klasse Bergmann Runge, für die 2. Klasse Dr. Götter.

Der „Katholische Arbeiterverein“ ist natürlich auch Reichenstein eine vollständig unpolitische, rein religiöse Organisation. Deshalb stellt er die Kandidaten auf, aber wie sie richtig gewählt sein sollen, muß sie der Pfarrer besonders empfehlen. Nun können die Schafe zur Urtreiben.

Angst vor zu viel Liebe.

Die Liebeserklärung, die die Freikonservativen auf ihren letzten Vorstandstag an die Adresse der konservativen Partei gerichtet haben, hat eine ziemlich kühle Aufnahme gefunden. Die „Konf. Korrespondenz“ veröffentlicht eine diplomatische Note, in der zunächst der Genugtuung über Freundschaftsbekundungen Ausdruck gegeben, dann aber wohl recht bedächtig gesagt wird:

Die deutschkonservative Partei ist sich vollkommen darüber, daß die Festigkeit und Geschlossenheit, mit der ihre Ansicht zu vertreten pflegt, aus verschiedenen Gründen nicht allenthalben Zustimmung finden kann, sie weiß auch, daß es der Vertretung ihrer Interessen bisher noch niemals Abbruch getan hat, wenn in deutschkonservativen Organisationen auch freikonservative Elemente vertreten waren. Es würde ihr also dort, wo dies der Fall ist, eine besondere Organisationsfähigkeit auf freikonservative Grundlagentheorien erforderlich erscheinen. Wenn aber dadurch etwa gar Unruhe und Zweifel in untergeschlossenen und feststehenden Organisationen getragen werden sollten, so würden wir eine solche mit Bemühen und Absicht in unsere Reihen getragene Tätigkeit als einen in der gegenwärtigen ersten Zeit besonders unerfreulichen Umstand ansehen müssen. Es mag aber bemerkt sein, daß die Freikonservativen hierfür bisher noch nicht zu unserer Kenntnis gelangt sind.

Die Sorge der Konservativen ist begreiflich. Denn die freikonservative Partei ist die richtige Sammelorgan unter den Parteien. Selbst ohne jede Kraft, sucht sie an Stamm der Konservativen und der Nationalliberalen den Nährboden für ihre spärlichen Schößlinge. Kein Wunder also, daß die Konservativen die freikonservative Liebe nur mit einiger Vorsicht genießen wollen.

Delbrücks Pläne und Ausfichten.

Die Stellungnahme des Staatssekretärs Delbrück zu den Angriffen des Abg. Müller-Meinungen gegen die pöplliche Gewerkschaftszensur ist an verschiedenen Stellen so ausgelegt worden, als ob sich Herr Delbrück auf die Dauer der Stellvertretung des Reichskanzlers nicht begnügen, sondern durch Anfreundung mit dem Zentrum den Boden für seine künftige eigene Kanzlerschaft vorbereiten wolle. Man hat sogar etwas von Differenzen zu erzählen gewußt, die zwischen Herrn v. Bethmann und seiner nächstgeordneten Stelle aus diesem Anlaß entstanden sein sollen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ tritt jetzt in einer offiziiellen Auslassung diesen Gerüchten entgegen.

Das Regierungsbüro rekapituliert zu diesem Zweck die Darlegungen des Staatssekretärs, soweit sie die Ablehnung der von Herrn Müller-Meinungen gewünschten Intervention betreffen und fährt dann fort:

Er (der Staatssekretär) hat dann ausgeführt, daß wie auf vielen anderen Gebieten so auch hier die Beziehungen der Kirche und ihrer Organe mit allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Fragen von eminenter politischer Bedeutung für den Staat werden können, dieser aber hiergegen solange die Kirche sich in den gesetzlichen Grenzen halte, nicht mit Gewaltmaßregeln vorgehen könne, sondern auf diplomatische Einwirkung angewiesen sei.

Im Anschluß daran hat der Staatssekretär ausdrücklich festgestellt, daß eine beratende Einwirkung aus Anlaß des Gewerkschaftsstreites in dem er-

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Holst.

160

Gedwig liebte Anton wie ihre erste, ihre täglich zunehmende, ihre letzte Liebe; wie nur ein junges Weib lieben kann, dem das Glück zuteil wurde, den Inbegriff ihrer unschuldigen, jungfräulichsten Neigung und Sehnsucht im Gatten zu erblicken. Wenn solche Liebe, solche Anhänglichkeit überhaupt jemals erlöschen kann, so darf man beinahe mit Gewißheit annehmen, der Gemahl habe sie durch seine Schuld erlitten. Was aber Anton hätte antworten müssen, um Gedwigs Herz, Gemüt und Seele von sich abzuwenden, das weiß ich wirklich gar nicht; meine Phantasie ist zu dürrig, Möglichkeit dafür auszusprechen. Dennoch zweifelte der in seiner Anhänglichkeit unerschütterliche Hönigsmönchliche Diawellen an der heiligen Ausschließlichkeit dieses Festes, weil die Geliebte sich durch keine Gewalt ehelicher Liebe von der Erfüllung künftiger Pflichten abhalten ließ. Aus diesen Zweifel ergab sich eine kleine Gistigkeit; hervor, eine ganz kleine, junge, niedliche, mit weicher Gedwig spielend fertig wurde, weil ein Wort von ihr, ein Blick genügt, das Schenkelchen in die Flucht zu schlagen, in den Winkel zu treiben, wo es sich verbergen möchte und eben nur johlend lacht besteht, der sie nur um desto mehr liebte. Denn Anton achtete und liebte seinen Schwiegervater auch, und er selbst würde endlich Gedwig geliebt haben, wenn sie neben ihm und um seinetwillen insparade gewesen wäre, den Mittelweiser zu veranschauligen. Was für ihn der Vater seiner Frau das war für diese Otilie. Gedwig liebte Otilie als eine fremdenreiches Mädchen, — aber sie konnte ihr doch niemals ganz begreifen, daß sie einst Anton's Aileinmutter war. Es genügte, diesen kühnen Namen nur auszusprechen, damit Gedwig, sei es auch nur auf einen Moment, wachig werde. Sie hatte für diese Empfehlung, die sie selbst eine höchst alberne nannte, niemals Fehd, sie meldete sich selbst, die eheliche Seele, ja, es ist dann fast Minuten her, da hüdele ich mir ein, ich konnte es nicht auf mich sein.

Der Otilie zu entgegenen pflege: „Warum das nicht? Die Otilie hat schon längere Zeite dazu gemacht.“

Dann lachte Gedwig und sagte: „Du bist kumm? Und Otilie antwortete: „Ach, Du bist nicht kumm.“

Dann lachten sie beide. Und Anton kam dazu und sagte: Gedwig.

Otilie aber sprach: „Den Tag möchte er mir nur geben, wenn ich nicht Bekand gehabt hätte für ihn — und für mich.“

Anton sagte Otiliens Hand.

Otilie rief: „Siehst Du, wie handbar er mir ist, daß ich ihn nicht kumm?“

Dann hüdele der Mittelweiser herein, und seine Tochter war

schlang ihn mit beiden Armen und sagte: „Du bist mein guter, treuer Vater, Du machst mir niemals Kummer.“

Außer wenn ich Deine Audeer mit dem Säbel in die Hüfte schlage!“

Und Gedwig machte sich von Vater los, neigte sich zu Anton, fuhr ihm in die Loden, schüttelte ihn und flüsterie: „Hab' ich ihn doch!“

Es verging der Winter.

Und der Frühling kam wieder; der böse Frühling! Wie er lächelnd, mit Blüten umkränzt, seinen Einzug hält, Leben verheißend und Lust, doch im Herzen birgt er den Tod, der Sengender!

Sie hatten einen Gang ins frische Grün gemacht. Die Matrone brannte wie im August. Die Luft war schön und schwer. Sie suchten den Schatten des nahen Buchenwaldes.

Anton und Gedwig gingen davon und plauderten von ihren Hoffnungen. Gedwig wollte wissen, ob ihr Kind, wenn es zur Welt käme, ihr oder seinem Vater ähnlich sehen werde, ob es blaue Augen haben werde oder braune; ob es ein Anton sein werde oder eine Julia — denn nach unserer guten Gräfin muß es heißen.

Ja, gewiß. Und ist's ein Junge, muß er Julius heißen, nicht Anton.“ Es ist auch besser, daß er nicht nach dem Vater genannt werde, schon der Verwechslungen wegen. Nehmen wir an, ich sagte eines Morgens zu Otilie: „Ich habe wenig geschlafen, mein Anton hat die ganze Nacht gekriechen, — was möchte sie von Dir denken?“

Otilie, den Mittelweiser führend, folgte ihnen. Ein anstößiger Auszug aus ihrem Munde hätte Gedwigs zärtliches Gesicht überfallen. Sie wendeten sich, Gedwigs Vater lag am Boden, Otilie kniete neben ihm. — Ein Gewitter zog in der Ferne heran.

— Der alte Soldat schien tot. Gedwigs herzdurchschneidendes Jammergeschrei wurde ihm noch einmal aus seiner Kehle gedrückt. Er versuchte die Augen zu öffnen, die ihn umgeben zu erkennen, reichte Anton und Otilie die alttönden Hände und zog dann Gedwigs Kopf an seine Brust:

„Im Frieden! Im Frühling! Im Rot! Amnonendon-ner! Reite Schlaaf! Mein Kind, — mein Sohn, hab' auch lieb!“

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

Anton hatte schon beim Erwachen des Frühling, in dem er sich immer unklarer Bangigkeit gehabt, einer Parabe, die ihn fortwährend hinaustrieb, auch ohne bestimmte Grund sein Gebiet nach allen Richtungen zu durchstreifen: zu Wägen, zu Pferde, wie zu Fuß! Es fehlte ihm etwas, er konnte nicht ausfinden, was es sein würde. Der plötzliche Tod seines Schwiegervaters, die Krankheit Gedwigs, der Schmerz über den Verlust eines schon vor der Geburt gestorbenen Kindes, — dies alles hatte seinen Gedanken eine andere Richtung gegeben.

Gedwigs weltliche Plage und Bitte am Grabe des Mittelweisers brachte ihn wieder auf die gefährliche Gräber, in die er vor einem Monat verbannt gewesen.

Was kann mir denn fehlen? fragte er sich, mir, der das Glück mit Gehen überhäuft? Daß mein Schwiegervater sterben, bald sterben würde, wußte ich, als ich Gedwig heiratete; Gott hat ihm das letzte Lebensjahr nur noch geschenkt, damit er sich freuen dürfe, seine Tochter verheiratet zu sehen. Nicht daß er uns verließ, daß ich belagert, nur zu danken haben wir, daß er uns noch so lange gelassen ward! Daß mein Kind das Licht dieser Sonne nicht erblickte, ist die natürliche Folge von Gedwigs kindlicher Liebe: sie fandet sich wieder wohl und wird künftig auch eine beglückte Mutter sein. Ich bin reich, unabhängig, jung, kann Gutes schaffen in meinem Wirkungskreise; die Bewohner von Nebenau haben mich gern; ich liebe meine Frau, meine Frau liebt mich... was kann mir denn fehlen? — Wie, wenn es die Freiheit wäre? —

Nun habe ich Dich allein! Wende Dich niemals von mir! Gewiß, sie hat recht, sie ist mein schönes, gutes, frommes Weib, sie hat recht, von mir Treue zu fordern bis über's Grab! —

Und doch, wie wenn es nun der Gedanke wäre, so um mich gestellt zu sein, der mich beruhigte? Es wäre so recht, denn noch ist es nicht unmöglich. Ich war elend, das ist es nun, nach Ruhe, nach einer Heimat. Nun habe ich beides, habe es nun überreichem, jeden Wunsch übersteigenden Maße;... und nun entbehre ich, was mich damals quälte, jene Freiheit der Armee, deren Heimat die ganze große Erde heißt: —

Wie erantie ich diese entvante! fragt der französische Chantonnier, dessen Lieber ich in Paris kennen lernte. Wohl wahr! In diesem Hause sind mir sieben Jahre verfliegen, sieben Jahre voll Rot und Lust. Die Rot ist vergessen, die Lust nicht nach. Sie überfällt mich bisweilen, daß ich nur gleich aufspringen und davonlaufen möchte über alle Berge hinaus! Ich weiß sehr gut, ich würde nicht lange laufen: ich würde bald wieder heimkehren nach meinem lieben Nebenau: — aber ich hätte die Lust doch gehabt, ich hätte doch wieder einmal von Schäume der vollen Jugendfreiheit genost. — Für einen Vater erlidi ich das nicht. Ich soll ein Mann sein, ein erster, würdiger Gutsbesitzer; darf meine Gemahlin nicht verlassen, muß nach der Wirtschaft sehen, die Beamten kontrollieren, muß im Geschäft des soliden Lebens stehen, darf nicht über den Strang schlagen, für gläubig abscripsen, für Gläubig meines Reichthums, —

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

1911 ist, die Reichsleitung erachte die Entwicklung der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften in den Bahnen, in denen sie sich bis dahin bewegt habe, als dem Staatswohl nützlich und wünschenswert, sie habe dieser Auffassung auch Ausdruck gegeben; nachdem jedoch die Gewerkschaften selbst einen Mobus gefunden hätten, der nach ihrer Auffassung zurzeit befriedigend, keine Veranlassung mehr vor, sich mit dieser, wie anzuerkennen sei, ernstlichen und wichtigen Angelegenheit weiter zu befassen.

Es ist hiernach verfehlt, die Rede des Staatssekretärs in Zusammenhang mit der durch die Jesuitenfürsorge geschaffenen Jollit leben Situation zu bringen, oder gar aus ihr auf tatsächliche Differenzen zwischen dem Reichsminister und dem Staatssekretär des Innern zu schließen.

Diese offiziöse Note ist, wie man nicht verkennen kann, um einen Ton scharfer, als die vom Staatssekretär im Reichstag abgegebene Erklärung. Man wird daraus schließen können, daß zwischen dem Reichsminister und seinem Stellvertreter trotz aller Ablehnungsversuche gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen. Herr v. Bethmann ist nicht völlig frei von reichsparteilichen Kulturkampftraditionen, während Herr Delbrück verbindliche Natur auch auf diesem Gebiet alle inneren Krisen verabscheut. Gewonnen wäre schließlich etwas, wenn Herr Delbrück eines Tages doch als erster Bürgerlicher auf dem Reichsministerstuhl Platz nehmen würde. Da würde nur ein Bureaukrat den anderen ersetzen.

Ein Kreuzzug gegen die Schweiz.

Ueber die Deffnung des P. J. Münsters für den internationalen Sozialistenkongress und die Begrüßung des sozialistischen durch die Schweizer Behörden kann sich die edle „Kreuzzeitung“ noch immer nicht beruhigen. Eine Schilberung jener Vorgänge in der „Arbeiterjugend“ nimmt sie zum Anlaß, um folgende neue Schimpfkanonade gegen die Schweiz loszulassen:

Man hat bis jetzt vergeblich darauf gewartet, daß in der Schweiz sich mächtige Stimmen erheben würden, um gegen das unerhörte Vorgehen der weltlichen und kirchlichen Behörden in Basel der roten Internationalen gegenüber und insbesondere wider die Ueberlassung der ehrwürdigen Münsterskirche für die sozialdemokratische Massenversammlung und wider das Geläut der Glocken bei dieser Gelegenheit stammenden Protest zu erheben. Wären denn die Schweizer durch diese Indolenz die Schmachvollen Vorgänge in Vergessenheit bringen zu können? ... Hat sich noch nicht der gesamten schweizerischen Eidgenossenschaft Schamgefühl?

Ueber die offensbare Begünstigung der christlichen Programmente durch Synode und zarische Regierung hat sich die „Kreuzzeitung“ noch niemals aufgeregt. Dafür hat sie die sozialdemokratische Presse, wenn sie über russische Zustände scharfe Worte der Kritik gebraucht, stets der Hege gegen einen befreundeten Staat beschuldigt. Mit der Schweiz ist es jedenfalls etwas ganz anderes. Die Junker können es nun einmal nicht vertragen, daß in irgend einem Lande der Welt nach anderen als nach ihren bornierten Polizeigrundsätzen regiert wird.

Reichsregierung und Tabakruß. In Beantwortung einer von Mitgliedern der wirtschaftlichen Vereinigung gestellten Anfrage erklärte Schatzsekretär Kühn:

„Die Bestrebungen des amerikanischen Tabakrußs, in die deutsche Tabakindustrie einzudringen, sind der Reichsleitung bekannt. Die Vorgänge werden im Einvernehmen mit den Vertretern des Tabakgewerbes aufmerksam verfolgt. Zu der Frage, ob Abwehrmaßnahmen möglich und erfolgversprechend erscheinen, ist bisher keine Stellung genommen worden.“

Der neue Prinzregent von Bayern. Die Eidesleistung des Prinzregenten Ludwig auf die Verfassung, wird von den vereinten Mitgliedern der Kammer, des Landtages und des Staatsrates in der Residenz München erfolgen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen in ihrer Abendausgabe einen bemerkenswerten Artikel, in welchem die Frage aufgeworfen wird: Prinzregent Ludwig oder König Ludwig III? Das Blatt tritt dafür ein, daß dem Lande nun wieder ein wirklicher König gegeben werde. — Es ist doch ohne ihn ganz gut gegangen.

Im heftigsten Landtage kam am Mittwoch der Konflikt zwischen den beiden Kammern und der Regierung zum Austrag. Die Regierung hatte im Juni die als Teil des Beamtenbesoldungsgegesetzes beschlossene Besoldungsordnung der Kammerbeamten nicht ausgeführt. Beide Kammern hatten einstimmig die Vorlagen betr. die Parlementsbeamten beschloffen, und die Regierung hatte deutlich zu erkennen gegeben, daß sie nichts einwenden werde. Trotzdem hatte die Regierung den Beschluß nicht vollzogen. Die Parlementsbeamten sollten so gestellt werden wie in Bayern, Württemberg und Baden. Ein Antrag des Abg. Ad. Delung (Soz.) bot nun Veranlassung, daß am Mittwoch die Zweite Kammer einstimmig ihr Bedauern über die Fällung der Regierung ausdrückte und beschloß, auf den früheren Beschlüssen zu beharren. Inzwischen ist die Regierung bereits im Umfalle begriffen; sie hat zugestanden, daß die Differenz im Gehalt der Kammerbeamten einstreifen aus dem Dispositionsfonds der Kammer genommen werden solle und daß bei der demnächst erfolgenden organischen Regelung der Beamtenbesoldung gegen die Wünsche der Kammer „grundfähliche Bedenken nicht bestehen“. Der Initiative der Sozialdemokraten ist es zu verdanken, daß die Regierung sich in diesem Falle dem Willen der Volksvertretung fügt. In der Regel ist es umgekehrt: die schwarzblaue Mehrheit exportiert auf jeden Regierungsminister. Auch im vorliegenden Falle wäre mancher der bürgerlichen Volksboten gern bereit gewesen, sich selbst zu dementieren.

Der mecklenburgische Verfassungstreit. Der mecklenburgische Landtag in Malchin hat die Verfassungsvorlage der Regierung bereits am 14. November d. J. abgelehnt. Die Regierung der beiden Großherzogtümer verlangte darauf mit allem Nachdruck eine neuerliche ernsthafte Beratung der Vorlage. Die Ritterschaft hat nunmehr die Verfassungsvorlage mit derselben Begründung wie am 14. November abgelehnt und damit ist die Vorlage endgültig gescheitert. Der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ will nun über die Absichten der Regierung erfahren haben: Als der Abg. Derfeld (Soz.) im Reichstag seine Anfrage über die mecklenburgische Verfassungsfrage stellte, verlangten die mecklenburgischen Regierungen vom Bundesrat die schriftliche Zurückweisung einer Einmischung des Reichstags. Das habe der Bundesrat abgelehnt, um freie Hand zu behalten. Die mecklenburgischen Regierungen seien entschlossen, im Februar des nächsten Jahres den Landtag von neuem einzuberufen und zwar unter dem Druck der Androhung einer Dekretierung. Im Falle einer abermaligen Ablehnung wollen die Regierungen dann übergeben, eine Verfassung zu erlassen, welche die finanzielle Lage dazu dränge.

Freiburger Konservativen. Die „Konservative Korrespondenz“ teilt mit:

Bei der Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum im Reichstage gegen den Reichsminister wegen der Fleischsteuerung haben die beiden konservativen Reichstagsabgeordneten von Böhlendorff-Rödin und von

Bonin sich der Abstimmung enthalten. Um nicht mißverständliche Auffassungen hierüber aufkommen zu lassen, teilen die beiden Herren der „Konservativen Korrespondenz“ mit, daß sie hierdurch einem prinzipiellen Standpunkte haben Ausdruck geben wollen. Beide Herren sind nämlich der Ansicht, daß sowohl in der Verteilung von Vertrauens- wie auch von Mißtrauensvoten an die verantwortlichen Leiter der Reichsregierung eine bedingte Anerkennung des parlamentarischen Regierungssystems liege, also eines Zustandes, den sie nach ihrer innersten Ueberzeugung unter keinen Umständen billigen können. Dieser Ueberzeugung glaubten sie am besten durch Enthaltung der Stimme Ausdruck geben zu können.

Diese Zielbewußtheit in allen Ehren, aber da müßten die beiden konservativen Abgeordneten logischerweise die weiteren Konsequenzen ziehen und es ablehnen, ein Reichstagsmandat auszuüben. Wer schon auf dem Standpunkt steht, daß man der Regierung nicht widerspreche, kann nicht Anspruch darauf erheben, als Vertreter des Volkes betrachtet zu werden. Diese äußerste Konsequenz zu ziehen fällt allerdings weder dem Herrn von Bonin noch dem Herrn von Böhlendorff ein. Immerhin wünschen wir, daß die beiden Herren viele Nachfolger finden. Das Mißtrauensvotum kommt dann leichter zustande.

Preussische Maßnahmen gegen die Fleischnot. Die Einfuhr holländischer Schlachtrinder nach Bielefeld ist vom Minister untersagt worden, ohgleich der ehemalige preussische Minister Graf Bismarck das Gesuch unterstützt hatte. Der Minister sagt in seinem ablehnenden Schreiben, daß der Bielefelder Schlachthof seinen eigenen Viehanschuß habe und zweitens vom Güterbahnhof zu weit entfernt sei. Deshalb bestehe Seuchengefahr. Nun beachte man aber, daß die Viehfahrt in der nur wenige Kilometer von Bielefeld entfernt liegenden Stadt Detmold, wo erst vor wenigen Tagen wieder ein holländischer Viehtransport eintraf und durch die Stadtverwaltung verläuft wurde, nicht besteht. In Detmold hat allerdings der preussische Minister nichts zu sagen. Vemestenswert ist auch, daß ein ehemaliger Minister jetzt, wo er mit den Bedürfnissen im Volke näher vertraut geworden ist, sich gegen die scharfe Grenzsperrung ausspricht.

Wie sie Frieden halten! Der Papst befiehlt, daß die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Fachabteilungen nun miteinander in Frieden auskommen sollen. Die Bischöfe in Deutschland haben dem Papst die Versicherung gegeben, daß es so sein werde. Aber Papst und Bischöfe machen ihre Rechnung ohne jenen Teil der christlichen Gewerkschaften, die sich durch Papst- und Bischofsbesetze durchaus nicht gebunden fühlen. Zu dieser gehört der Ingelekt des christlichen Gärtnerverbandes, Clemens Seidensticker. In einer Versammlung, die in der christlichen Kongressstadt Essen am 7. Dezember stattfand, rief dieser Herr in den Saal:

„Die gemeinste Lügengesellschaft sind die katholischen Fachabteilungen!“

Seidensticker ist Gesinnung von Franz Behrens und gleichen religiösen Kalibers wie dieser. Beide sind evangelisch. Wie schrieb doch das Organ Franz Behrens, „Die Arbeit“: „Hier sind die Grenzen Deiner Macht, Rom!“

Wogegen deutsche Studenten protestieren. In Göttingen hatte die Polizeiverwaltung vor kurzem die Polizeistunde für Gastwirtschaften im Einvernehmen mit dem Vorstand des Wirtvereins auf zwei Uhr nachts festgesetzt. Diese Maßnahme hat den lebhaftesten Protest der Studenten und derjenigen Gastwirte hervorgerufen, die in der Hauptsache Studentenverkehr haben. Die Polizeidirektion hat sich nun entschlossen, die Polizeistunde für Gastwirtschaften ausnahmslos auf nachts 3 Uhr, aber Sonnabends und Sonntags auf nachts 4 Uhr festzusetzen.

Endlich hört man etwas von deutschen Studentendemonstrationen. Wenn auch nicht gerade für Wahlrecht und Volksfreiheit, so doch wenigstens für unbeschränktes Saufen.

Ausland.

Ein französisches Mutterstuhngesetz.

Vor vierzehn Jahren hatte der Senator Paul Strauß einen Gesetzesentwurf eingebracht zum Schutze schwächerer Arbeiterinnen. Wie auf allen anderen sozialpolitischen Gebieten hat sich die republikanische Bourgeoisie auch auf diesem äußerst schwierig gezeigt. Immer und immer wieder schob der Senat seine Entscheidung über den Straußschen Entwurf hinaus. Ihn einfach abzulehnen wagte er allerdings nicht, da keiner der Herren Senatoren etwa den Mut fand, das Projekt für überflüssig zu erklären. Vor einigen Tagen ist es nun endlich zur Annahme gelangt. Die Hauptbestimmung des neuen Gesetzes, das von der Kammer noch gutgeheißen werden muß (die das Recht hat, Verbesserungen daran vorzunehmen), besteht darin, daß Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten vier Wochen vor und vier Wochen nach der Niederkunft eine finanzielle Unterstützung gewährt wird; und zwar vier Wochen vorher, wenn ihnen ärztlich bestätigt wird, daß es für ihr Leben und für das ihres Kindes gefährlich ist, wenn sie weiterarbeiten — vier Wochen nachher, wenn sie tatsächlich nicht zur Arbeit gehen, sondern die vorgeschriebenen Pflegebedingungen erfüllen. Im Höchstfalle kann die Unterstützungsperiode vor und nach der Niederkunft auf je acht Wochen ausgedehnt werden.

Zur Wahlreform in Frankreich.

Die französische Kammer hat kurz vor Schluß ihrer diesjährigen Sommeression einen Gesetzesentwurf zur Einführung des Proporzgesetzes zugestimmt. Dem Senat, dem darauf die Vorlage zugeht, hat sich bisher nicht sehr beeilt, sie zu erledigen. Er hat eine Kommission gewählt, die in der Mehrheit aus Feinden des Proporzgesetzes besteht. Die Beschlüsse, welche die Kommission seit der Wiedereröffnung der parlamentarischen Tätigkeit fakte, zeigten, daß sie entschlossen ist, von dem Kammerentwurf nicht viel übrig zu lassen. Wesentliche Bestimmungen zur Durchführung des Proporzgesetzes, wie die Verteilung der Mandate auf Grund eines Wahlquotienten, sind von der Kommission ausgeschlossen worden. Um die Debatte möglichst zu verlängern, sind der Kommission nicht weniger als vier Gegenprojekte vorgelegt worden. Es steht heute fest, daß die Frage der Wahlreform vor der Wahl des Präsidenten der Republik nicht mehr im Plenum des Senats verhandelt werden kann. Der Grund für dieses Manöver der Republikaner mag darin zu suchen sein, daß sie einen dem Proporz feindlich gesinnten Politiker auf den Präsidentenstuhl erheben wollen, um dann dessen Autorität gegen den Kammerentwurf auszuspielen.

Während sich die Senatskommission bemüht, den Proporz unmöglich zu machen, hat die Kammerkommission für das allgemeine Wahlrecht, in der eine proporzfreundliche Mehrheit sich, soeben bewiesen, daß sie ihren Reformeifer nicht verloren hat. Sie beauftragte ihren Vorsitzenden, den Demokraten Ferdinand Buisson, der Kammer einen Gesetzesentwurf über Einführung des Frauenwahlrechts bei den Gemeinde- und Departementwahlen vorzulegen. Die Sozialisten haben dem Antrag zugestimmt, um zu ermöglichen, daß die Frage überhaupt im Plenum diskutiert wird, sie bezielten sich aber vor, jederzeit für die Ausdehnung des Frauenwahlrechts auf die allgemeinen parlamentarischen Wahlen einzutreten.

Anfrage über den russisch-französischen Handelsvertrag in der französischen Kammer. In der gestrigen Kammeression wandte sich der Abgeordnete Reboul an den Minister des Außen mit der Aufforderung, der Kammer die Bedingungen, unter denen der russisch-französische Vertrag abgeschlossen worden sei, mitzuteilen. Die Antwort vom Minister lautete, der Minister bedauere, daß die französische Regierung nicht in der Lage sei, dem Hause von den Bedingungen des Abkommens Kenntnis

zu geben. Was braucht denn auch das französische Volk zu wissen, unter welchen Voraussetzungen es etwa für den Baren zu bluten hat.

Schlechte finanzielle Lage Oesterreichs. Nach einer Londoner Meldung des „Times“ betrachtet man in dortigen Finanzkreisen die finanzielle Lage Oesterreichs als sehr schlecht. Diese Krise gestalte sich umso bedrohlicher, als die gegenwärtige Situation der Doppelmonarchie die zu bedeutenden Ausgaben zwingt, was einen unangenehmen Einfluß auf den gesamten österreichischen Handel ausübe.

Die drohende Lage in Ungarn. Wegen der überaus drückenden neuen Steuerläge, welche am 1. Januar in Kraft treten sollen, und deren Suspension auch von vielen Abgeordneten der Regierungspartei gefordert wird, droht ein ernstlicher Konflikt, da der Finanzminister Teleky mit seiner Demission und die Hauptstadt mit der Verweigerung der Durchführung der Gesetze droht, falls nicht ein einjähriger Aufschub bewilligt werde.

Der neue Bundespräsident der Schweiz. Die vereinigte Bundesversammlung wählte zum Bundespräsidenten für 1913, Bundesrat Müller mit 194 von 203 Stimmen und zum Vizepräsidenten Hoffmann mit 197 von 203 Stimmen.

Spaniens Steuerreformen. Die spanische Regierung will durch Erhöhung des Goldvorrats den Übergang zur Goldwährung anbahnen; es soll eine Kasse geschaffen werden, die den Goldbedarf der Banken usw. nötigenfalls auch unter dem Kurs deckt und weiterhin sollen 300 Millionen Integral goldgedeckter Banknoten ausgegeben werden. Dreizehn Institute ausländischer Gesellschaften sollen stärker und zwar mit mindestens 10 Prozent des Gesamtkapitals der Gesellschaft oder des Gesamtgewinns zur Ertragssteuer herangezogen werden. Die Steuerreform soll nicht nur höhere Steuern einbringen, sondern auch zur Selbständigmachung der Dreizehn Institute anregen.

Der Krieg auf dem Balkan.

Danens Hoffnungen.

Der bulgarische Sobranjepäsident Danew, der sich auf der Durchreise nach London einige Stunden in Berlin aufhielt, erklärte sich einem Mitarbeiter des „V. Z.“ gegenüber, von dem Erfolge seiner Besuche sowohl in Varelst als in Wien sehr bestedat. Namentlich könne er konstataren, daß keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bulgarien und Rumänien bestehen. Von der Volksparteikonferenz erhofft Danew sehr viel. Auf die Frage nach der Basis der Friedensverhandlungen antwortete er, die Basis solle eine rein humanitäre sein. Es soll unser aller Bestreben sein, dem schrecklichen Blutvergießen endgiltig Einhalt zu tun. Aus den Trümmern soll neues Leben erblühen, auch für die Türken. (1) Wir wollen ein politisches und wirtschaftliches Verhältnis anstreben, zwischen der Türkei und den Balkanstaaten, das beiden Teilen zum Segen gereichen soll.

Rußland vertritt seine „Schwäche“.

Dem „Lokal-Anzeiger“, der gute Verbindungen nach Russland unterhält, wird aus Petersburg geschrieben: In Petersburg politischer Kreise verlautet, die russische Regierung sei nicht geneigt, durch ihren Vertreter auf der Londoner Volksparteikonferenz die persönlichen Ansprüche auf einen souveränen Adriahafen zu vertreten. Dagegen werde Graf Wendendorff voraussichtlich erklären, daß seine Regierung bereit sei, für einen wirtschaftlichen Stützpunkt Serbiens an der Adria auf neutralem Gebiet und für eine dort insubende neutrale Bahnhalle diplomatisch einzutreten. Man nimmt hier an, daß von Seiten Oesterreich-Ungarn einem solchen Verlangen Serbiens keine Schwierigkeit entgegengestellt werden dürfte und erklärt, der Standpunkt der offiziellen russischen Politik sei über diese Auffassung von Haus aus nicht hinausgegangen.

Die Cholerafälle in Konstantinopel.

Konstantinopel, 12. Dezember. Die Zahl der seit dem 5. November in der Stadt vorgekommenen Cholerafälle beliefert sich auf 1661. Davon nahmen 717 einen tödlichen Verlauf. Am 7. Dezember wurden 101, am 8. Dezember 106 und am 9. Dezember 94 Choleraerkrankungen festgestellt.

Parteiangelegenheiten.

Bei den Bürgerauswahlwahlen in Württemberg wurden eine Reihe weiterer schöner Erfolge erzielt. In Ulm vereinigten sich unsere Genossen mit der Volkspartei zu einem gemeinsamen Wahlvorschlag mit dem Ergebnis, daß zwei Sozialdemokraten mit der höchsten Stimmenzahl gewählt wurden. — In Tübingen ging die Volkspartei mit den Nationalliberalen und machte auch dem Zentrum Zugeständnisse. Trotz dem wurden neben vier bürgerlichen drei sozialdemokratische Vertreter gewählt. — In Calw wieder kam ein Sozialdemokrat mit Hilfe der Volkspartei aufs Rathaus. — In Bödingen der Herr Heilmann und in Neudorf wurden die Sozialdemokraten gewählt, in Frankenthal drei. In Trossingen setzten unsere Genossen ihre ganze Wille daran, in Bödingen brachte uns der Proporz zwei Sitze, in Heilmann stelen uns von elf Sitzen drei zu, einer weniger als bei der letzten Wahl. — In Schramberg, wo die Nationalliberalen in enger Verbindung mit dem Zentrum leben und wo sie auch bei der Landtagswahl den Sieg der im ganzen Lande mit ihnen verbündeten Volkspartei verbürten, zum Vorteil des Zentrums, drang trotzdem ein Kandidat der Volkspartei und der Sozialdemokratie durch. Auch in zahlreichen kleineren Arbeitergemeinden gelangten die Kandidaten unserer Partei glatt zum Siege. Die Gemeinben mit sozialdemokratischen Rathausmehrheiten vermehren sich bei dieser Wahl.

Im eigenen Heim. Das Volksblatt für Daxburg, Wilhelmshagen und Umgegend hat jetzt sein eigenes Heim, eines der schönsten Gebäude Daxburgs (Dr. Schöppe 18 bezogen. Außer der vergrößerten Druckerei nebst Redaktion, Expedition, Buchhandlung und Geschäftsleitung sind hier untergebracht: Das Partei- und Arbeitersekretariat, die Verbandsbureau der Poliarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter und Fabrikarbeiter, sowie die Zentralbibliothek. Die Jugend hat einen Saal für sich. In einem größeren Sitzungssaal haben 250 Personen Platz. Das nunmehr fertige Werk legt Zeugnis ab von dem unaufhaltsamen Wachstum der Arbeiterbewegung Daxburgs, von dem getheilichsten Zusammenwirken der Gewerkschaften und der Partei.

Aus der Frauenbewegung.

Die Witwen mögen hungern. Die zweite Kammer in Holland hat es abgelehnt, im Invaliditätsgesetz auch für die Witwen der Invaliden ein Recht auf Rente festzulegen. Nur 21 Stimmen traten dafür ein. Die Witwen geben also vollkommen leer aus. Sie mögen leben, wo sie Arbeit finden, wenn der Mann stirbt und sie allein für die Familie zu sorgen haben. Ist ihnen das nicht möglich, so bleibt nichts anderes übrig, als zu hungern.

So geschah am 14. November 1912 in einem Staat, an dessen Spitze eine „christliche“, das heißt herrliche Regierung steht, und dessen Herrscher eine Frau ist.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Behrens. — Druck: G. M. L. D. — Druck und Verlagsanstalt: „Die Arbeit“, G. M. L. D. — Vertrieb: in Berlin, Straßburger Straße 10.

Grosse Weihnachts-Messe

der Schuhwaren-Fabrik

Über

600
Verkaufs-
Stellen

ca. 500 Angestellte

Gewaltige Preisherabsetzungen!

Herren-Schnür- und Zug-Stiefel 5⁹⁰
extra starke Strapazier-Qualität

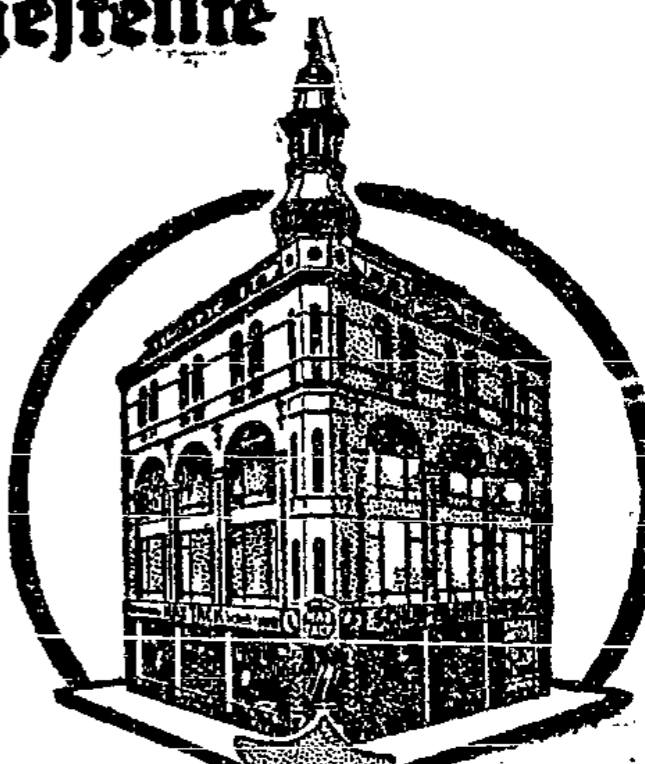
Schul-Stiefel 2⁹⁰
sehr strapazierfähig, 31/35 3,40, 27/30

Damen-Box-Chrom-Schnürstiefel 5⁹⁰
geschweifelter Besatz mit Kappe

Chagriniert-Kausschuhe, Damen 2⁴⁵
engl. Absatz, Friesfutter

Herren-Schnür-, Zug- und Schnallen-Stiefel 7⁹⁰
elegante Ausführung, Chevreaux-Lackkappe, Boxchrom

Damen-u. Herren-Good-Well-Stiefel 9⁸⁰
Sehr elegante Wert Mk. 12,50,



Verkaufshaus **Breslau** Renschestr. 16/17, Ecke Neuweltgasse 6
Beachten Sie unsere Schaufenster

Kamelhaar-Schuhe

6655 als praktisches

Weihnachtsgeschenk!

Haus-Schuhe		Filz- und Ledersohle	
22-26	27-30	31-35	36-42 43-47
1.00	1.15	1.30	1.50 1.70
Schnallen-Stiefel		Filz- und Ledersohle	
21-24	25-26	27-29	30-32 33-35
1.60	1.80	2.00	2.20 2.40
Damen 2.90		Herren 3.50	

Laschen-Schuhe,		Leder-Einfassung	
Damen	Herren	Damen	Herren
2 ⁸⁰	3 ³⁰	2 ⁸⁰	3 ³⁰
Umschlag-Schuhe		zum Hochknüpfen, Damen	
3 ⁰⁰		3 ⁰⁰	
Schnallenstiefel		nach Prof. Dr. Jäger, bester Schutz gegen Gicht und Rheumatismus, Damen	
5 ⁵⁰		Herren 6 ⁵⁰	

Sonntag bis 6 Uhr abends geöffnet.

Aufsehen erregen

unsere Preise und Sortimente in 6976

Ulster, Paletots, Anzügen, Joppen

6,50

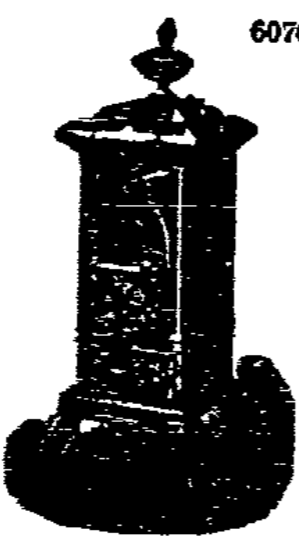
Riesige Mengen **Hosen**

5, 4, 3, 85

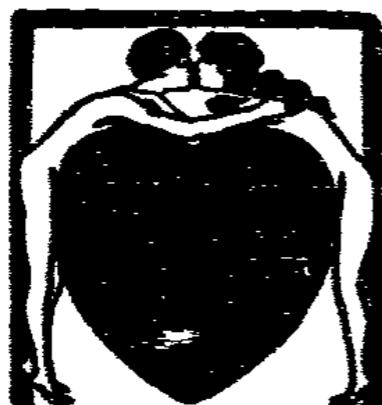
Beachten Sie unsere 3 Fensteranlagen Modells für Einzelverkauf am neuen Fabrik Jungferstrasse Nr. 4.

J. M. Lachmann
Renschestr. 55.

Haus- und Küchengeräte, Lampen, eiserne Öfen und Ofenrohre zu billigen Preisen.



Paul Hauschild Jr.
Friedrich-Wilhelmstrasse 102.



Trauringe

ohne Lötlstelle aus einem Stück gestanzt, Platin dieser Ringe ausgeschlossen. Präsent. Verfahrn. 333 gest. gestemp. Paar 6, 8, 10, 12, 14, 16 M. 385 gest. gestemp. Paar 20, 22, 24, 26, 28 M. Feinsilber 850 gest. gestemp. Paar 28, 32, 36, 40 M. Durch Massstabung u. grosses Umsetz bis ich in der Lage, massent billig liefern zu können. 4270 Schriftliche Garantie. Gravieren gratis.

Paul Alter
Wien- u. Goldwarenhandl. jetzt Renschestr. 17 in der Altstadt. ... mit den neuesten Trauringen bis ich sehr zufrieden, diese sind 10 Mark billiger als hier am Platze. Reinhold Kistner i. K.

Gedleg. Möbel für Brautpaare

Kompl. Eiserne Einrichtung 200 Mk. Kompl. Nussb.-Einrichtung 300 Mk. Ständiges Lager von zirka 70 Eiserne Einricht. Ka alog und Verpackung gratis. Liefere franko Hauptbahnhof. Teilzahlung gestattet.

Gelegenheitskäufe in gut erhaltenen und wenig gebrauchten Sachen 19 Mk. Pflaster 30 Mk. Bettstelle, Matratze, Kissen 19 Mk.

Max Giesel, Grosses Möbellager, Breslau, Brüderstr. 5, 8 Minuten vom Hauptbahnhof.

Nur Gutes!

ein Schwein gratis beim Einkauf von 50 Pf. 1 Pf. Schokolade 65 Pf. gut 75 Pf. fein 100 Pf. hochf. 120 Pf. bittere

Schnecken-Konfekte Christbaum-Behang

1/2 Pf. 10 Pf. mittel 15 - gut 20 - fein 25 - hochfein 30 - extrafein

Willi Garcke, Rühlstr. 64.

Zigarren gut mit jedem Fern ein willkommener Weihnachtsgeschenk. Für Herren und Damen gut geeignet, in einer Pracht u. Packung. ... A. Bloch Nachf. (reorder) Rühlstr. 64. 67.

Ulster, Heberzieher, Anzüge, Joppen, Hosen, Strickzeuge, Uhren, Ketten, Ringe in Gold und Silber verkauft Seifhaus Altbühnerstr. 17, I.

Von der Auktion

Schwirten, Pfandleihe, Weissenburgerplatz 7, I.

Wild u. Geflügel

Paul Haupt, Gutsauspfl. 8 und Markthalle 1, Ritterplatz.

Blau Arbeits-Anzüge

Jede, leicht aber gute, u. weis, genau, leicht und dauerhaft. Daud. I 3,50 (Sandstein) II 4,50 (Länder) III 5,50 (Schwarz) IV 4,50 (Pa. Leder) V 7,- (Pa. Leder) VI 8,50 (Woll) Jede über 100 Pf. die Hälfte

Gustav Knauerhase

Breslau I, Neumarkt 45, pt. u. I. Et. Jeder Kauf bringt neue Kunden.

Gut-Geschäft

Friedrich-Wilhelmstr. 23

Hut-Nanke

Suh.: Joh. Tessmer mit guter, reelle Güte, Qualitäten, für Herren und Knaben. Hüten, Stöcke, Schirme zu billigen Preisen. ...

Der Verkauf von Rind- und Schweinefleisch wird vom Freitag, den 13. Dezember 1912 ab, nachmittags von 5-8 Uhr, in den durch rote Plakate kenntlich gemachten Stellen fortgesetzt.

Preise:

Rindfleisch	
Dünnes Kochfleisch (Spannrippe, Querrippe, Schinken, Brust, Fesseln)	75 Pf. für 1 Pfund
Derbes Kochfleisch (Kamm und dicke Rippe, Bug- und Kniefleisch)	80 Pf. für 1 Pfund
Brat- und Schmorfleisch (Keule, Roastbeef, Filet)	85 Pf. für 1 Pfund
Schweinefleisch	
Schinken, Schab und Bauch	75 Pf. für 1 Pfund
Schinken, Rücken und Speck	85 Pf. für 1 Pfund

Das ausländische Fleisch ist zum Unterchiede von dem inländischen Fleisch mit roten Stempelabdrücken versehen.
Breslau, den 12. Dezember 1912. [7021]

Der Magistrat hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Spielwaren

Trikotagen, Wollwaren, Krawatten, Handschuhe Damen- und Herren- Wäsche, Tapiserie-Artikel Schürzen, Knaben- und Mädchen-Mützen, Sweaters. Haus- und Küchengeräte kaufen Sie spottbillig bei grösster Auswahl im Warenhaus Rudolph Renner, Friedrich-Wilhelmstr. 76, vis-à-vis d. Sophien-Mühle.

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Museumplatz 4

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein grosses Lager von **Schuhwaren** in Herren-, Damen- u. Kinderstiefeln zu raunen billigen Preisen. **Martha Christmann**, Geschäfts-führerin. Auguste Koch, 36 Scheinigerstr. 36 Bitte genau auf Firma zu achten.

Taugott Tamm: „Im Föhn“ Erzählung. Preis 15 Pf. Zu beziehen durch die Expedition.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. Dezember.

Stadtverordneten-Versammlung.

Den Höhepunkt der gestrigen Stadtverordnetenversammlung bildete das einstündige Referat des Geheimrat Professor Dr. Pfeiffer über die Grundwasser-Verordnung Breslaus, deren Ausdehnung und Sammelung mit einem Kostenaufwande von vier Millionen durch den Magistrat beantragt. Dadurch kam die Verammlung in den seltenen Genuss eines wissenschaftlichen Vortrages, der sich in eingehender Weise mit den Mängeln der Oberwasser-Verordnung, den Schwierigkeiten einer Hochwasserleitung und den Aussichten einer revidierten Grundwasser-Verordnung durch die Vermehrung der Vorkammer-Brunneneinrichtungen auf etwa 50 hochtätige. In ausführlicher Weise, leider etwas zu leise, erläuterte der Sachverständige, welche Manipulationen nötig sein werden, um das dort zur Verfügung stehende Wasser keimfrei, eisen- und mangelfrei zu machen, welche Anreicherung des Brunnengeländes nötig ist und welche Vorzüge die natürliche Bodenfiltration gegenüber jeder künstlichen Nitrifikation besitzt. Geheimrat Pfeiffer empfahl am Schluß die Annahme der Magistratsvorlage, nachdem zur Klärung von etwaigen Unklarheiten eine Untersuchungsvorrichtung vorangegangen sei, und schloß mit der Versicherung, daß natürlich auch die neue Lösung des Wasserproblems das Risiko eines späteren Unfalles in sich schließt, was aber menschliche Wissenschaft für das Gelingen eines Projektes ausforschen könne, das sei geschehen. Ungebrochen lebhafter Beifall dankte ihm für seine Belehrung.

Herr S. A. hatte nicht so unrecht, als er beim nächsten Referat bemerkte, es sei etwas penibel, nach diesem Vortrage in die „Niederungen“ eines Grundstückskaufes zu Sanalizationszwecken hinabzusteigen. Doch liegt das nicht, wie der Redner wahrscheinlich meint, an der Materie, sondern an der Art ihrer Behandlung. Schließlich kann man auch eine Vorlage über Grundwasser-Verordnung unter dem Gesichtspunkt betrachten: die Sache kostet vier Millionen, ist dabei nichts abzuhandeln? Und man kann auch bei Erörterung der Grund- und Bodenpolitik sich in Höhen bewegen, die dem vortrefflichen Referat des Professor Pfeiffer an die Seite zu stellen sind. Ungebrochen oder großzügig -- wie man's anfaßt! Herr S. A. sagte es, wie bei Grundstückskaufen immer, engherzig an, und als ihn nach kurzer Debatte die Versammlung desavouieren wollte, stellte sich die Beschlußunfähigkeit heraus.

Vorangegangen war diesen Debatten neben kleineren Vorlagen eine Aussprache über die Verhältnisse der Breslauer Handwerker bei Vergabung städtischer Arbeiten, die sich an eine Interpellation Mühlberg knüpfte und weiter unten ausführlich wiedergegeben ist. Der Interpellant suchte mit einer allumfassenden Geschäftigkeit nachzuweisen, daß vom Fußboden bis zur Dachdecke unserer Festhalle die Interessen der Breslauer Handwerker verletzt sind. Von dieser Behauptung mußte nach den Darlegungen der Herren Berg, Matting und Tilgner sehr viel abgestrichen werden; auch die Stadtverordneten Puhl und Bielschowsky konnten die Mühlbergischen Behauptungen nicht in diesem Umfange bekräftigen. Doch nahm auch unser Fraktionsredner, Genosse Philipp, Veranlassung, sich grundsätzlich auf den Standpunkt der Bevorzugung einheimischer Handwerker zu stellen, nur hat er diesen Grundsatz auch für die Arbeiter durchzuführen und sich rechtzeitig dazu zu bekennen. Bisher habe man ihn mit solchen Forderungen allein gelassen, jetzt aber, bei der Abstimmung ging es etwas kunterbunt zu. Der Antrag, die Frage im Bauausschuß zu besprechen, hatte die Mehrheit; das Präsidium erklärte irrtümlich, es sei die Minderheit. Dagegen zu protestieren war jedermanns gutes Recht. Wie das aber von den Kontervativ-Amerikalan geschah, das war ziemlich stark. Hauptmann Scholz ließ sein Kommando ein, zwei, dreimal mit Stentorstimme durch den Saal ertönen, sodas ängstliche Gemüter schon glaubten, er wolle das Ständrecht erklären. Als aber die Linke merkte, daß er nur eine Kleingewehr-Abteilung gegen den Vorsteher anführte, ermunterte sie ihn durch freundliche Zurufe: „Lauter, lauter!“ zu neuen, wichtigen Geschäftsordnungsfragen im Kaiserntent. Herr Herchel, der zarte und empfindliche, setzte dem Vorsteher so kräftig zu, daß dabei Takt und die schuldige Rücksicht auf das Alter erheblich zu kurz kamen. Wir wissen zum Beispiel, daß auch der sechzigjährige Kardinal Ropp eine sehr schwache Stimme hat; Herr Herchel würde wohl blau anlaufen, wenn man diesen auch so anbauchen würde, wie er es gestern mit dem greisen Vorsteher tat. So schnell sollte doch der Höflichkeitstrennis bei manchen Reuten nicht abfallen. — Im Prinzip stimmte die Versammlung den Anregungen der Interpellation Mühlberg zu.

Die Grundwasser-Verordnung.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich damit einzulassen zu erklären, daß die Wasserwerke und die Grundwasseranlage der Stadt Breslau nach den Vorschlägen der städtischen Betriebsdeputation vom 15. Juli 1912 erweitert, die dafür beantragten Kosten von 4 Millionen Mark aus noch vorhandenen Anleihemitteln und aus den Mitteln einer neu aufzunehmenden Anleihe gedeckt werden.

Der Berichterstatter Prof. Dr. Pfeiffer (lib.) führte u. a. etwa folgendes aus: Es handelt sich um die wichtige Frage der Wasser-Verordnung. Das Oberwasser ist, selbst filtriert, als minderwertig zu bezeichnen; ein gewisser Prozentsatz der schädlichen Keime geht trotz der Sandfilter durch, was bei der immer härter werdenden Keimreinigung der Ober nicht unerheblich ist. Auch sonst entspricht das Oberwasser nicht allen gesundheitlichen

Ansprüchen; im Winter ist es z. B. zu kalt, im Sommer zu warm. Dann wechselt auch die Färbung. Hochquellen können wir nicht unbar machen, denn wir haben sie nicht, ganz abgesehen davon, daß die Leitungen sehr teuer wären; von Wasser bis Breslau kämten sie mindestens 20 Millionen Mark. Die andere Frage ist die, können wir nicht Wasser und Wasser gefunden bekommen? Gewiß, wir haben viel gebohrt und Wasser gefunden; es reicht aber nicht aus. Es bleibt uns also nichts übrig, als Oberwasser zu haben, das eine Bodenfiltration durchgemacht hat. Zahlreiche Arbeit steht in dem neuen Plane, den uns der Magistrat vorlegt. Wir wollen ein möglichst gutes Grundwasser haben. Der Boden wird bewässert und das Wasser fließt hunderte von Metern in die Tiefe, fließt wochenlang durch den Boden und wird dadurch gesundheitlich viel besser. Gewiß nimmt das Wasser auf seinem Wege nach unten auch Eisen und Mangan auf, das wir aber gut entfernen können. Im ganzen sind es jetzt 96 alte Brunnen, die sich als verwerfbar erweisen haben, und es wird hoffentlich gelingen, noch mehr Brunnen brauchbar zu machen; wir rechnen im ganzen auf 243 Brunnen. Doch mehr als 30.000 Kubikmeter Wasser würden wir täglich dadurch nicht gewinnen, also die Hälfte von dem, was wir nötig haben. Wir können jedoch das Wasser künstlich anreichern, wenn wir an die Ober näher heranziehen und dort noch neue Brunnen anlegen. Wenn wir nun statt der bisherigen 5 Brunnen 50 anlegen, bekommen wir 4.000 Kubikmeter Wasser, so viel, wie wir nötig. Die Ergebnisse der Versuchsbrunnen sind sehr befriedigend; langsam, allmählich hat sich besonders die Nitrifikation vermindert. Das, was wir erreichen wollten durch die Bodenfiltration, das ist erreicht worden. Der Eisengehalt ist nicht groß, auch nicht der des Mangans. Beide Stoffe können wir aber aus dem Wasser ausschleusen. Die Oberflächenverfestigung verlagert freilich im Winter; deshalb werden Anlagen hergestellt, die die Verfestigung auch in dieser Zeit ermöglichen. Vorausgesetzt ist dabei, daß unser Oberwasser vom Schlamm befreit wird, denn sonst würde die Bodenfiltration bald unmöglich sein. Das Befreien vom Schlamm geschieht durch Leiche, in die das Wasser zuerst geleitet wird. Nicht die ganzen Brunnen sollen auf einmal angelegt werden, sondern Schritt für Schritt ist vorzugehen, was jahrelang dauern kann. Das lebende Wasser etwa ein Drittel soll zunächst noch der Ober entnommen werden, nachdem es gründlich gereinigt ist. Wie das Wahrheit ist, was wir planen, dann wird auch die Schwenninger Maschinenanlage voll ausgenutzt werden. Die Pfischinger Anlagen sollen neugebaut werden.

Wenn Sie mich aufs Gewissen fragen, was ich von alledem halte, ich muß ich sagen, daß vorge schlagen wird, was nach bestem menschlichem Wissen zu empfehlen ist, und deshalb kann ich Ihnen nur raten, die Magistratsvorlage anzunehmen. Ich glaube, die Sache wird gut gehen; ich hoffe, daß unsere zukünftige Wasser-Verordnung allen Schwierigkeiten gewachsen sein wird.

Was die Kosten anlangt, so müßten wir, ganz abgesehen von neuem Grundwasser, mehr als eine Million für den Ausbau anwenden. Es bleiben also noch über zwei Millionen übrig. Wir würden später mit einem höheren Kostenaufwande von 1,36 Bf für den Kubikmeter Wasser zu rechnen haben. Wenn unsere Grundwasser-Verordnung wieder verlagert, so sind wir noch lange nicht verloren, wir hätten immer noch genügend Anlagen, um das Oberwasser in doppelter Weise zu filtern. Ich glaube aber, daß dieser Fall nie eintreten wird. Ich bitte Sie, dem Antrage des Magistrats zu folgen, zunächst aber die Vorlage den Ausschüssen 5 und 6 zu überweisen. (Bravo.)

Auf Antrag des Stadts. Matting (konj.) wird die Aussprache über die Vorlage vertagt. Der Vorsteher überweist dann selbstständig die Magistratsvorlage dem Bauausschuß und dem Wohlfahrtsausschuß.

Handwerkerklagen.

Über einen Antrag aus der Versammlung, bei Vergabung von städtischen Arbeiten die hiesigen Gewerbetreibenden möglichst zu berücksichtigen, berichtete

Stadts. Mühlberg (konj.): Die Breslauer Handwerker klagen, daß beim Bau der Festhalle die Heizanlagen nach auswärts vergeben wurden. Die Glaser beschwerten sich, daß auch ein Teil der Glaserarbeiten auswärtige Geschäfte erhielten und die Stadt das zu verwendende Glas selbst aus der Glasbläse bezogen habe, statt von hiesigen Glaserhandwerkern. Auch ein Teil der Schlosserarbeiten sei nach auswärts vergeben worden. Besonderen Anlaß zu Beschwerden habe auch, daß die Fenster je einmal in Eisen und einmal in Holz ausgeführt wurden. Die Schlosser hätten genau berechnet, so daß ein kleiner Gewinn für sie herauskommen mußte; sie hätten aber nicht etwa etwas besonderes erschnappen wollen. Die umfangreichen Berechnungsarbeiten seien unsonst gewesen, nachdem sich die Bauverwaltung für Fenster aus Holz entschieden habe. Die hölzernen Fenster wurden aber zum Teil auch wieder an eine auswärtige Firma vergeben. Redner beklagt schließlich, daß bei anderen städtischen Arbeiten, die an hiesige Unternehmer vergeben werden, die Preise einzureichen. Größere Arbeiten ließen sich vielfach in kleinere Lose zerlegen, sodas sie auch von kleinen Handwerkern übernommen werden könnten. Er bitte, die Sache an einen Ausschuß zu verweisen, der die Angaben näher prüfen soll, denn bei der Besprechung in der Versammlung werde doch nur Behauptung gegen Behauptung stehen.

Stadts. Berg: Es ist eine solche Fülle von Material vorgebracht worden, auf die ich im einzelnen gar nicht eingehen kann. Die Fenster waren ursprünglich in Eisen vorgezogen, was aber zu teuer gekommen wäre. Dann einkte man sich auf Zedernholz, das sehr hart und schwer zu bearbeiten ist. Von keiner Seite sind schlechte Erfahrungen darüber gehört worden. Die Arbeiten wurden öffentlich ausgeschrieben und Freitag in Deutsch-Billa forderte als Billigster 32.000 Mark. Die Mindestfordernde in Eisen war eine hiesige Firma mit 60.000 Mark. Die Heizarbeiten waren Gegenstand eines Wettbewerbs, weil sie nicht von allen Firmen ausgeführt werden könnten. Das Geschäft von Otto Kubold Meyer hat den einzigen brauchbaren Plan für die Arbeiten geliefert, so daß wir gebunden waren. Die Dachbederarbeiten sind an eine hiesige Firma Rubel vergeben, ebenso blieben die Glaserarbeiten in Breslau. Die Schlosserarbeiten werden öffentlich ausgeschrieben. Die Ausführung des Verwaltungsgebäudes ist auch einer auswärtigen Firma übergeben worden, weil sie billiger war. Ich bin nicht dafür, daß immer der Mindestfordernde berücksichtigt wird und trete auch für Breslauer Firmen ein, selbst wenn sie teurer sind.

Oberbürgermeister Matting: Ich habe mich bei der Fülle des vorgebrachten Materials oft gefragt, welche Beziehungen hat es zu dem Antrage. Diesen einem Ausschuß zu überweisen, widerspricht den bestehenden Bestimmungen; da müßte kein Material schon besser begründet sein. Im Ausschuß wird kaum irgend etwas Neues zum Schutze der Handwerker getan werden, zumal auch Herr Berg schon grundsätzlich erklärt hat, daß bei Ausschreibungen in erster Reihe die Breslauer Handwerker berücksichtigt werden sollen.

Stadts. Tilgner (lib.): Ich muß entschieden bei der Behauptung widerstreben, daß bei den Arbeiten an der Festhalle die hiesigen Handwerker übergarzen worden sind. So viel es möglich war, wurden sie berücksichtigt. Es ist doch unmöglich, ins Unendliche hineinzuweiterschauen. Hiesige Unternehmer sind nicht zu Schanden gekommen. Im Bauausschuß besteht die Ansicht, überhaupt nicht den Mindestfordernden zu berücksichtigen. Die ganzen Vorkäufe sind unberücksichtigt und bitte Sie, nicht erst die Sache einem Ausschuß zu überweisen.

Stadts. Bielschowsky (lib.): Ich hätte nicht den Antrag Mühlberg unterschrieben, wenn nicht in weiten Kreisen der Industrie und Handwerker die Anschauungen des hiesigen Mühlbergs vorherrschten. Man weiß, daß besonders die Hochbauverwaltung nicht die nötige Fühlung mit der Industrie hat. Wir müssen das aber verlangen, ähnlich wie die Stadtverwaltung die hiesigen Wagenfabriken gefördert hat. Bei den Dachbederarbeiten ist erst nachträglich eine hiesige Firma bestellt worden, um Ruhe zu haben. Ich bitte Sie, nach dem Antrage des Mühlbergs die ganze Sache einem Ausschuß zu überweisen, weil man dort erst erfahren kann, was in jedem einzelnen Falle geschehen ist.

Stadts. Puhl (konj.): Ich möchte nur auf die Ausdehnung zurückkommen und sagen, daß sie vielfach zu spät ansetzt, zum Beispiel bei den Fenstern. Dazu kann, daß ein wenig unbekanntes Material verwendet werden sollte. Es ist nötig, die Ausschreibungen zeitiger vorzunehmen.

Stadts. Philipp (konj.): Man kann sich den Wünschen Mühlbergs im allgemeinen nur anschließen. Aber warum denn jetzt erst einmal die große Erregung; warum hat man denn nicht eingehalt, als die Aufträge vergeben wurden? (Zuruf: Sehr richtig!) Wir haben darauf hingewiesen, daß die Arbeiten möglichst den hiesigen Steuerzahlern übergeben werden möchten. Geht es damals etwa nicht, daß die Unternehmung „von der Seite“ kam? Um die Arbeiter kümmert man sich aber überhaupt nicht. Wenn bei städtischen Bauten von den Unternehmern Arbeiter aus Oberschlesien beschäftigt werden, so begegnen solche Klagen nur Hühelzuden. Es ist unsere Pflicht, Hand anzulegen, daß nicht hunderte von Arbeitern arbeitslos auf der Straße liegen. Die städtischen Aufträge müssen die Bedingung enthalten, daß Breslauer Arbeiter in erster Reihe beschäftigt werden. Ich muß bestreiten, daß die Breslauer Arbeiter irgend wie nicht auf der Höhe wären.

Stadts. Bröckling: Um Holz zu kaufen, muß man es auf seine Güte prüfen. Die Prüfungen haben nun ergeben, daß Zedernholz noch besser als Eichen- oder Buchenholz ist. Wir haben jedenfalls das beste gewählt, was wir haben. Der Vater des Stadts. Puhl hat mir selbst die Güte des Holzes bezeugt.

Oberbürgermeister Matting: Nach unseren städtischen Bedingungen über die Vergabung von Arbeiten aus dem Jahre 1910 ist bei den Arbeiten für die Festhalle Verfahren in Ordnung und deshalb ist der Antrag ziemlich gegenstandslos. Es ist viel über das Zedernholz gesprochen worden; aber das hat doch mit der ganzen Frage nichts zu tun.

Stadts. Berg: Die Vergabung der Dachbederarbeiten hat sich nicht so abgepielt, wie es Herr Bielschowsky darstellte. Es ist kein Einfluß von außen auf mich eingedrungen, sondern von Anfang an hat man das Geschäft von Rubel in Aussicht genommen. Daß die Termine für die Ausschreibungen kurz gemessen sind, ist unvermeidlich. Es ist schon ein Werkstück, die Festhalle in 12 Monaten herzustellen; da müßten die Ausschreibungen kurz sein. Man mußte bei der Festhalle etwas anders vorgehen als sonst.

Stadts. John (konj.): Es war eine große Aufregung, daß die Arbeiten der Festhalle nicht an hiesige Handwerker fallen sollten. Wenn wir erreicht haben, daß kleinere Lose vergeben werden, so haben wir viel gewonnen.

Stadts. Puhl (konj.): Mein Vater hat doch nur das Beste für uns gesehen, und dazu wurde eben das beste Holz genommen.

Stadts. Mühlberg (konj.): Ich gebe zu, daß meine Darstellungen in dem einen Punkte der Dachbederarbeiten unrichtig waren, in allen anderen Punkten aber treffen sie zu.

Der Antrag, die Sache dem Bauausschuß zu überweisen, wird abgelehnt und darauf beschloßen, handwerkermäßige Arbeiten möglichst nur hiesigen Handwerkern zu übergeben.

Der Ankauf der Grundstücke Schwalbendamm Nr. 1, 3, 5, 7 und Schulgasse 2 und 4, die zusammen 201.750 Mark kosten sollen, wurde genehmigt. Der Ankauf bezweckt, die zutunhaftesten Zustände in der Nähe der Kaiserbrücke zu beseitigen. In der Aussprache wurden auch entsprechende Wünsche über die Weißgerbergasse und die Kupfer- schmidestraße laut.

In die Betriebsdeputation wurde neben anderen Stadtverordneten auch Genosse Schütz gewählt. Die Pläne für den Bau eines Schulhauses für schwachbesetzte Kinder auf dem Grundstück Dorfstraße 46/48 wurden an den Bauausschuß, der die Sache schon einmal beraten hatte, zurückverwiesen.

Der Ankauf eines 63 Quadratmeter großen Grenzstreifens von dem der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde gehörigen Friedhof Menzelstraße 98 für 630 Mark wurde genehmigt.

Dem Bau dreier Häuser für die St. Hilfspflichtigen auf dem der Stiftung gehörigen Grundstücke Grundstraße 22/23 wurden mit 220.700 Mark abschließenden Kostenanschlag stimmt die Versammlung zu.

Zur Herstellung von Gartenanlagen auf dem Friesenplatz wurden 10.800 Mark bewilligt.

Eine Beihilfe von 180 Mark wurde dem Stadtausschuß für Jugenpflege zur Anschaffung eines Tischüberapparates bewilligt.

Der Verlängerung des Mietvertrages über Schulräume Gröblicherstraße 96 und Mietung einer Wohnung Buddestraße Nr. 14, beide zur Unterbringung der neu zu errichtenden Schulkindergärten, wurde zugestimmt.

Die Magistratsassessoren Drache und Dr. Wiesner sind zu stimmberechtigten Mitgliedern der Armenverwaltung ernannt worden. Als Bezirks-Armenarzt wird Dr. Matting ernannt.

Zur Erweiterung der Abwässer-Verordnung

sollen aus dem Freigut Steine 58 Seklar für 85.000 Mark auf gekauft werden. Im Ausschuß ist die Vorlage abgelehnt worden, worauf das Angebot um 12.000 Mark ermäßigt wurde. Der Berichterstatter, Stadts. Dr. Matting (lib.), empfahl trotzdem die Ablehnung.

Stadts. John (konj.) sprach für die Vorlage. Der Preis sei mit 300 Mark pro Morgen nicht mehr zu hoch und die Stadt brauche Land für ihre Abwässer-Verordnung.

Stadts. Berg: Ich wies darauf hin, daß die Stadt jährlich um 8 bis 10.000 Einwohner wächst. Das bedeutet eine jährliche Steigerung der Abwässer-Verordnung um 4 bis 500.000 Kubikmeter. Mit Rücksicht auf die bringende Notwendigkeit, die Kieselfelder zu erweitern, bitte er um Annahme der Vorlage.

Stadts. John (konj.) trat ebenfalls für den Ankauf ein. Man müsse die Anlässe doch vollziehen, wenn Angebote vorliegen. Wollte man warten, bis man das Land schon braucht, dann könne man keine bekommen oder es müssen weit höhere Preise gezahlt werden.

Die Abstimmung ergab um 7 1/2 Uhr die Beschlußunfähigkeit der Versammlung.

Vertreter-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins.

Am Donnerstag abend trafen die Vertreter des Sozialdemokratischen Vereins Breslau bei **Milbe** auf der Größschener-Straße zusammen. Die zu erzielende Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung über das 1. Quartal des Geschäftsjahres 1912/13. 2. Der preussische Parteitag. 3. Beratung von Anträgen und Wahl der Delegierten. 4. Rückblick auf die Stadtverordnetenwahlen.

Vor Eintritt in die Verhandlungen beantragt Genossin Friedländer, die Delegierten zum preussischen Parteitag zuerst zu wählen, um sich später Zeit zu ersparen. Die Ausübung der Stimmen kann vom Wahlkomitee während der weiteren Erledigung der Tagesordnung vorgenommen werden. So wäre es möglich, daß die Genossen am Ende der Versammlung auch das Ergebnis der Wahl wissen können. Dem Antrage wird entzogen. Eine Anregung, aus Sparlichkeit nur 8 Genossen zum Parteitag zu entsenden, wird abgelehnt. Der Genosse **Löbe** bittet, seinen Namen von der Kandidatenliste zu streichen. Er ist der Ansicht, daß man besser tue, auch einmal andere Genossen, die dazu fähig sind, zu wählen.

Dann gibt Herrmann den

Rassenbericht.

Der Einnahme von 10015,67 Mk. steht eine Ausgabe von 10275,33 Mk. gegenüber, so daß ein Bestand bleibt von 299,02 Mk. gegen 3253,68 Mk. im vorigen Vierteljahre. Gen. **Joachim** bemängelt die in der Abrechnung als an den Landkreis zurückgezahlt vermerkten 250 Mk. Herrmann meint, daß er mit dem Zurückzahlen dieses Geldes nur dem Beschluß, der seinerzeit von einer Generalversammlung im Gewerkschaftshause gefaßt worden war, entsprechen habe. Darauf wird dem Kassierer gegen eine Stimme Entlastung erteilt.

Gen. **Darf** nimmt nun das Wort zu seinem Vortrage über den

preussischen Parteitag.

Der Redner sprach besonders ausführlich über die nächsten Landtagswahlen und die Frage von Wahlbündnissen mit anderen Parteien. Der Wahlkampf muß für uns in erster Reihe Wahlrechtskampf sein. Es handelt sich darum, durch möglichst starke Wahlbeteiligung für ein besseres Wahlrecht zu demonstrieren und an dem Wahlergebnis die preussische Dreiflassenschmach wieder vor aller Welt bloßzulegen. Daraus ergibt sich, daß wir überall mit eigenen Wahlmännern in den Kampf ziehen müssen. Daneben muß aber auch versucht werden, dem Abgeordnetenhaus ein etwas verändertes Aussehen zu geben und die Zahl unserer Vertreter zu erhöhen. Da drängt sich uns die Frage nach Wahlbündnissen bei den Abgeordnetenwahlen auf. Prinzipiell werden nach den Erfahrungen bei der letzten Reichstagswahl wohl nur noch wenige Genossen gegen solche Bündnisse etwas einzuwenden haben. Bei der Frage nach Wahlbündnissen in Preußen empfiehlt es sich, unsere Politik in Übereinstimmung mit dem im Reich zu führen. Ein Zusammengehen mit dem Zentrum ist in keinem Wahlkreise zu empfehlen, auch wenn das Zentrum uns irgendwo ein Mandat versprechen sollte. Diese Partei kann auch nirgends als das kleinere Übel gelten. Man kann die verlogenen „Freunde“ der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht einmal den Nationalliberalen vorziehen. Für ein Wahlbündnis könnte nur der Freisinn in Frage kommen. Dabei sagt schon das Wort Bündnis, daß es sich nicht um eine bedingungslose Unterstützung des Freisinn handeln kann, sondern daß beide Teile dabei ihren Anteil finden müßten. Ist der Freisinn nicht bereit, uns auch Mandate abzugeben, dann wird er auf eine Unterstützung von uns nicht zu rechnen haben. Dieser Standpunkt ergibt sich für uns auch daraus, daß es nicht möglich sein würde, durch bloße Unterstützung des Freisinn eine Zusammenlegung des Bundes zum Parteitag zu erlangen, die uns ohne weiteren Kampf ein besseres Wahlrecht bringen würde. Nur der Massenruck von Außen wird uns in der Wahlrechtsfrage vorwärts bringen, in dem Sinne wollen wir den Wahlkampf führen. (Beifall.)

In der Aussprache meinte Genosse **Löbe**, man solle sich in der Politik nie festlegen. Auch im preussischen Abgeordnetenhaus sei es möglich, einmal die Mehrheit für eine Veränderung des Wahlrechts zu erhalten. Freilich wird die nächste Wahl nur eine Demonstrationswahl sein. Doch dürfen wir uns dadurch nicht abhalten lassen, alles zu tun, was in unseren Kräften steht. Der Schwerpunkt der deutschen Politik liegt in Preußen. Erst wenn diese Schanze gefallen ist, ein weiteres Vordringen möglich. Das Zentrum ist die unzuverlässigste Partei. Wer weiß, ob es nicht im Mai aus demagogischen Gründen mit roten Fahnen in den Wahlkampf zieht. Es darf also nicht vorkommen, daß Zentrumsgenossen mit unserer Hilfe gewählt werden. Der Eisenische Vorschlag ist zwar nicht annehmbar, doch hat er auch seine vernünftigen Seiten. Bei der Landtagswahl wählen der offenen Stimmentafel wegen nur 500.000 Staatsbürger in Preußen für uns. Ungefähr 1.200.000 enthalten sich ihres Wahlrechts. Würden diese ohne Preisgabe ihrer Überzeugung liberal wählen, so bedeutete dies zweifellos eine gewaltige Stärkung der linken Seite des Abgeordnetenhauses und die Aussicht auf eine Abänderung des preussischen Wahlrechts wäre günstiger. Trotzdem kann natürlich der Eisenische Vorschlag nicht annehmbar sein, denn wir würden uns etwas zu viel vergewagen, wenn wir, ohne den Versuch zu machen, für uns selbst etwas herauszuholen, für die Liberalen stimmen würden.

Genosse **Schäp** betonte, daß eine bedingungslose Unterstützung der Liberalen nicht möglich ist. Schon die vorliegenden Anträge beweisen, daß den Liberalen diesmal recht eng umschriebene Bedingungen gestellt worden.

Genosse **Löbe** wendet sich noch in wenigen Worten gegen die aus der Mitte der Versammlung erhobene Forderung, gegenwärtige Geschäftsleute zu boykottieren. Was wir bei unseren Gegnern verurteilen, kann auch bei uns nicht gutgeschrieben werden.

Nachdem Genosse **Darf** im Schlußwort noch die Ausführungen der Redner ergäuzt hat, wird die Abstimmung über die eingeleiteten Anträge vorgenommen. Der Antrag des Districts 4, die Delegierten mögen auf dem Parteitag dafür eintreten, daß wir Dienste an die Liberalen nur gegen entsprechende Gegenleistung übernehmen, wird einstimmig angenommen. Ebenso nimmt die Versammlung auch den übrigen Anträgen zu, und zwar dem des Districts 4:

Der Hauptvorstand soll ersucht werden, Agitationsprospekte für die Landtagswahl zum Selbstkostenpreise abzugeben.

erner dem Antrage des Districts 10:

Zur Erteilung des konfessionellen Religionsunterrichts soll von den Gemeinden die unentgeltliche Uebergabe der Unterrichtsräume gefordert werden.

Auch der Antrag des Genossen **Kunz**: Die Delegierten mögen dafür eintreten, daß bei den kommenden Landtagswahlen das Zentrum unter keinen Umständen als das kleinere Übel angesehen werden soll, wurde angenommen.

Darauf teilt Genosse **Müller** das Ergebnis der Delegiertenwahl zum preussischen Parteitag

mit. Es erhielten Stimmen: Genossen **Darf** 147, **Löbe** 117, **Genosse Behrens** 104, **Genossin Haberfel** 86, **Genossen Müller** 79, **Burgund** 60, **Bischoff** 55, **Löbe** 50, **Kather** 45, **Schaller** 33, **Schlagner** 22, **Genossin Kenda** 20, **Genossin Franke** 19, **Mehl** 12, **Kreuzer** 12, **Mehol** 12, **Joachim** 12, **Pape** 12, **Bierlowitz** 7, **Viechy** 6, **Bojarsky** 5. Gewählt sind also die Genossen **Darf** und **Löbe** und die Genossinnen **Behrens** und **Haberfel**.

Genosse **Löbe** dankt für die Unterstützung der Delegiertenwahl durch die Versammlung.

Genosse **Müller** dankt für die Unterstützung der Delegiertenwahl durch die Versammlung.

Genosse **Müller** dankt für die Unterstützung der Delegiertenwahl durch die Versammlung.

Genosse **Müller** dankt für die Unterstützung der Delegiertenwahl durch die Versammlung.

Genosse **Müller** dankt für die Unterstützung der Delegiertenwahl durch die Versammlung.

Genosse **Müller** dankt für die Unterstützung der Delegiertenwahl durch die Versammlung.

Stadtverordnetenwahlen.

nimmt Genosse **Löbe** das Wort, er führte dabei aus: Es sei uns gelungen, die drei abgelassenen Mandate wieder durch Genossen zu besetzen, und noch vier Sitze dazu zu erobern. Das ist ein Ausgang, der, wenn er einem unserer beiden Gegner beschieden gewesen wäre, diesem zu lautem Jubel Veranlassung gegeben hätte. Erklärte die konservative Presse doch in den ersten Tagen sogar von dem vorliegenden Ausgang „bestäubigt“ zu sein. Wenn die Gegner mit Verlusten zufrieden sind, dann ziemt es uns Sozialdemokraten, mit dem erreichten Gewinn uns nicht zu begnügen. Es hätten noch ein oder zwei Mandate mehr geholt werden können, wenn die Zahl der Arbeitsträfte größer, und ihre Verteilung eine andere war. Die Ueberfracht war uns erschwert durch die Neueinstellungen der Bezirke und ein weiteres ungünstiges Moment trat ein, als die Hausbesitzerauslösung für unsere günstigen Bezirke keine Mitwirkung brachte. Die Wahlen haben zunächst gezeigt, daß wir in der Nikolaivorstadt und in Größschene eine Anzahl uneinnehmbarer Burgen haben, die ein Teil der Mannschaften in Zukunft an gefährdete Punkte abgeben können. Denn wenn im Bezirk 22 der Schweißbinder Vorstadt schon 923 Stimmen offen für uns abgegeben wurden, dann steht fest, daß bei intensiver Bearbeitung für uns kein Bezirk mehr unerreichbar ist. Ehemals siegte unsere konservative Gegner mit Freibier, das haben wir ihnen verziehen, dann verließen sie es mit christlichen Arbeitern, das ging schief, und nun haben sie sich auf die Beamten gestützt. Sie haben Erfolge erreicht, indem sie den Beamten das Wahlrecht entzogen. Wahlrecht heißt doch: Recht der Auswahl unter mehreren Bewerbern! Wo sich nur ein Sozialdemokrat und ein konservativer entgegenstellen, gibt es für den Beamten kein Recht der Auswahl mehr, der Beamte muß unserem Gegner die Stimme geben. Recht viele Beamte in diese Zwangslage zu bringen, also sie an den Wahlstisch zu schleppen, das ist die Aufgabe, welche die Kapelle'sche Organisation gelöst hat, freilich nicht zum Nutzen des Herrn Kapelle selbst. Man hat an den amtlichen Stellen genau ausgeforscht, wann hat der Beamte Dienst, wann hat er frei, wo ist er zu treffen, warum hat er im ersten Gange gefehlt. So wurde die behördliche Organisation ein Hilfsmittel für konservative Wahlschlepper, denen wir nur begegnen können durch noch intensiveres Arbeiten und bessere Verteilung unserer Kräfte. Was dadurch erreicht werden kann, zeigt die Stimmanahme im Bezirk 12, wo in den drei Wochen bis zur Stichwahl etwa 230 flane Wähler munter gemacht wurden. Von den Liberalen kann auf Grund genau geführter Statistik festgestellt werden, daß 50% sich an der Stichwahl nicht beteiligten, 25% (meist Beamte) konservativ und 25% sozialdemokratisch stimmten. Leider stehen auch die Straßensänger und die Gastwirtschaften ganz überwiegend noch mit einem K. in der Wählerliste. Nachdem der Redner noch einige Worte für die zukünftigen Wahlen gegeben, schloß er mit der Versicherung, daß die neue Fraktion sich fleißig im Interesse ihrer Wähler äußern werde. (Lebh. Beifall.)

Genosse **Löbe** wünscht, daß unsere Stadtverordneten dafür eintreten, daß der Magistrat den Diszidenten Räumlichkeiten für ihren Religionsunterricht zur Verfügung stellt.

Genosse **Wartisch** beantragt, den Parteimitgliedern, die ohne dringende Entschuldigungsgründe der Wahl fernblieben, eine energische Rüge zu erteilen.

Genosse **Müller** gibt die Erklärung ab, daß unsere Stadtverordneten stets für die Diszidenten eintreten werden.

Genosse **Burgund** bemängelt die Tätigkeit der Zeitung bei den Stadtverordnetenwahlen. Sie war nach seiner Ansicht sehr unzureichend. Auch wäre es wünschenswert, daß die Stadtverordneten regelmäßig in den Bezirken Bericht erstatten. In den letzten 14 Tagen ist allerdings keine Wahl zu machen. Auch andere Dinge hätten nicht gerade ansehnlich auf die Genossen gewirkt.

Genosse **Löbe** ersucht die Versammelten, ihm möglichst Material zugehen zu lassen, damit er die Stellung der Beamten bei der Stadtverordnetenwahl im Rathaus zur Sprache bringen kann. Er empfiehlt den Diszidenten, einen Antrag beim Magistrat einzureichen. Den Wünschen des Genossen **Burgund** gegenüber befürchtet er, daß die Berichte der Stadtverordneten die Genossen nicht interessieren werden.

Der Antrag **Wartisch** wird angenommen. Damit schließt die Besprechung der Stadtverordnetenwahlen.

Es wird beschlossen, die Vertreter zur Generalversammlung, die 3 Mal gefehlt haben, ihres Amtes zu entheben. Dem Vorstand wird aufgegeben, das Ausschlußverfahren gegen **Alwin Grundmann** und **Karl Kapelle**, die beide beim letzten Dreierstreik als Arbeitswillige gearbeitet haben sollen, einzuleiten. Damit war die Tagesordnung erledigt. Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Amerikanische Beschuldigungen gegen die Volkspartei.

Die im politischen Teile erwähnten Anschuldigungen der „Schlef. Volkstg.“ gegen die Volkspartei und die Nationalliberalen, eine große Anzahl ihrer Anhänger sei an dem Petroleummonopol persönlich finanziell interessiert, richtet sich gegen etwa 30 Herren, darunter befinden sich die Namen **Arthur v. Gwinner**, **G. Heinemann**, **Karl Selzerich**, **Otto Büning**, **Karl Schwaber**, **Karl Romm**, **Georg Gothein**. In Bezug auf den letzten heißt es:

Es sieht also fest, daß eine ganze Reihe bekannter liberaler Politiker ein ungemein hohes Interesse an dem Reichspetroleummonopol haben. Der erst kürzlich aus dem Ausschichtat einer solchen Gesellschaft ausgeschiedene Abgeordnete **Gothein** ist sogar von seiner Fraktion in die Kommission zur Beratung des Monopols entsandt worden.

Eine Reihe hochinteressanter Mitteilungen über das Verhalten der Volkspartei und anderer Freunde des Petroleummonopols behalten wir uns für später vor. Dieser Schuß der freisinnigen Blätter dürfte der Volkspartei noch sehr unangenehm sein.

Die Vorwürfe der „Frankfurter Zeitung“ gegen das Zentrum und seine Beeinflussung durch Herrn **Niebergmann** nennt die „Volkzeitung“ unerhört, frivol und frech. — Hoffentlich trifft hier nicht ein bekanntes Wort von **Heinrich Heine** zu.

Entführung eines Mädchens. Der Handlungsgehilfe **Guido di Jordo** aus Oberkassau war im Sommer des Jahres 1910 Eisenbahnarbeiter in Breslau. Hier lernte er im März 1911 ein junges Mädchen von 16 Jahren kennen, in das er sich heimlich verliebte. Im Winter desselben Jahres mußte di Jordo seine junge Geliebte verlassen, denn er arbeitete in Hamburg, Hannover und Dortmund. Die beiden Liebenden schrieben sich jedoch Briefe, worin das Mädchen den Sohn des Eisenbahners, er möge doch nach Breslau zurückkommen, sie halte es vor brüderlicher Liebe für nicht mehr länger aus. Der junge Mann kam auch zurück und entfuhrte im September 1911 das inzwischen 17 Jahre alt gewordene Mädchen, um mit ihr über London nach Amerika zu reisen. Unterwegs ging aber dem jugendlichen Entführer das nötige „Pulver“ aus, ohne das man bekanntlich nicht lange weilen kann. In Luxemburg (Niederlande) bildeten die Ausreisenden mittellose Iren. Das Mädchen schrieb von dort aus an seine Eltern in Breslau, die den Entführer angriffen. Auf ein telegraphisches Schreiben der Eltern wurde ein Aufsuchungsunternehmen veranlaßt, das schließlich die beiden Liebenden in der Nähe von London entdeckte. Die beiden wurden nach Breslau gebracht. Der dritte Breslauer Straßenvorstand am Donnerstag vier Monate wegen Entführung einer minderjährigen vier Monate Gefängnis; davon soll ein Monat als Bewährung. Das entführte Mädchen ist keinem Eltern wieder zugeführt worden.

Fleischverkauf.

Der Magistrat macht bekannt, der Verkauf von Schweinefleisch wird von heute an, nachmittags von 2 bis 8 Uhr, in den durch rote Plakate kenntlich gemachten Stellen fortgesetzt. Das ausländische Fleisch ist Unterschiede vom inländischen Fleisch rot gestempelt (Stelle Inseerat.)

Kauft nicht Sonntags!

Besonders in der Weihnachtszeit, wo alle Handlungen übermäßig angestrengt werden, bitten wir das kaufende Publikum dringend, die Einkäufe nicht Sonntags, sondern wochentags vor 8 Uhr abends zu sorgen. Die Handelsangestellten - Schutzkommission.

* **Nicht für alle Abonnenten, sondern nur für die**, die im Dezember - Guthaben verloren haben und deshalb „kleinen Anzeiger“ im Dezember 1912 nicht ohne Verzugsblättern benutzen können, bringen wir in unserer am Montag erscheinenden Dienstadtnummer den Dezember-Guthaben noch mal als Abdruck. Unsere Abonnenten mögen dies beachten und hierdurch reichlichen Gebrauch machen.

* **Die heutige Nummer der „Volkswacht“** enthält eine Beilage über die „Edel-Margarine Milka extra“, worin wir unsere Leser besonders hinweisen.

* **Steinarbeiter.** Sonntag, den 15. Dezember, vormittags von 10 bis 12 Uhr: Kaffeetag bei Brücker, Ustulnstraße 27/28.

* **Achtung, Korzarbeiter!** Montag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr: Versammlung mit wichtiger Tagesordnung im Restaurant „Spelzich“, Neudorfstraße 65. Die Sektionsleitung.

* **Achtung, Einseher!** Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 10 Uhr, im „Bar auf der Orgel“, Kupferstraße Nr. 39: Versammlung. Tagesordnung: 1. Endakt. Durchberatung des neuen Tarifentwurfes. 2. Reichstagsbericht über den Stand der Organisation. 4. Angelegenheiten der Sektion und Verschiedenes. Die Sektionsleitung.

* **Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern!** Auf vielfache Anfragen teilen wir mit, daß der in der „Volkswacht“ erschienene Artikel „Entlassene Musiker“ nicht vom Zentralverband der Zivilmilitär Deutschlands aufgegeben wurde und es sich nicht um Mitglieder des Zentralverbandes handelt. Nach Mitteilung mit Herrn **Wollin**, Frankfurterstraße, sind die Musiker nicht plötzlich, auch nicht ohne Grund entlassen worden. Es sollte die Musiker schon im Laufe des Sommers gekündigt werden. Wir halten es für unsere Pflicht, den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern mitzuteilen, daß Herr **Wollin** von Sonntag, den 15. Dezember an freigewerkschaftlich organisierte Musiker beizuhelfen. Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Zivilmilitär.

* **Wo sie hingehören.** In den deutsch-konservativen Kreisen für die Stadt Breslau sind, wie der Vorsitzende, **Meinungsrat Grünher**, in der letzten Versammlung mit besonderer Freude hervorgehoben, in den letzten Wochen allein 13 — darunter schon vorhin in feiner meiste beigetragen. Eigentlich gehören die Neuaufgenommenen den Symbolen ihres Berufs entgegen. In die Zentrumspartei. Da aber zwischen Konservativen und Zentrum gewisse feine Unterschiede mehr besteht, ist es auch nicht gleich, bei welchen Reaktionen die 13 Schornsteinfegermeister Anschluß gefunden haben.

* **Das Arbeiter-Sekretariat Breslau** wurde im Monat November 1912 von 971 Personen in Anspruch genommen; davon waren 783 männliche und 208 weibliche Besucher. Zum ersten Male erschienen 699, wiederholt 72. In Breslau wohnen 857, außerhalb 114. Den Organisationen gehörten an 659, Ehefrauen Organisierter waren 115 und 197 organisatorisch tätig. In 1917 wurden mündliche Anträge erteilt. Die Antragsverteilung erstreckte sich auf folgende Fälle: Arbeiterversicherung 284, Arbeits- und Dienstvertrag 138, Bürgerliches Recht 346, Strafrecht 97, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 114, Arbeiterbewegung, Privatversicherung, Handels- und Gewerbe- sachen und Verschiedenes 38. Außerdem mußten im November 341 Schriftsätze angefertigt werden. Die Besucher des Sekretariats bitten wir immer wieder, über den Ausgang ihrer bearbeiteten Fälle den Sekretären mündlich oder schriftlich zu berichten. Es genügt eine Postkarte, die kurz sagt, ob ein Erfolg eingetreten ist oder nicht; wo es sich um Geld handelt, ist auch anzugeben, wie viel durch das Eingreifen des Sekretariats erreicht worden ist.

* **Der südliche Stadtteil** ist durch eine rege Bautätigkeit in eifrig fortschreitender Entwicklung. So ist neuangelegt und mit den ersten Häusern auf der einen Seite bebaut die von der Hohenzollernstraße nach der Charlottenstraße führende **Neue Straße**. Immer mehr verschwinden hier die letzten Gemütsfelder der ehemaligen Dörflichkeit **Gabitz**. Neu angelegt aber noch ungebaut ist ferner die **Friedestraße** von der **Agathestraße** nach der **Gardenbergstraße**, ebenso die **Kleinstraße**, welche die Hohenzollernstraße mit der **Gardenbergstraße** verbindet. In der **Kleinstraße** ist auch ein **Schmuckplatz** vergeben. In der ebenfalls vom **Kaiser-Wilhelmplatz** nach der **Gabitzstraße** neu angelegten **Gardenbergstraße** ist bereits am **Friedenberg** der ersten Neubauten. Auch wird jetzt die **Friedestraße** von der **Gabitzstraße** nach der **Charlottenstraße** an der **Karoluskirche** vorbei führend angelegt werden.

* **Das Teppichgeschäft von Leipziger u. Kochler** ist vor einiger Zeit in Konkurs geraten. Wie der Konkursverwalter am 12. Dezember berichtete, beträgt das Vermögen 42.890 Mk., die Forderungen der Gläubiger werden auf 225.100 Mk. angegeben. In der Gläubiger-Versammlung erklärte sich **Kaufmann Martin** (Wabellstraße) und **Teppichgeschäft** bereit, den Gläubigern 30 Prozent auf ihre Forderungen zu zahlen und das Geschäft im ganzen zu übernehmen.

* **Der zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilte** **Pandlungsgehilfe Vermuske**, der den Lehrling **Scholz** erschlagen hat und den **Selbstmord** des Kaufmanns **Simon** auf der **Leuthenstraße** herbeiführte, hat gegen das Schwurgerichtsurteil durch seinen Verteidiger **Revisions** beim Reichsgericht eingelegt.

* **Gehtene Wagen.** Aus einem Grundstück in der **Meinestraße** ist einem Bauunternehmer ein vierstöckiger Pandwagen ohne Bretterkasten mit Ketten gestohlen worden. — Aus dem **Haus** **Hohenzollernstraße 37** ist ein brauner Kastenlinderwagen, Marke **Daimler**, gestohlen worden. Im Wagen lagen eine Matratze, ein Stiefelchen, eine Zudecke, alles weiß bezogen, und eine gefüllte Stoppdecke mit braunen Schleißen. Kinder wollen beobachtet haben, wie ein betrunkenen Mann den Kinderwagen die **Brunnenstraße** entlang fuhr.

* **Verloren** wurden ein **Hallen** **Wringwalzen**, eine **schwarze Lederstange** mit **Inhalt**, eine **Briefstange** mit **Inhalt**, ein **Einfaß** auf den **Namen** **Paul Wischof** und eine **dunkelbraune Briefstange** mit **Inhalt**.

* **Verloren** wurden ein **Paß** mit **Schlüssel**, eine **Gal-** **lette** mit **Anhängen**, drei **Portemonnaies** mit **Inhalt**, eine **silberne** **Damenbrille** mit **silberner** **Reihe**, eine **Droste** mit **Bildnis**, eine **schwarze** **Lebermarztasche**, ein **silbernes** **Armband**, eine **schwarze** **Handtasche**.

Der ungetreue Kassenbote und seine Gelder.

Der frühere Kassenbote der Anwandmühle Josef Rabate n a bekam am Ostermontag des Jahres 1907 19000 Mark in die Hände, um sie auf die Reichsbank zu tragen. Radzieng u n e r schlug jedoch den Betrag und vergrub ihn auf einem tiefen Kirchhof. Später hob er den Schatz in Gemeinschaft mit dem Fuhrwerksbesitzer Reinhold Hoffmann, der 3000 Mark Schweinegeld und ein Darlehen von 3400 Mark erhielt. Auch der Gastwirt Wilhelm Sabich bekam Kenntnis von der Unterschlagung, und auch ihm zahlte Radzieng 700 Mark Schweinegeld. Sabich war damit aber nicht zufrieden; er verlangte etwa 4000 Mark und drohte, mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Radzieng ließ sich durch diese Drohung nicht einschüchtern; er zahlte dem Gastwirt nicht einen Pfennig mehr und dieser unterließ es auch, seine Drohung mit der Anzeige wahr zu machen.

Im Dezember 1907 kam die Kriminalpolizei dahinter, wer das Geld unterschlagen hatte, während vorher der Vorfall in Dunkel gehüllt blieb, da Radzieng angegeben hatte, er habe das Geld bei der Reichsbank eingezahlt und wahrscheinlich habe es ein Bankbeamter unterschlagen. Das hatte Radzieng so sicher befunden, daß man gegen ihn zunächst keinen Verdacht schöpfte. Die Staatsanwaltschaft verteilte den ungetreuen Kassenboten damals zu zwei Jahren Gefängnis wegen Unterschlagung. Vor seiner Verhaftung hatte er den größten Teil des Geldes in einen guten Versteck gebracht, aus dem er es nach der Strafverbüßung wieder hervorholte. In alles in Papiergeld verpackt gehalten wurde, betraute Radzieng den Hoffmann mit der Umverpackung der Tausendmarkstücke. Als Hoffmann von Radzieng auf die Zurückzahlung des Darlehens erinnert wurde, wollte Hoffmann davon nichts wissen. Da er sich entschieden weigerte, das gefundene Geld zurückzugeben, — fragte Radzieng auf die Zurückzahlung des Darlehens vor dem Breslauer Landgericht. In diesem Zivilprozeß erging jedoch ein Verdicturteil, weil Radzieng durch seinen mit Vollmacht versehenen Rechtsanwalt vertreten war. Wäre die Klage also durch ein Verdicturteil abgewiesen worden müßte, bekam die Staatsanwaltschaft dadurch Kenntnis von den beiden Schaltern Hoffmann und Sabich. Sie wurden in Untersuchungshaft genommen und standen am Donnerstag vor der dritten Breslauer Strafkammer. Die Anklage legte Hoffmann Schererei und Veruntreuung zur Last. Die Begünstigung wurde in dem von ihm beauftragten Umverpacken der Tausendmarkstücke erklärt. Sabich sollte sich außer der Schererei auch noch der verbotenen Nützung des Geldes gemacht, weil er dem Radzieng mit einer Anzeige gedroht hatte, wenn er nicht mehr als 700 Mark bekäme. Da die Strafen aber schon länger als fünf Jahre zu verbüßen und als verjährte anzusehen sind, mußte das Gericht nach dem Gesetze auf Freisprechung erkennen. Eine Verurteilung konnte nur wegen Begünstigung eintreten, deren Hof Hoffmann vor zwei Jahren (nach der Strafverbüßung Radziengs) schuldig gemacht hatte. Die Strafe wurde auf sechs Monate Gefängnis bemessen und durch die ersttante Unterlassungshaft als verbüßt erklärt. Die beiden Schalter sind also den Malchen des Gesetzes entflücht, während Radzieng seine zwei Jahre verbüßen mußte.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Auf dem Hauptbahnhof tödlich verunglückt. Am Donnerstagabend 6 Uhr versuchte der Kaufmann Wilhelm Wagner aus Jauer auf den Bahnsteig II des Hauptbahnhofes den von dort abgehenden Elzug, der bereits in Bewegung war, zu besteigen, da er etwas verspätet auf dem Bahnsteig angekommen war. Er verfehlte das Trittbrett, rutschte ab und wurde von dem Eisenbahnwagen gequetscht und so schwer verletzt, daß er sofort starb. Die herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr konnten keine Hilfe mehr leisten; ein Arzt stellte den eingetretenen Tod fest und die Leiche wurde in das Schauhaus gebracht.

Zwei angeblich geistesranke Verbrecher verhaftet. Die beiden gemeingefährlichen Einbrecher Viktor H e r i c h und Gustav K i e g e l, die schon seit Jahren unsere Kriminalbehörden belästigten, sind am Donnerstag von der hiesigen Kriminalpolizei wieder einmal verhaftet worden.

Hörlich, der von Beruf Klempner ist, war im September wegen verschiedener Einbrüche gefaßt worden, und da er seit jenen den „wilden Mann“ mit Erfolg spielt, war er abermals im Zerkennst auf der Einbaumstraße überwiesen worden. Zehn drei Tage später war er aus der Anstalt entwichen. Man fand eine schmale Fensterleiste zertrümmert, und es war anzusehen, wie der Furchling durch diese Öffnung hinausgeschlüpft ist. Seit der Zeit wurde auf ihn vergebens geschossen. Kiegel, der gelernter Maler ist, war ebenfalls als reichlich unzurechnungsfähiger Mann wegen vieler Einbrüche 1906 in Lubus untergebracht worden. Es gelang R. im vorigen Sommer, von dort zu entweichen. Er hielt sich dann in Oels unter dem Namen Berger oder Breiter auf, hat dort gewohnt und auch gearbeitet, ist auch allmählich einmal nach Breslau gefahren, hat sich hier auch in der Augenklinik behandeln lassen.

Am Donnerstag hat er mit Hörlich zusammen auf der Gartenstraße eine Gelegenheit zum Einbruch ausgenutzt. Die Beobachteten, wie ein Kaufmann mit seiner Frau zusammen in der Zeit zwischen 4 und 5 Uhr seine Wohnung verließ, um ins Geschäft zu gehen. Die geübten Einbrecher waren bald in den Wohnräumen und machten sich an das Geschäft, wurden aber dabei von Kriminalbeamten gefaßt. Die beiden Verbrecher sind am Freitag dem Amtsgericht vorgeführt worden, wo es fragt sich nun, was mit den gemeingefährlichen Männern geschehen wird. Gewiß werden sie wiederum versuchen, die „Unzurechnungsfähigen“ zu spielen.

Der Titel des Zahnarztes. Das Schöffengericht in Pleskau verurteilte einen hiesigen Zahnarzt wegen Gewerbevergehens zu 10 Mark Geldstrafe, weil er auf seine Briefkopfdrucken ließ: „Dr. med., praktischer Zahnarzt, Spezialarzt für Zahn- und Mundkrankheiten.“ Der Zahnarzt war zur Führung des Titels „Dr. med.“ berechtigt, er hatte aber das medizinische Staatsexamen nicht gemacht. Das Gericht glaubte deshalb, der Zahnarzt „Spezialarzt für Zahn- und Mundkrankheiten“ ist geneigt, beim Publikum die Meinung zu erwecken, der Angeklagte sei als Dr. med. auch approbierter Arzt für Zahn- und Mundkrankheiten. Nach einer Kammergerichtsentscheidung sei er unter diesen Umständen zur Ausübung der Praxis als Arzt nicht berechtigt gewesen. Gegen dieses Urteil legte der Zahnarzt Berufung ein. Die erste Breslauer Strafkammer kam aus rechtlichen Gründen zur Freisprechung des Angeklagten. Das Berufungsgericht meinte, der Angeklagte habe in gutem Glauben gehandelt und deshalb sei er freizusprechen.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Pilsnitz. Öffentliche Versammlung. Als Antwort auf die Reichsverbandsversammlung am 30. November, in der unsere Partei natürlich in gehäufiger Weise heruntergerissen wurde, werden wir am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Versammlung bei Heilmann abhalten. Genosse Donsky-Breslau wird über „Reichsverband und Sozialdemokratie“ reden. Die Genossen werden gebeten, auch ihre Frauen auf die Versammlung aufmerksam zu machen. Die Gegner sind besonders einzuladen.

Deutsch-Eiffa. Gemeindevertretung.

wurde über die bisherigen Arbeiten an der zentralen Wasser-versorgung berichtet. Es sind zwei Brunnen fertiggestellt; zwei weitere sollen noch gegraben werden. Diese Arbeit übernimmt die Firma Dullin zu den alten Vertragspreisen; doch muß der nötige Boden erst erworben werden. Man schlug vor, die Farmwiedemut zu kaufen, weil an dieser Stelle das Wasser durchaus anwandelfrei ist. Von diesem Boden würden etwa 50 bis 70 Morgen gemäht. Für diese Verfüge werden 17.000 Mark bewilligt.

Dann wurden die Verträge über den Bodenwerb in der Marienstrasse vorgelegt. Ein Plan und die Uebersicht der Kosten für Anlage und Erneuerung des Straßenpflasters ist dem be-geleitet. Es sollen 315 Quadratmeter zu je 6 Mark gekauft werden. Die Kosten dieser Vorlage erreichen 21.244,82 Mark. Die Provinz trägt davon 6515,70 Mark; die Gemeinde und die Anlieger zahlen je 7364,56 Mark. — Der Polizeiführer Langner wurde wegen Trunkenheit seines Amtes entbunden. — Der Zinsfuß für ungeländigte Spareinlagen wird von 3,36 auf 3,60 Prozent erhöht. — Das gewünschte Verbot für Lastwagen auf einzelnen Straßen lehnt die Gemeindevertretung ab. Einige weniger wichtige Angelegenheiten führten zu einer etwas lebhaften Ansprache. Dann wurde die Sitzung aufgehoben.

Marias-Höfchen. Frauenabend. Am Mittwoch Abend sprach Genosse Donsky bei den Frauen über die Frau in der bürgerlichen Gesellschaft. Dann regte Genosse Stein einen Wechsel des Frauenabends an; er sollte wechselnd in Neuzirk, Klein-Moosbörn und Maria-Höfchen abgehalten werden. Dieser Antrag wurde nach einer längeren Aussprache einstimmig angenommen. Ein weiterer Vorschlag, zum besten der Frauenteile ein Vergnügen abzuhalten, rief auch eine lebhafte Besprechung hervor. Die Abstimmung verlief aber ergebnislos, da keine der anwesenden Frauen weder dafür noch dagegen abstimme. Genosse Donsky wies auf die im Landkreise wenig beachtete Jugendpflege hin und forderte die Eltern schulentlassener Kinder zum Halten der Arbeiterjugend auf.

Der Abend war trotz des schlechten Wetters sehr gut besucht. 32 Personen hatten sich eingefunden, darunter 24 Frauen. Leider machte sich der Umstand sehr unangenehm bemerkbar, daß nur die Männer das Wort hatten. Fünf Männer griffen in die Verhandlung ein, stellten Anträge, verteidigten Anträge und dergleichen. Aber nur zwei Frauen wagten schließlich ein paar Worte. Das ist kein guter Zustand. Die Frau darf sich nicht vom Manne beherrschen lassen, wenn sie etwas erringen will. Sie muß selbständig werden. Wenn die Frauen zusammenkommen, dann sollen sie auch allein beraten, ohne die Hilfe der Männer nötig zu haben.

Nipporn. Vom Zuge überfahren. Die Unfälle, in der Abfahrt begriffene Züge zu besteigen, hat am Donnerstagabend 6 Uhr auf unserem Bahnhof den Tod eines jungen Menschen verschuldet. Ein etwa 30 Jahre alter Mann versuchte noch im letzten Augenblick den Schnellzug, der nach Liegnitz abfuhr, zu besteigen. Er öffnete die Mittelstürze mit der linken Hand. Weil er aber in der Rechten ein kleines Paket trug, konnte er sich nirgends festhalten. Die aufgehende Tür schleuderte ihn zwischen zwei Wagen. Ehe der Zug zum Halten gebracht werden konnte, waren schon drei Wagen über den Unglücklichen hinweggegangen. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Neueste Nachrichten.

Vom Balkan.

Rom, 13. Dezember. Die „Tribuna“ veröffentlicht eine Depesche aus Belgrad, der zufolge Serbien und Griechenland binnen kurzer Zeit erklären werden, daß sie die Autonomie Albaniens annehmen werden, jedoch unter der Bedingung, daß dieses neue Land unter das Protektorat von England gestellt wird. Nach dem Plane Griechenlands und Serbiens soll dann Ballona englischen Hafen werden, der jedoch weder besetzt, noch zu irgendwelchen Zwecken von flottendemonstrationen benutzt werden dürfte. Gegenüber wird dieser Plan damit, daß England unter allen interessierten Nationen der Autonomen albanischen Macht die besten Garantien bietet. Es wird weiter von der „Tribuna“ berichtet, daß Venizolos hauptsächlich diese Idee vertritt.

Kriegsstimmung in fernem Osten.

Mukden, 12. Dezember. Aus Shanghai sind Vertreter der Nationalistenpartei hier eingetroffen, um den Bockott gegen Rußland zu organisieren. Die russenfeindliche Stimmung in der Mandchurie hat sich neuerdings verschärft. In allen Orten werden Geldkollektionen zu Kriegszwecken veranstaltet und Freiwilligentruppen gegen die Mongolei gebildet. Nach Meldungen aus chinesischer Quelle sind kriegerische Aktionen gegen Rußland im nächsten Frühjahr zu erwarten.

Peking, 12. Dezember. Der russische Gesandte ließ China wissen, daß Rußland seine Beziehungen abbrechen will, falls China nicht die Verzögerung in der Beilegung der mongolischen Frage aufhebe. Dies wird als bedeutungsvoll angesehen mit Rücksicht auf die bevorstehende Ankunft der mongolischen Delegierten in Petersburg, die, wie erwartet wird, den Kaiser von Rußland um die Anerkennung der vollständigen Unabhängigkeit der äußeren Mongolei ersuchen werden.

Reichs-Theater-Gesetz.

Berlin, 13. Dezember. Wie man der „Täglichen Rundschau“ von zuverlässiger beteiligter Stelle mitteilt, ist jenen den beteiligten Berufsverbänden der Entwurf eines Reichs-Theater-Gesetzes zugegangen, um dieses Gelegenheit zu geben, bei der Anfang Januar nächsten Jahres im Reichsamt des Innern stattfindenden Besprechung zu den einzelnen Bestimmungen desselben Stellung zu nehmen. In Bezug auf die öffentliche rechtliche Seite des Theaterbetriebes werden die Erfordernisse für die Erteilung der Konzession festgestellt. Dabei werden in Anlehnung an die bereits bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung Vorschriften im Interesse der guten Sitten, des Anstandes und der Gesundheit, sowie über die Beschaffenheit der Lage der Theater-räume in Vorschlag gebracht.

Vertling bleibt beim neuen Regenten.

München, 13. Dezember. Der Prinzregent Ludwig von Bayern hat ein vom Vorstehenden im bayerischen Ministerium, Freiherrn von Hertling unterbreitetes Entlassungsgesuch des gesamten Ministeriums nicht angenommen und dem Ministerium sein vollstes Vertrauen ausgesprochen. Der Termin der Weisungsfähigkeit ist endgültig auf den nächsten Mittwoch festgelegt worden, und zwar im Einvernehmen mit dem deutschen Kaiser, nach dessen Wünschen man sich hierbei richten hat.

Ein neuer Schuß- und Truhbund.

Belgrad, 13. Dezember. Die hiesige „Tribuna“ erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß außerhalb des Balkanbundes ein neuer Schuß- und Truhbund zwischen Albanen, Serben, Bulgaren und Montenegro abgeschlossen worden sei, aber den der Präsident der Sobranje Danew als Bevollmächtigter von Bulgarien, Serbien und Montenegro in Bukarest verhandeln werde. (2)

Kavaliere unter sich.

Kieser, 13. Dezember. Die Offiziere des hiesigen Kavallerie-Regiments veranstalteten unter sich einen „Kameradschaftlichen Abend“, bei dem es zu einer äußerst erregten Diskussion und einer lebhaften Auseinandersetzung über die internationale Lage kam. Schließlich kam es zu einem heftigen Wortwechsel, der sich zu Tätlichkeiten zuspitzte, wobei ein Offizier getötet und mehrere andere schwer verwundet wurden. Die Stube, in der die Auseinandersetzungen zwischen diesen Kavallieren erfolgte, gleich einem rüstigen und blutbefleckten Durcheinander.

Bergmanns Tod.

Gastrop, 13. Dezember. Ein schweres Unglück ereignete sich bei einer Schießarbeit auf der Heide Idern. Der Bergmann Weitelamp und sein Arbeitskollege hatten einen dynamischen Schuß angelegt, der aber verfehlte. Nach einiger Zeit, als die beiden jede Gefahr für verflücht hatten, gingen die beiden wieder zum Bohrloche zurück, um den angeblich blinden Schuß wieder herauszunehmen. Kaum waren sie beim Bohrloche angelangt, als doch der Schuß explodierte. Die beiden Arbeiter wurden unter dem niederstürzenden Gestein vollständig begraben und verschüttet. Weitelamp konnte bereits nach kurzer Bergungsarbeit als Leiche, schrecklich zugerichtet, geborgen werden, während der Körper seines Kollegen noch unter den Trümmern liegt. Er ist sicher auch tot.

Beim Schlittschuhlaufen eingebrochen.

Strasbourg i. Elz, 13. Dezember. Bei Saargemünd sind die beiden Schüler Ludwig und Alois Schmidt beim Schlittschuhlaufen auf dem Elz eingebrochen, während ein dritter Schüler, der ebenfalls dabei war, sich wieder aus dem Wasser herausgearbeitet hatte und gerettet werden konnte. Die beiden Brüder Schmidt ertranken. Ihre Leichen sind bereits geborgen.

Schiffstämpfe?

Paris, 13. Dezember. Der Korrespondent des „Journal“ meldet aus Konstantinopel: Ein im hiesigen Marineministerium eingetragenes Telegramm besagt, daß der Kampf der türkischen Flotte mit dem griechischen Geschwader begonnen habe. Das griechische Geschwader, das ausenblicklich geteilt ist, soll sich den türkischen Kriegsschiffen gegenüber stark im Nachteil befinden.

II. Quittung.

Für den Stadtverordnetenwahlfonds gingen ein:	
Bereits quittiert	4553,51 M.
Ungeannt, Gräbchenerstraße, durch Milde	0,50
Liste 127 Distrikt 8 a durch H. Wendel	1,80
80 Markten zu 10 Pf., Sekretariat	3,—
Liste 479 gef. bei den Transportarb. d. Jante	4,—
482 dto.	2,56
484 dto.	2,40
490 dto.	1,90
495 dto.	5,90
501 dto.	2,55
503 dto.	2,75
514 dto.	2,80
Ungezügelter Transportarbeiter	0,75
Liste 316 Distrikt 18 durch Mlich.	1,50
301 „ 17 „ Linke	10,75
459 „ 15 „ Saminske	3,—
466 gesammelt bei den Porzellanarbeitern	3,85
466 dto.	1,70
10 Markten zu 10 Pf., Distrikt 17 a durch Goiny	1,—
Liste 293 Distrikt 17 a durch Goiny	0,80
176 „ 10 „ Karger	1,15
178 „ 10 „ Rehnert	1,—
581 „ 16 a „ Niehle	1,15
Gef. im Lott.-Verein Mit Wlicher durch P. Karger	2,50
Gef. bei einer Beschäftigung d. Stellmacher Stumpe	1,35
Liste 321 Distrikt 19 durch Wschner	0,80
327 „ 19 „ Artz, Dombrowsky	0,70
361 „ 19 „ dto.	0,75
554 „ 4 „ Wolff	0,60
5 gef. b. d. Tischl. d. Firma Föder u. Steiner	6,15
130 Distrikt 8 a durch Veitich	1,10
108 „ 7 „ Eichwald	1,30
112 „ 7 „ Friedrich	5,95
114 „ 7 „ Boprave	2,—
120 „ 7 „ Gogisch	8,90
124 „ 7 „ Stumpe	7,20
Ueberichuß vom Jassef.	4,10
Liste 69 Distrikt 2 durch Krause	3,05
Durch Adam	0,50
Durch Michel	20,—
Durch Braunert	0,65
Liste 91 Distrikt 4 durch Michel	1,70
216 „ 12 „ Alois Hübler	1,90
217 „ 12 „ Rosner	1,60
610 v. d. Hauskapelle d. Wilhelmsburg durch Neumann	7,70
zusammen 4495,61 M.	

Gelder für den Wahlfonds werden im Parteisekretariat, Neue Graupenstrasse 5, II., angenommen. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, alle ausstehenden Listen sofort an das Sekretariat abzugeben. Telephon 5652. Robert Herrmann, Kassierer.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Bresl. Sternw.	11. Dezember	12. Dezember	13. Dez.
d. l. 24. 23. + 22. Min.	24. 23. + 22. Min.	24. 23. + 22. Min.	24. 23. + 22. Min.
Aufstrome (C)	+3,0	+2,5	+2,5
Luftdruck (mm) 0.76	748,8	749,0	747,1
Luftdruck (mm)	5,7	5,6	5,5
Dunstfaltung (Pa)	100	100	92
Wind (0-12)	SS 3	SS 2	SS 2
Wetter	trübe	bedekt	bedekt

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 0,45 mm. Gestern Regen und Nebel. *) Zur Reduktion auf Meeresniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Stelle	13. Dez.	12. Dez.	11. Dez.	10. Dez.	9. Dez.
Oberrhein	1,38(0,88)	2,20	0,24	3,80(1,32)	4,56(2,27)
Oberrhein	1,38(0,88)	2,22	0,22	3,81(1,32)	4,54(2,25)
Oberrhein	1,38(0,88)	2,22	0,22	3,81(1,32)	4,54(2,25)

Otto Illmer, Bäckerei
Garbenstrasse Nr. 3
empfehlen besten Gebäck: Kaffee- und Teegebäck.
Telephon 5652.

Briefkasten.

P. W., Deutsch-Diffa. Sie haben recht, der Stall kann nur einmal vermietet werden und der andere Mieter müsste räumen; aber wir empfehlen Ihnen nicht, sich deswegen mit dem Pakt zu streiten. Versuchen Sie, sich mit dem Manne zu einigen.

Brieg. Wie können Ihnen nur raten, sich mit dieser Strahburger Kaffe nicht einzulassen.

Preiskurven der hiesigen Markt-Notierungskommission.
Breslau, den 12. Dezember.

	gute		mittlere		geringe Sorte	
	55 Kgr.	100 Kgr.	55 Kgr.	100 Kgr.	55 Kgr.	100 Kgr.
Weizen, weißer	19 80	18 40	18 80	17 40	17 30	17 —
Weizen, gelber	19 20	18 80	18 20	17 80	17 20	16 90
Roggen	16 10	15 60	15 20	14 80	14 30	14 40
Gerste	16 40	15 90	15 50	15 20	15 10	14 40
Hafers	16 20	15 90	15 20	15 00	14 90	14 90
Wasserschilf	21 80	21 —	21 —	21 —	21 —	21 —
Getreide	21 80	21 —	21 —	21 —	21 —	21 80
100 Kgr. neues 6.50—7.10 Mt.						
100 Kgr. altes 4.50—5.50 Mt.						
100 Kgr. 3.20—3.60 Mt.						

Breslauer Weizenmarkt. Weizen matt per 100 Kilogramm inkl. Endfracht Weizenmehl 00 26.00—26.50 Mt. Roggenmehl 0 matt 24.00—24.40 Mt. Roggen- u. Sauweizen matt 23.50—24.00 Mt. Roggen- u. Saubrotmehl 11.75 bis 12.25 Mt. Weizenkleie 11.25—11.75 Mt.

Aus der Geschäftswelt.

In der Bohrauerstraße, Ecke Nachodstraße, ist seit kurzer Zeit ein modernes Herren- und Knaben-Garderobengeschäft von Hermann Wilhelm eröffnet. Die Gegend der Einrichtung und die hellen Verkaufsräume mit 5 großen Schaufenstern sind eine Sehenswürdigkeit für Breslau. Der Inhaber ist selbst Fachmann und führt Herren- und Knaben-Bekleidung vom einfachen bis zum feinsten.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 15. Dezember:
Kupferschmiede. Vormittag 10 Uhr, Generalversammlung im Zimmer 3/4.

Montag, den 16. Dezember:
Vorbereitung des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 1/2 Uhr im Zimmer 3.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt 4. (Rosenthal) Sonnabend, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, bei Ubrig, Zusammenkunft der Landbotenvereine.

Land-Distrikt 8. (Klein-Mochbern) Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr, Bezirksversammlung bei Ullrich, Tagesordnung: 1. Wahl eines Bezirksführers. 2. Verschiedenes.

Land-Distrikt 21. (Neumarkt) Sonnabend, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Selben Löwen“, Bahnhofsstraße. Bezirksversammlung, Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Weiser. 2. Unsere Sozialverhältnisse im Distrikt. 3. Neueinteilung der Landbotentouren. 4. Verschiedenes.

Brieg. Wahlverein. Sonnabend, den 14. Dezember, abends 8 Uhr: Materialausgabe zur Flugblatt- und Landbotenverteilung. Der Kreis Namslau muß mit belegt werden.

Brieg. Solgarbeiter. Sonnabend, den 14. Dezember, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in der Landbente.

Brieg. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Sonnabend, den 14. Dezember: Generalversammlung bei Reichelt. Wichtige Tagesordnung.

Deutsch-Diffa. Transportarbeiter. Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Willaschek. Wichtige Tagesordnung. Die Ortsverwaltung.

Deutsch-Diffa und Umgegend. Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr: Zentral-Krankentafel-Versammlung und Jahrtag der Stimmerer bei Folger.

Glogau. Solgarbeiter. Sonnabend, den 14. Dezember: Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Kattowitz. Frauenabend. Dienstag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr: Frauen-Mitgliederversammlung im Gewerkschaftslokal. Vortrag über: Das Recht der unehelichen Mutter und des außerehelichen Kindes.

Reiße. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend, den 14. Dezember: Jahlabend und Einteilung zur Landagitation.

Neustadt O.S. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 14. Dezember, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Preussischen Parteitag. Redner: Parteisekretär Schollch. 2. Aufstellung des Delegierten. 3. Festlegung der Wahl. — Der Frauenabend des Wahlvereins fällt in diesem Monat aus.

Ohlau. Wahlverein. Sonnabend, den 14. Dezember, abends 8 Uhr: Versammlung im bekannten Lokal. Tagesordnung: Stellungnahme zum Preussischen Parteitag.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Gutschein 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Nicht für alle Abonnenten

Sondern nur für diejenigen, die ihren Dezember-Gutschein verloren haben und deshalb den „Kleinen Anzeiger“ im Dezember 1912 nicht ohne Bezahlung benutzen können, bringen wir in unserer am Montag erscheinenden Dienstagnummer den Dezember-Gutschein nochmals zum Abdruck. Unsere Abonnenten mögen dies beachten und hieron reichlichen Gebrauch machen.

Kauf und Verkauf

Getragene Raubgarderoben, für jede Figur, billig, gut erhalten. Raubhaus für Herren- u. Damen. Neue Schwabacherstraße 6. 6417

Leibschneider, moderne Muster und Gewebe, ausschließlich in Rein- u. Leinwandstoffe, gegenüber Kitzing. 7025

Arbeitsmarkt

Wochenarbeiten außer dem Hause, die viel Leier, kann sich melden, bei Kitzing, Barockstraße 13. 7022

Verschiedenes

Strohdecken, prima Qualität, solide Decke, sowie Weihnachts-, Silvester-, Arbeit, preiswert abzugeben bei Frau, Barockstraße 13. „Goldener Schwan“, Kupferunterstraße, gegenüber Kitzing. 7024

Vereinszimmer

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Intendanten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen. Außerdem gibt man zur Unterstützung der „Volkswacht“ keine Anzeigen über Käufe, Verkäufe, Vermietungen, Mietgesuche, Arbeitsgesuche, Arbeitergesuche und dergl. in den „Kleinen Anzeiger“ der „Volkswacht“.

Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Am 10. d. Mts. starb nach langer Krankheit die Frau unseres Freundes und Verhandlungscollegen Stellmacher Kränzel.

Anna Kränzel geb. Horn

im Alter von 53 Jahren. 6998

Ehre ihrem Andenken:

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Kirchhofes.

Am 2. d. Mts. verstarb plötzlich und unerwartet unser Freund und Verbandscollege, der Arbeiter

Karl Plaschke

im Alter von 25 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die organisierten Schlosser und Arbeiter der Linke-Hofmann-Werke, Abteilung III.

Beerdigung: Sonntag, den 15. d. Mts., von der Leichenhalle des Nikolai-Friedhofes in Cosel. 7006

Zu billigsten Preisen

kauft man das eleganteste und haltbarste

Schuhwerk

solche die den besten großen Auswahl in Kinderstiefeln, Stiefeln, Gamaschen und Gamaschen zu billigsten Preisen nur bei

Robert Kretschmer, Schuhmacher,
Friedrich-Wilhelmstraße 52.

Gut, reell und billig

Konfituren eigener Fabrikation

Gratis bei Einkauf von 50 Pf. an, ein Vollschokolaade, ein Schokolade, ein Pfefferkuchen, ein Fleischbrotchen, gefüllt, von 60 Pf. an. 6978

G. Knorr, Telohstr. 13.
Bitte beachten Sie mein Rezept!

Herren- u. Damen-Uhren

Goldene Ringe

zu billigen Preisen

Anna Apelt, Hundsfeld, Ring 11.

Gegen sofortige Zahlung taufe gebrauchte Schränke, Kommoden, Sessel, Decken, ganze Wohnzeugs-einrichtungen. Wähler, Gartenstr. 36 und Friedrichstraße 53. 7000

Prakt. Weihnachtsgeschenk!
Dam.-Wäcker mit Ständer 4.50
begeben, von 4.50 an
Rational gratis. 6816
Kistenstr. 6. u. d. H. Breslau, Lorenzstr. 26.

Verkaufe geb. bill. Möbel
Schränke, Kommoden, Vertikalen, Sessel, ganze Etagen- u. Einrichtungen von 50, 60, 70 Mt. an. Gartenstr. 36 u. Friedrichstr. 53a. Wähler. [6999]

Trauerhüte

in größter Auswahl und billigsten Preisen 6349

Kulda Siedner

Schmiedebrücke 15/16

Ecke Kupferschmiede.

Metallbüchse, Ständerbüchse, Matratz, z. 2.50 an. Chaiselong, u. 24 Sprungsch. z. 14.50 an nur bei Carlse Helarisch, Friedr.-Wilhelmstraße 24, I. 3914

Schwarze Kleidung

Fertig am Lager:

Gehrock-Anzüge 60, 55, 25 M.

Jacket-Anzüge 50, 45, 17 M.

Paletots 45, 37, 25, 15 M.

Hosen 18, 14, 12, 10, 7 M.

Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge in größter Auswahl.

Feine Mass-Anfertigung in ca. 10 Stunden.

Max Landsberg,

Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung

Grübenauerstraße 27

Ecke Holzeisstraße.

Anzüge 9 Mt.

Neu, Stoff, doppelt 17 Mt. 6258

Anzugsfabrik, Wähler. 17a, I.

69

Durch meine

bedeutend erweiterten

Geschäfts-Räume

bin ich jetzt in der Lage, meinen

geehrten Kunden in

MÖBEL

kompletten Einrichtungen, sowie

einzelne Stücke,

Teppiche, Anzüge

der beste u. billigste in Mekamer

An- und Abzahlung

zu bitten. 6236

Jeder Versuch löhnend.

L. Rosner,

69 Grübenauerstr. 69

Ecke Reichstraße.

Stempel- u. Druckerei.

Wagen ohne Pferde.

69

Die Kunst zu danken besteht darin, mit dem Geschenk Freude zu machen. Am besten wird dies durch unsere Gutscheine erreicht, die wir zu unseren Einheitspreisen abgeben. Der Beschenkte wählt selbst.



Ein willkommenes Weihnachtsgeschenk ist ein Gutschein für Salamander-Stiefel.

Einheitspreis 12⁵⁰ für Damen u. Herren M. Luxus-Ausführung . M. 16.50 Fordern Sie Musterbuch

Salamander

Schubges. m. b. H., Berlin

Niederlassungen: BRESLAU



6974 Graupenstr. 12

Schweidnitzerstr. 38/40

Adinin-Seife

das willkommenste

Weihnachts-Geschenk

für jede Hausfrau 7026

Adinin-Seife

ist sparsam im Verbrauch, reinigt, bleicht u. desinfiziert die Wäsche, entfernt alle Fleckmittel, wie Soda, Seifenpulver usw.

Man forbert in Konsumlagern und einschlägigen Geschäften ausschließlich

Adinin-Seife

Witten-Schleierfabrik Gräbchen

Der Anarchist

Novellen von Gottschalk

20 Pf., früher 1 Mk.

Zu beziehen durch die Expedition und die Kolportage.

Wir wünschen unser

Honigkuchen

fast. 7007

Fabrikniederlage:

Katharinenstraße 4,

Adalbertstraße 17.

„Der wahre Jakob“

Sozialdemokratisches Wochenschrift. — Heft 10 Fig. 7004

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß in den Verkaufsständen der

Markthallen I und II

Ritterplatz und Gartenstraße

täglich ganze Wagonladungen

frisches Gemüse, Obst, Blumen,

Fleisch, Geflügel, lebende Fische,

Holz- und Kurzwaren,

in kleinen und kleinsten Posten ausgezogen, und

zu billigsten Preisen

verkauft werden. Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste bitten wir die geehrten Hausfrauen um recht regen Zuspruch

Verein der Standinhaber

der städtischen Markthallen I und II.

Die Markthallen sind täglich von 6—1 Uhr und 5—8 (Sonnabends 9 Uhr), an den nächsten beiden

Sonntagen von 7—9, 11—6 Uhr geöffnet.

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung, Donnerstag, den 12. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.
König entlässt: Meine Herren, die Sitzung ist eröffnet.
Der Regent des zweitgrößten deutschen Bundesstaates, Prinz-Regent Luitpold von Bayern, ist, wie mir der königliche bayerische Ministerpräsident mitgeteilt hat, heute morgen 8 Uhr von der königlichen Residenz in München verchieden.

Ich werde dem nunmehrigen Prinzregenten Ludwig, dem parlamentarischen Körperpräsidenten in München, und dem königlichen bayerischen Ministerpräsidenten die herzliche Anteilnahme und den besten Wünschen des Reichstags zum Ausdruck bringen.

Mittwoch, den 8. Januar 1913, nachmittags 2 Uhr, mit der öffentlichen Tagesordnung.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

106. Sitzung, Donnerstag, den 12. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt. Am Ministertische: v. Dallwitz, Venzke, Wahnschaffe.

3. Lesung des Schlepplimonopols.

Abg. Reinert (Soz.) erklärt, daß die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Begrenzung der Schlepplimonopol auf die Selbstkostenbedeckung, auf Beförderung der Lebensmittel zu den billigsten Preisen und auf die Entschädigung der Arbeiter die Monopolisierung geschädigten Arbeiter und Angestellten zu bewerkstelligen sei.

Abg. Lippmann (Vp.) polemisiert gegen die Monopolfreundlichkeit des Abg. Reinert und protestiert im Interesse des Reiches gegen das Monopol.

Abg. v. Campe (natl.) spricht für das Gesetz. Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Reinert (Soz.) bemerkt persönlich gegenüber dem Abg. Lippmann, daß dieser sehr wohl wissen müsse, daß die Sozialdemokraten von den Konservativen durch eine Weltanschauung getrennt sind.

Abg. v. Arnim-Büschow (konf.) wird das Gesetz an bloc angenommen.

Der Ministerpräsident betritt den Saal.
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Bömig widmet dem heute morgen verstorbenen Prinzregenten Luitpold von Bayern einen Nachruf, den die Herren Abgeordneten stehend anhören.

Veratung des Antrags Stroffer (konf.)

Der Ankauf des militärischen Nachbargrundstücks des Abgeordnetenhauses zur Anlage eines Gartens für das Abgeordnetenhaus. Es ist hierzu ein neuer Antrag der bürgerlichen Parteien eingegangen, der die Erwerbung des ganzen Grundstückskomplexes zwischen der Leipziger-, Königgräzer-, Prinz-Albrecht- und Wilhelmstraße durch den Staat und einseitige Bebauung dieser Grundstücke verlangt.

Veranlaßt hat das Abgeordnetenhaus in der Sitzung vom 4. Dezember auf einen Antrag des Abg. Lippmann (Vp.), der damit einer Anregung des Abg. Dr. Friedberg (natl.) folgte, beschloßen, die Angelegenheit zu verlagern und die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers bei dieser Verhandlung zu fordern.

Ministerpräsident Dr. v. Bethmann-Hollweg:

Das Abgeordnetenhaus hat am 4. Dezember beschloßen, von dem Recht des Art. 60 der Verfassung Gebrauch zu machen und den Antrag Stroffer in Gegenwart der zuständigen Minister zu verhandeln. Die Regierung ist diesem Beschluß gefolgt, aber sie interpretiert den Art. 60 dahin, daß es sich im Antrag Stroffer um den Erwerb eines Grundstücks für den preussischen Staat und um seine Verwendung, sei es im ganzen, sei es in Teilen, für Zwecke des Abgeordnetenhauses handelt.

Minister des Innern v. Dallwitz

stellt fest, daß die bei der vorigen Beratung zum Ausdruck gekommene Ansicht, als ließe es die Regierung an dem im Interesse gedeihlichen Zusammenarbeiten erforderlichen Entgegenkommen gegen das Haus fehlen, nur auf einem Mißverständnis beruhen könne (Hört, hört!); die Regierung erkennt den Wunsch des Hauses auf Erwerbung des im Antrag Stroffer bezeichneten Grundstücks für seine Zwecke für berechtigt an.

Abg. Dr. v. Heydebrand (konf.) führt aus, daß die Frage nicht zur Aufrollung eines Verfassungsproblems geeignet sei, sie sei auch noch nicht geklärt und da ferner ein neuer Antrag vorliege, beantragt er, die Sache an die Budgetkommission zu überweisen und über diesen Antrag sofort abzustimmen, auch ohne Geschäftsordnungsdebatte.

Eine Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Dr. Bachnicke (Vp.) wendet sich gegen die Zustimmung, jetzt nach den Reden zweier Minister die ganze Sache ohne weiteres der Kommission zu überweisen. Wir halten auch eine staatsrechtliche Erwiderung der Frage für nötig, umso mehr, als der Kriegsminister nicht gekommen ist.

Abg. Dr. v. Arnim-Büschow (konf.): Auch ich muß namens meiner Freunde dem Antrage v. Heydebrand meine Zustimmung versagen und bitte Sie, desgleichen zu tun, zur Wahrung Ihres eigenen Ansehens. Wir haben vor einigen Tagen mit großer Mehrheit beschloßen, diese Verhandlung so lange auszusetzen, bis der Ministerpräsident und der Kriegsminister hier erschienen sind.

Abg. v. Kröcher (konf.) entgegnet dem Abg. Dr. Bachnicke, daß nach dem Paragraphen „Sombrio“ der Geschäftsordnung in jedem Stadium der Debatte der Verhandlungsgegenstand an die Kommission zurückverwiesen werden kann.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) erklärt, daß eine sachliche Erörterung in diesem Augenblick zwecklos sei. (Hört, hört! bei den Soz.) Jawohl, es kann in diesem Augenblick über die vorliegenden Anträge nicht mit Erfolg verhandelt werden, weil wir zunächst die weitere Verhandlung über den Kauf des Grundstücks in der Kommission abwarten müssen.

vor der eigenen Courage! — Gr. Heiterkeit! Wenn Sie, Herr Hofmann, sich in dieser Weise vor dem ganzen Land blamieren wollen, daß Sie aus solchem Anlaß hier eine schwere Verfassungsfrage aufrollen, so tun Sie das. Abg. Hoffmann: Das haben Sie getan!

Abg. Dr. Bachnicke (Vp.) widerlegt die Verweisung an die Kommission, weil die Kommission doch auch wissen müsse, wie das Haus über die Angelegenheit denkt. Es wäre inkonsequent, auf eine Verprechung zu verzichten, nachdem sie die Mehrheit verlangt hat.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Abg. Dr. Friedberg war der Vater des Gedankens der Fiktion der Minister. Umso merkwürdiger ist jetzt der Unfall. Wir können jetzt garnicht anders, als den Antrag Heydebrand ablehnen. Allerdings ist es eine böse Zumutung an die Nationalliberalen, daß sie konsequent bleiben sollen (Heiterkeit). Man soll von dem Menschen nicht mehr verlangen, wie er leisten kann. (Stimm. Heiterkeit.) Der Antrag Heydebrand muß schon deshalb abgelehnt werden, weil nach Presseberichten das betreffende Grundstück bereits verkauft und der Kaufpreis bezahlt ist. Vielleicht kann durch die Beratung im Plenum jetzt sofort die Sache noch rückgängig gemacht werden, nach einer Kommissionsberatung aber kaum mehr. Ich überlasse das dem Volke, nicht dem Hause, zu beurteilen, wer sich hier blamiert hat, wenn sich jemand blamiert hat, dann Herr Dr. Friedberg und keine Nationalliberalen. (Sehr richtig! bei den Soz., Unruhe bei der Mehrheit.)

Ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Abg. Dr. v. Arnim-Büschow (konf.): Die Ablehnung dieses Antrags gibt dem Centrum Gelegenheit, sich zu äußern, was ja bisher nicht geschehen ist. Nicht wir haben die Verfassungsfrage auf diesem kleinen Anlaß aufgeworfen, sondern die anderen Parteien. Als wir aber bei einer Frage von der Bedeutung der Wahlrechtfrage die Bitterkeit der Regierung verlangten, hat Dr. Friedberg, dem jetzt der Anlaß zu klein ist, nicht für unsere Antrag gestimmt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben uns gefreut, daß Sie mit dem Beschluß endlich einmal sich auf sich selbst besonnen haben. (Lachen rechts.) Wir halten in dieser Stellung fest, wir sind nicht in der Lage, so leicht umzufallen wie die Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Würde der Antrag von Heydebrand angenommen, so würden wir, obwohl wir Gegner des Antrags sind, dennoch eine gewisse Schadenfreude empfinden und uns mit Recht sagen können: eine solche Behandlung hat ein Haus wie dieses verdient! (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Lippmann (Vp.) stellt fest, daß am 4. Dezember Dr. Friedberg den Beschluß anregte, er wolle ihn nur nicht herbeiführen, weil er nicht genug guter Hoffnung war, daß das Haus einen solchen Antrag annehmen würde. Ich war letztere Hoffnung (Gr. Heiterkeit) und stellte den Antrag. Heute verweigert Dr. Friedberg sein Wort, wie Agitatoren, die etwas verächtlich und es dann nicht gemessen sein wollen. Der Minister des Innern hat sich in sein Inneres zurückgezogen (Heiterkeit), der Kriegsminister ist garnicht da, und da sollen wir sagen: was wir beschloßen haben, ist erledigt? Wir wollen den Kriegsminister hören. Wenn Sie sich diese Behandlung gefallen lassen, dann verdienen Sie Sie auch. (Beifall b. d. Vp. u. d. Soz.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Ich stimme dem Abg. Hoffmann zu, daß man von einem Menschen nicht mehr verlangen soll, als er leisten kann. Also verlange ich von ihm keine Logik. (Heiterkeit.) Meine Anregung ist erfüllt, der Ministerpräsident ist hier gewesen. (Lachen der Soz. — Zuruf: Wie bescheiden!) Wir haben nur verlangt, daß die zuständigen Minister hier erscheinen. Durch die Kommissionsberatung werden erneute Verhandlungen erst ermöglicht und dann kann Herr Hoffmann endlich im Plenum eine logische Rede halten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Herr Dr. Friedberg beklagt sich darüber, daß ich nicht genügend Logik besäße. (Sehr richtig! rechts.) Ihnen besäße ich ja manchmal vielzuviel Logik. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Ministerpräsident machte nach einem Satz rechtsum kehrt und verstand. (Heiterkeit und Zuruf rechts: Umkehren!) Das kann ich doch einem Minister nicht zumuten, daß er linksrum kehrt macht. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn übrigens Herr Friedberg die Heberweisung an eine Kommission für logisch erklärt, so hätte er logischerweise bereits am 4. Dezember den damals gestellten Antrag v. Heydebrand annehmen müssen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wollten Sie bloß das Vergnügen haben, den Ministerpräsidenten zu sehen, ohne Auskunft zu bekommen, na, auf das Vergnügen hätten Sie doch verzichten können. (Große Heiterkeit.) Vielleicht überlegt sich Herr Friedberg das und hält hier dann auch einmal eine logische Rede. (Laut rechts.) Hier bekommt man ja keine anderen, als

Aus aller Welt.

Geisthart Hauptmann und das Friedensideal. Bei dem Bankett der Nobelpreissträger, das in Stockholm stattfand, leierte G. Hauptmann den Frieden. „Ich trinke darauf — sagte er —, daß das der Stützung zugrunde liegende Ideal seiner Verwirklichung immer nähergeführt werde; ich meine das Ideal des Weltfriedens, das ja die letzten Ideale der Wissenschaft und der Kunst in sich schließt. Lie dem Kriege dienende Kunst und Wissenschaft ist nicht die letzte und echte, die letzte und echte ist die, die der Friede gebietet und die den Frieden gebietet. Und ich trinke auf den großen, letzten und rein idealen Nobelpreis, den die Menschheit sich dann zusprechen wird, wenn die rohe Gewalt unter den Völkern eine ebenso wertvolle Sache geworden (im wir), als es die rohe Gewalt unter den menschlichen Individuen der zivilisierten Gesellschaft bereits geworden ist.“

Schade, daß man von solchen Gedanken in Hauptmanns Werken seit langem nichts mehr findet.

Am Strindbergs Erbe. Die Kinder Strindbergs, die sich zu seinen Lebzeiten wenig oder garnicht um ihn kümmerten, sind in Streit geraten mit dem deutschen Uebernehmer Strindbergs Erbe Emil Scheuring. Dieser hat große Opfer für Strindbergs Werk gebracht, aber die Erben wollen den Profit davon einstecken. Der Schutzverband deutscher Schriftsteller, der sich mit der Angelegenheit beschäftigt, hat seine Entzifferung über das Verhalten der Erben ausgesprochen und seinen Syndikus mit der Wahrung von Scheuring's Rechten betraut.

Dieses peinliche Schicksal teilt Strindberg bekanntlich mit Tolstoi, nach dessen Tode sich ja auch die zärtlichen Verwandten über seinen geistigen Nachlaß stritten. Nirgends zeigt sich die Schädlichkeit des Privateigentums krasser, als wenn es sich um wertvollen geistigen Besitz handelt, für den man ja schon heute die Privateigentumsrechte nur für eine gewisse Zeit nach dem Tode gelten läßt. Daß auch dies von Schaden sein kann, zeigt wieder einmal obiger Vorfall. Und haben wir selbst im Fall Wagner nicht auch eine deutsche Strindberg-Affäre?

Zusammenstöße in der Höhe von einer Million Mark. In New York wurde eine neue umfangreiche Polizeinterziehung unangelegenheit entdeckt. Es handelt sich um Pariser, Berliner und Wiener Damentasletten, die von der Frau eines New Yorker Rechtsanwalts in New York eingekauft wurden. Die Dame bereiste Europa, kaufte zahlreich Taschentücher und führte sie in Amerika ein, indem sie sich als Ausländerin ausgab. Die Zollbehörde ermittelte, es liege Betrug vor, und die hinterzogenen Konsumenten

25 Millionen Rubel Bestechungsgelder. In dem in Petersburg tagenden Intendanturprozesse machte der Vertreter der Firma Thiel & Co. interessante Enthüllungen aus dem russischen Regierungskumpfe. Danach hat die genannte Firma im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre im ganzen 25 Millionen Rubel Schmier- und Bestechungsgelder an die Intendantur und das Artillerie-, Marine- und Postressort ausbezahlt müssen.

Das Rauener Messerattentat. Nachträglich hat jetzt das Messerattentat in dem Borortzug Nauener-Berlin, das der Vater-geselle Kettelstroch verübte, ein Todesopfer gefordert. Wie aus Nauener berichtet wird, ist im dortigen Krankenhaus in der vergangenen Nacht Frau Direktor Karstedt, die durch den Messerstecher im Borortzug schwer verletzt wurde, gestorben. Die Leiche wurde von der Polizei zur genauen Feststellung der Todesursache beschlagnahmt.

150 000 Liter Petroleum explodierten in den Depots der Standard Oil Company in New York. Ein Mann wurde getötet. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf eine halbe Million Dollar.

Zusammenstoß. Am Donnerstag vormittag stießen auf der eingleisigen Kleinbahnstrecke Jallhaus — Rahenellensogen (Dannover) in der Station Walsmolen zwei Güterzüge zusammen. Die Lokomotive und einige Wagen entgleisten. Sie wurden teilweise zertrümmert. Der Heizer und der Lokomotivführer erlitten schwere Verletzungen und wurden ins Dierzer Krankenhaus gebracht. Die Verletzungen des Lokomotivführers sind lebensgefährlich. Die Strecke wird vorerst bis morgen abend gesperrt bleiben.

Der untergegangene Dampfer. Berliner Blättermeldungen zufolge soll es sich bei dem vom englischen Schlachtschiff „Centurion“ gerammten Dampfer, von dem nur eine Laterne gefunden wurde, um den früheren Sloman-Dampfer „Sigaretta“ handeln, der jedoch von der Sloman-Reederei vor etwa einem Jahre verkauft wurde. Jetzt fährt er unter italienischer Flagge als Eigentum der italienischen Reederei Mazzano in Bari bei Genua und führt den Namen „Derna“. Er ist 3100 Zentner groß und hatte seiner Größe entsprechend vierzig Mann Besatzung. Auf Vorschlag der Meer, als er noch der Sloman-Linie gehörte nicht eingezählt.

Der „Centurion“ hat übrigens weit schlimmere Beschädigungen erlitten, als man gestern vermutete. Es dürfte volle

die Art der Beschädigung gehen verschiedene Gerüchte um, die aber nicht zuverlässig sind, und die Marinebehörden verweigern, wie immer in solchen Fällen, jede Auskunft. Die Küstenwächter und Lebensrettungsboote erhielten Weisung, nach den Trümmern des untergegangenen Dampfers Ausschau zu halten. Bis gestern abend konnte aber über keinen Erfolg berichtet werden.

Schulpflichtige Mädchen in New Yorker Spielhöhlen. Vierzig junge Mädchen, alle unter 15 Jahren und Töchter vermöglicher Eltern, wurden gestern bei einer polizeilichen Razzia in einer New Yorker Spielhöhle verhaftet. Es sollen sich noch mehr junge Mädchen in der Spielhöhle befunden haben, doch ist es diesen gelungen, durch die Fenster zu entfliehen.

Die Mädchen wurden auf die Wache gebracht, wo ihre Personalien festgestellt wurden. Die Polizei erklärt, daß die ausgehobene Spielhöhle sowie mehrere andere fast ausschließlich von jungen Mädchen besucht werden, die noch schulpflichtig sind und ihr reichlich bemessenes Taschengeld verpfuschen. Die Untersuchung hat ergeben, daß bereits früher ähnliche Fälle von der Polizei entdeckt wurden, daß sie aber vertuscht worden sind.

Das sind bezeichnende Kulturblüten des Kapitalismus aus einem Lande, wo man Arbeiter, wenn sie über 40 Jahre sind, vor die Wahl stellt: entweder zu betteln und obdachlos sich durchzuhungern oder zum Verbrecher zu werden.

Für die bevorstehende Weihnachtszeit. Vor einiger Zeit war in einer Tageszeitung unter dem Stichwort „Verurteilung Kinder“ zu lesen: „Seit wenigen Tagen zum zweiten Male konnte man gestern abend auf dem kleinen Markt beim der Straße Kinder beobachten, welche alle Symptome völliger Entkräftung zeigten. Wie festgestellt worden ist, hatten dieselben sich... Schokoladenbonbons gekauft, welche mit Alkohol gesüßt waren, wodurch sie in den trunkenen Zustand versetzt wurden. Der Anlaß der sogenannten Wälderbonbons, welchen vor Jahren die Polizei energisch zu Leibe ging, scheint jetzt wieder seine Blüten zu treiben.“ — In der Tat stellt das alkoholische Konfekt, wie es in fast allen einschlägigen Geschäften geführt wird, eine erhebliche Gefahr für die Kinder dar. Unter allen Umständen ist es bei der viel größeren Empfindlichkeit des kindlichen Organismus eine große und unverantwortliche Gedanklosigkeit, Kinder, wie es gerade zu Weihnachten selber vielfach geschieht, mit alkoholischen Süßigkeiten zu beduften. Man weiß, welche Konfekt in der Regel bestimmt wird und manne und verbotene die Kinder, bereit zu kaufen! Sonst nicht man leicht Kinder

Neuauflagen, dann muß man mal in eine einsteigen. (Seiter-
seit.) Wenn Sie meinen, daß dem Haus durch das Erscheinen
des Ministerpräsidenten genügend Respekt erwiesen sei, so
können Sie für den Antrag Beydebrand stimmen. Vielleicht ist
übrigens der Ministerpräsident noch draußen im Wandelgang!
(Seiterseit.) Von den Nationalliberalen aber kann man wohllich
sagen:

Sie schwanken hin, sie schwanken her
Und finden keine Logik mehr.

(Dr. Seiterseit.)

Damit ist die Geschäftsbildungsdebatte be-
endet. Zwischen den Abg. Bippmann (Rp.) und Dr. Fried-
berg (natl.) kommt es zu einer scharfen Auseinandersetzung, die
mit der Bemerkung Bippmanns schließt, daß er heute Herrn
Dr. Friedberg kennen gelernt habe und nicht wieder in den Ir-
tum verfallen werde, daß er sehr falsch sei. (Man sieht dann
noch die Abg. Dr. Schröder-Kasler (natl.) und Bippmann (Rp.)
in eine heftige Auseinandersetzung geraten.)

Ein Antrag der Volkspartei, über den Antrag v. Beyde-
brand namentlich abzustimmen, wird nur noch von den
Sozialdemokraten unterstützt. Der Antrag v. Beydebrand selbst
überweisung an die Budgetkommission) wird von der
Rechten dem Zentrum und den Nationalliberalen ange-
nommen. (Seiterseit. Haus und Tribüne leeren sich schnell.)
Hierauf wird der Entwurf einer Dinterleungs-
ordnung (Nehr. Hinterlegung von G.H. Wertpapieren,
Konten etc. bei den Amtsgerichten) nach kurzer Debatte an die
Justizkommission verwiesen.

Dann wird das Kawagesetz in zweiter und dritter
Lesung angenommen.

Es folgt eine

Interpellation des Abg. Frhr. v. Jellik (freikons.)

Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zur Entlastung
der zahlreichen mit Kommunalallianz — insbesondere mit Volks-
schulallianz überbürdeten Stadt- und Landgemeinden, namentlich
mittlerer und kleinerer Städte zu ergreifen?

Abg. Frhr. v. Jellik (freikons.) betont die Dringlichkeit
einer solchen Entlastung. Es muß unter Aufrechterhaltung der
kommunalen Selbstverwaltung ein möglichst gerechter Ausgleich
in der Belastung der starken und schwachen Gemeinden gefunden
werden.

Minister v. Falkow: Die Regierung erkennt das Vor-
handensein von Mißständen auf diesem Gebiete an. Zur
Erklärung der Frage, mit welchen Mitteln ihnen begegnet werden
kann, bedarf es recht eingehender Untersuchungen darüber,
welche Gebiete der kommunalen Aufgaben in den verschiedenen
Gemeinden hauptsächlich zur Steigerung der Belastungsunter-
schiede mitgewirkt haben und in welcher Weise ein Ausgleich
herbeigeführt werden kann. Diese Untersuchungen sind bereits
angeleitet und von ihrem Ergebnis wird es abhängen, welche
Maßnahmen zu ergreifen sein werden. Ich bin also heute noch
nicht in der Lage, materiell die gestellte Frage zu beantworten.

Ein Antrag Saffel (Rp.), die Verprechung der Inter-
pellation auf morgen zu verzagen, wird abgelehnt.

Abg. v. Jacobi (kons.) hebt hervor, daß insbesondere die
Belastung des städtischen Grundbesitzes sehr groß sei und empfiehlt,
daß gewisse Volksschulstellen auf den Staat übernommen werden.

Abg. Jentzer (Zentrum) betont, daß auch die großen
Städte unter den Schwierigkeiten leiden.

Die weitere Verprechung wird verlegt auf Freitag
12 Uhr (außer dem Antrag Axendit (rl.) betr. den Realcredit
und — auf Antrag des Abg. Girich (Soz.) — Antrag Frisch
(natl.) betr. Arreststrafen für Unterbeamte).

Schluß 4 Uhr.

Arbeiterbewegung.

Beim Minister. Am Donnerstag wurden die von der
Belegschaft der Saarbrücker Staatsgruben aus ihrer Mitte ver-
ordneten drei Delegierten von dem preussischen Handelsminister
v. Sydow in 5 1/2 stündiger Audienz empfangen. Sie
brachten zunächst die Wünsche der Arbeiterschaft in Bezug auf
die neuen Bedingungen der Arbeitsordnung und auf die neuen
Lohnverhältnisse vor. Bei der Besprechung der Arbeitsordnungs-
angelegenheit wurde hauptsächlich hervorgehoben, daß die einzige erhebliche
Veränderung in der zur Erfüllung eines alten Wunsches der Be-
legschaft angeordneten Verkürzung der Schleppezeit um zwei
Jahre bestünde, wodurch der Staatskasse Mehraufwendungen im
Betrag von etwa 1 1/2 Millionen Mark jährliche Löhne er-
mächtigen. In allen übrigen Punkten handelte es sich im wesent-
lichen nur um Fassungsänderungen, die an der bisherigen
Handhabung der Arbeitsordnung nichts änderten. Unter diesen
Umständen mußte die am 1. Dezember dieses Jahres in
Kraft getretene Arbeitsordnung aufrecht erhalten werden.

In der Lohnfrage verwies der Minister auf die
eingehenden Bestimmungen und Ausführungen, welche der
Vorsteher der Bergwerksdirektion den Arbeiterabgeordneten in
der Besprechung vom 5. Dezember d. J. gemacht hatte und hob
besonders hervor, daß die Löhne schon seit Jahresfrist im Steigen
begriffen seien. Die weiteren von den Arbeitern gebrachten
Vorgebrachten Einzelbeschwerden nahm der Minister mit der Be-
merkung entgegen, daß sie bei ihrer Vorbringung und Entreichung
in geordneten Instanzenwege eingehend und auf das mög-
lichste geprüft werden sollten.

Da die Besprechung zwischen der Deputation der Saar-
Bergleute und dem Handelsminister so gut wie ergebnislos blieb,
erscheint der Streikausbruch im Saar-Revier nunmehr un-
vermeidlich. Der Christliche Gewerbeverein wird in einer all-
gemeinen Revierkonferenz am Sonntag seine weiteren Schritte hier-
zu festlegen.

Schweiz. Nach einem Bericht des Sekretariats der
Schweizer Landwirte sind von 243.710 organisationsfähigen
Landwirten organisiert: in Milchviehwirtschaften 140.471
in Tierzuchtvereinen 78.341, in Vereinen der Fruchtproduzenten
9326, in Vereinen der Weinbauern 49.8, zusammen 233.687 oder
96 Prozent aller Organisationsfähigen. Ihre Gesamtinteressen
werden durch ein gemeinsames Sekretariat vertreten. Diese
lehrreichen Zahlen machen den ungeheuren Einfluß der Schweizer
Landwirte auf das öffentliche Leben verständlich.

Spanien. Eisenbahnerstreik. Auch in den süd-
lichen Provinzen ist eine Einigung der Eisenbahner mit den Ge-
sellschaften zustande gekommen, jedoch der Generalstreik jetzt all-
gemein beendet ist. Eine große Anzahl von Verhaftungen aus
Anlaß des Streiks jedoch wird immer noch erwartet.

Verstärkte Einsetzung. Jahreskongress der Ge-
werkschaften. In Rochester im Staate New York fand
der Jahreskongress des Gewerkschaftsbundes statt, auf dem 376
Delegierte 1.770.000 Mitglieder vertraten gegen 1.760.000 im
Vorjahre. Bei den Vorstandswahlen hatten die Sozialisten den
bisherigen Leiter dieses Jahres Gegenkandidaten entgegengestellt.
Der Präsident erhielt Compens und 12.000, kein sozialistischer
Gegenkandidat über 5000 Stimmen. Verhältniß war das Stimmen-
verhältnis bei den anderen Wahlen. Der Bericht über die poli-
tische Haltung des Gewerkschaftsbundes wurde nach heftiger
Diskussion mit 186 gegen 43 Stimmen gutgeheißen.

Internationales. Sozial in Japan muß eine Organisation
der Arbeiter rasch beschaffen, welche eine konstitutionelle Re-
gierung vom Gouverneur einleitet, wie in England und
Deutschland, doch hoffen die Japaner das mit Hilfe der ameri-
kanischen Arbeiterpartei ändern zu können.

England. Die englischen Gewerkschaften
(ohne Irland) hatten Ende 1911 insgesamt 2.635.000 Mitglieder
bei einem Kapitalbestande von über einer Milliarde und
einem Jahresumsatz von über 2,7 Milliarden Mark. Der Ge-
winn betrug im Jahre 1911 über eine Billionen Mark. Der
Gesamtumsatz betrug 12.600 Millionen in Gewerkschaftsbetrieben
begriffen. Die Mitgliederzahl stieg im Vergleich mit dem Jahr
1910 um 100.000.

Frankreich. Eine von 3000 Pariser Bank-
beamten beschlossene Versammlung beschloß, in eine energische
Bewegung zur Eringung besserer Bezahlung und Gründung
einer Pensionskasse einzutreten. Die Gewerkschaften der
Bankbeamten gehören der französischen Gewerkschafts-
zentrale an.

Holland. Der Streik der Zigarrenmacher
wurde mit gutem Erfolge in Amsterdam beendet; nur in der
Provinz konnte nicht voll erzielt werden, da die katholische Ge-
werkschaft die Wiederaufnahme der Arbeit beschloß.

Italien. Das Blatt „Internationale“ der
italienischen Revolutionäre feierte ihr fünfjähriges Be-
stehen. In dieser Zeit hat es 41 Verurteilungen zu insgesamt
34 Jahren 2 Monaten und 4 Tagen Gefängnis und 17.600 Lire
Geldstrafen erlitten.

Bedauerliche Streikvorfälle in Nordamerika. Aus-
ständige Arbeiter der Eisenbahn schlossen bei Edgewater
(New-Jersey) auf ein Schiff, auf dem sich von der Bahn
beschäftigte Arbeitswillige und sie begleitende Postbeamten
befanden. Zwei Beamte wurden getötet und
neun verletzt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Die schlesische Rekrutierung

hat im vorigen Jahre nach der letzten dem Reichstag zuge-
gangenen Denkschrift des Reichslanklers wieder recht un-
friedigende Ergebnisse gehabt.

In den beiden schlesischen Aushebungbezirken des 5. und
6. Armeekorps wurden von zusammen 62.766 einjährig Abge-
reiteten nur 31.839 tauglich befunden, das sind 50 Prozent.
Der Reichsdurchschnitt ist 53,7 Prozent. Das schlechteste Er-
gebnis zeigt Mittel- und Oberschlesien bei denjenigen Rekruten,
die nicht nur auf dem Lande geboren, sondern noch dazu in der
Landwirtschaft tätig sind. Hier beträgt das Tauglichkeits-
prozent nur 51 gegen 57 in Niederschlesien und 58 im Reichs-
durchschnitt. Wie schlecht alle diese Ziffern sind, lehrt z. B. Ost-
preußen und Elsaß mit über 19 Prozent. Auch die Zahlen für
die in den Städten geborenen gewerblich-industriell Beschäftigten
sind nicht gut: in Niederschlesien 48 Prozent, in der übrigen
Provinz nur 46 Prozent. Weitaus am wenigsten tauglich sind
Rekruten von 49 Prozent, während Rhein- und Westfalen 54 Pro-
zent, Württemberg 55 Prozent und Elsaß sogar 65 Pro-
zent zeigten.

Hoffentlich öffnet diese Statistik unserer Regierung die
Augen und zeigt, wo der Hebel anzusetzen ist, um der fort-
schreitenden Degenerierung der Volksmassen Einhalt zu tun. Bei
langer Arbeitszeit, schlechten Löhnen und
teuren Lebensmittelpreisen kann eben kein kräftiger
Menschenschlag gezeihen.

Brigg, 13. Dezember. Achtung, Gewerkschaftler
und Parteigenossen! Nächsten Sonntag, den 15. De-
zember, nachmittags von 3 bis 4 Uhr, findet bei Reichelt,
Doppelstraße, die letzte diesjährige Ausstellung von
Büchern und Zeitschriften aller Art statt. Ver-
stellungen werden dort entgegengenommen. Die Genossen werden
nochmals ermahnt, ihren Bedarf an Büchern dort zu decken. Um
regen Zutritt bitte die Kolportage der „Volkswacht“.

Ostpr., 13. Dezember. Die agrarische Mittel-
landschaft zeigt sich in folgenden Ziffern, das
der hiesige Magistrat und der Vorstand des Vereins selbständiger
Kaufleute gemeinsam im hiesigen Staatsblatt erließen:

Und die Herrschaften vom Lande!

Im Interesse anderer um keine Grinsen! Ich merke in den
gewerblichen Mittelständen richten wir an die sehr geehrten
Herrschaften vom Lande die ergebene Bitte, ihre
Verkaufseinkäufe nur in unserer Kreisstadt Oplau zu
beziehen.

Die sehr geehrten Herrschaften vom Lande, gemeint sind
damit natürlich nur die Agrarier, unterstützen bekanntlich
immer nur vor den Wahlen der Mittelstände in der Theorie.
Somit bedauern sie zu ihren Entwürfen die Mittelstände vor
nicht bekannt sind, und wo es denn er auflieft, wenn von den
Mittelständen größere Summen für Luxusartikel aus-
gegeben werden. So sieht die Mittelstandsfreundlich-
keit der sehr geehrten Herrschaften vom Lande in der
Praxis aus.

Waldenburg, 13. Dezember. Eine schwere Gas-
vergiftung ereignete sich im naden Sandberg. Als
Donnerstag früh gegen 10 Uhr eine Frau Dürich an der
Wohnung ihrer Eltern, des Ehepaars Juna in der Walden-
burgerstraße 7, vorüberkam, fiel es ihr auf, daß die Fensterläden
der Wohnung noch geschlossen waren. Als ihr auf ihr Klopfen
die Wohnung nicht geöffnet wurde, ging sie in die Carlshütte,
wo ihr Vater als Richter beschäftigt war. Dort erfuhr sie, daß
Jung nicht zur Arbeit gekommen sei. Beunruhigt eilte sie nach
der elterlichen Wohnung zurück und ließ die Tür aufbrechen.
Ein starker Gasgeruch drang den Eintretenden entgegen. Das
alte Ehepaar lag bewusstlos und schwer röchelnd im Bett. Die
Behandlung der Verletzten mit Sauerstoffapparaten hatte zwar vor-
läufig Erfolg. Ob aber beide mit dem Leben davon kommen
werden, ist sehr fraglich, denn bis zum späten Nachmittag war
das Bewusstsein noch nicht zurückgekehrt. Die Ursache, wie das
Unglück entstehen konnte, steht noch nicht fest.

Landeshut, 13. Dezember. Heberpatrioten! Aus
dem Bürgerwehkorps und aus dem Kriegerverein soll der
Gastwirt John im Gasthof „Zum Kater“ ausgeschlossen worden
sein. Wenn sich das bestätigt, ist dürfte es darauf zurückzuführen
sein, daß im Jahr John kein Kater zu einer Versammlung zur
Verfügung stellte. Wahrscheinlich eine edle Katze!

Göhran, 13. Dezember. Auch ein „Freund“.
Wissenschaftliche Aufschuldigung wird dem schon mehrfach vor-
beschriebenen Malermeister Emil Dvorak aus Göhran zur
Last gelegt. Er war eines Sonntag vormittags auf dem hiesigen
Folgermarkt erschienen und hatte Anzeige gegen seinen Freund,
den Malermeister Kaufmann Franz Sibenow, mit dem er vorher
einen Vertrag gehabt hatte, wegen Betruges erlassen, obwohl er
wußte, daß Sibenow nicht gebeten war. Sibenow wurde auf
diese falsche Beschuldigung hin verhaftet und 24 Stunden im
Haft gehalten. Dvorak erhebt jetzt von der Göhraner Straf-
kammer für diesen „Freundshändeln“ ein Jahr Ge-
fängnis und zwei Jahre Exzessivstrafe.

Göhran, 13. Dezember. Todesopfer. Schon
wider ist in der hiesigen Zuckfabrik ein junges Menschen-
leben vernichtet worden. Der Arbeiter Rensch aus Kreuzen-
welle verlor rasch während des Betriebs im Zuckerkochen
den Trankwasserkocher mit einem Stöckel an. Mit un-
geheurer Kraft schlug er sich auf den Kopf und traf den unglücklichen
an Hinterkopf, wodurch ihm der Leib ausgehauen
wurde, jedoch er noch drei Stunden wachte. Der Verunglückte
war erst 24 Jahre alt und war ein sehr tüchtiger Arbeiter.
Wann man weiß, wie wichtig der hiesigen Zuck-
fabrik die Arbeiter zur Reiberei sind, die gebotenen
Vorsichtsmaßregeln oft außer acht gelassen werden müssen, wie-
leicht auch das gefährliche Kienwasser — ob mit oder ohne
Schweiß — nicht unterlassen — ist so gefährlich
wurde, so dürfen den Angehörigen die diesen Unglücksfall
nicht mitleidig. Dieser Mensch ist ein Mann, immer
zu jeder Stunde eine Arbeit zu verrichten.

zuziehen, die dann unter großen Öffnungen Selma und
mitte verlassen, um schließlich infolge des Massenangebots un-
mangels jeglicher Organisation der schwerreichen Zuckfabri-
kanten Arbeitskräfte zu liefern. So lange indes die Arbeit-
den Segen der Organisation nicht erkannt haben, dürfte freilich
eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage noch in weiter Ferne
liegen.

Polen, 13. Dezember. Wahlverein. In der am Mit-
woch abgehaltenen Versammlung sprach Genosse Scholich
Breslau über den preussischen Parteitag. Seinen Ausführungen
folgte eine kurze Debatte, in der sich die Genossen für Ent-
sendung eines Delegierten entschieden. Als Kandidat wurde Ge-
nosse Pawlich aufgestellt. Ein Antrag, 10 Mark für Ausstattung
einer Bibliothek zu bewilligen, wurde angenommen. Ferner er-
neht an die Genossen die Bitte, einmalige Bücher beschreibender oder
unterhaltender Art dem Vorstande als Geschenk zu überreichen.

Brand (Kr. Schwes), 13. Dezember. Der Schieß-
prügel. Der Sohn des Eigentümers Andreas Neumann
stellte mit einem Revolver Schießversuche an. Ein
fehlgegangener Schuß traf den 9 Jahre alten Sohn des
Besizers Leopold Wollermann so unglücklich in den Unter-
leib, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Bisher
soll es noch nicht, die Kugel zu entfernen. Ob das Kind wieder
am Leben erhalten werden können, erscheint fraglich.

Aus Oberschlesien.

Die Bücher- und Spielwaren-Ausstellung.

die sich in den Orten, wo sie bisher stattfand, des größten Zu-
wachs erfreute, soll im Laufe der nächsten Tage noch wiederholt
werden und zwar in

Jabrze: Sonnabend, den 14. Dezember, von nachmittags 5 bis
10 Uhr und Sonntag, den 15. Dezember, von vormittags
10 Uhr bis abends 10 Uhr, im Gewerkschaftslokal.

attowitz: Sonntag von vormittags 11 Uhr ab den ganzen Tag,
an Wochentagen von 6 bis 9 Uhr abends im Gewerkschafts-
lokal.

Reudorf Antonenhütte: Von Montag, den 16. Dezember,
mittags 12 Uhr bis abends 9 Uhr, und Dienstag, den ganzen
Tag, bis abends 9 Uhr.

Es darf erwartet werden, daß die Genossen mit ihren
Familien recht zahlreich die Ausstellung besuchen und ihre Ein-
käufe an guten, aber trotzdem billigen Büchern und Spielwaren
dort bedenken.

In Leuthen hatte die Ausstellung einen über Erwarten
guten Erfolg. In den vier Tagen der Dauer der Ausstellung
wurden für über 2 0 Mt. Bücher umgesetzt. Ein Beweis für
die Güte der Waren und das Bedürfnis unserer Genossen, sich
in den Besitz guter Bücher zu setzen.

Reife, 13. Dezember. Im Namen des Königs!
In der Straßsage gegen den Redakteur Emil Kabsch in Bres-
lau, geboren am 25. Juni 1866 in Würzburg, ist, dem
wegen Verleumdung, hat die erste Strafkammer des königlichen
Landgerichts in Breslau in der Sitzung vom 17. Oktober 1912,
an welcher teilgenommen haben: Präsident, Landgerichtsdirektor,
als Vorsitzender: Reinge, Landgerichtsrat, Schmidt, Landge-
richtsrat, Thomae, Landgerichtsrat, Mühlhuth, Landrichter, als
beisitzende Richter: Arntz, Staatsanwalt, als Beamter der
Staatsanwaltschaft: Nummiller, Referendar, als Gerichtsschreiber:
für Recht erkannt: Der Angeklagte Emil Kabsch ist der öffent-
lichen Verleumdung schuldig und wird deshalb unter Verleu-
dung der Kosten des Verfahrens zu 500 (fünfhundert) Mark
Geldstrafe, wofür im Nichtbeitragsfalle für je 5 (fünf)
Mark 1 (ein) Tag Gefängnis tritt, verurteilt. Von Verleumdung,
in der Anklageschrift (Band 1 Blatt 215 und 215a) unter 1
bis 25 aufgeführten Personen, nämlich 1. dem Oberkaplan, 2. dem
Kaplan, 3. dem Kaplan Stödel, 4. dem Kaplan Jöhlich, 5. dem
Kaplan Klotz, 6. dem Kaplan Klotz, 7. dem Kaplan Klotz, 8. dem
Kaplan Klotz, 9. dem Kaplan Klotz, 10. dem Kaplan Klotz, 11. dem
Kaplan Klotz, 12. dem Kaplan Klotz, 13. dem Kaplan Klotz, 14. dem
Kaplan Klotz, 15. dem Kaplan Klotz, 16. dem Kaplan Klotz, 17. dem
Kaplan Klotz, 18. dem Kaplan Klotz, 19. dem Kaplan Klotz, 20. dem
Kaplan Klotz, 21. dem Kaplan Klotz, 22. dem Kaplan Klotz, 23. dem
Kaplan Klotz, 24. dem Kaplan Klotz, 25. dem Kaplan Klotz.

Reife, 13. Dezember. In der Straßsage gegen den Redakteur Emil Kabsch in Bres-
lau, geboren am 25. Juni 1866 in Würzburg, ist, dem
wegen Verleumdung, hat die erste Strafkammer des königlichen
Landgerichts in Breslau in der Sitzung vom 17. Oktober 1912,
an welcher teilgenommen haben: Präsident, Landgerichtsdirektor,
als Vorsitzender: Reinge, Landgerichtsrat, Schmidt, Landge-
richtsrat, Thomae, Landgerichtsrat, Mühlhuth, Landrichter, als
beisitzende Richter: Arntz, Staatsanwalt, als Beamter der
Staatsanwaltschaft: Nummiller, Referendar, als Gerichtsschreiber:
für Recht erkannt: Der Angeklagte Emil Kabsch ist der öffent-
lichen Verleumdung schuldig und wird deshalb unter Verleu-
dung der Kosten des Verfahrens zu 500 (fünfhundert) Mark
Geldstrafe, wofür im Nichtbeitragsfalle für je 5 (fünf)
Mark 1 (ein) Tag Gefängnis tritt, verurteilt. Von Verleumdung,
in der Anklageschrift (Band 1 Blatt 215 und 215a) unter 1
bis 25 aufgeführten Personen, nämlich 1. dem Oberkaplan, 2. dem
Kaplan, 3. dem Kaplan Stödel, 4. dem Kaplan Jöhlich, 5. dem
Kaplan Klotz, 6. dem Kaplan Klotz, 7. dem Kaplan Klotz, 8. dem
Kaplan Klotz, 9. dem Kaplan Klotz, 10. dem Kaplan Klotz, 11. dem
Kaplan Klotz, 12. dem Kaplan Klotz, 13. dem Kaplan Klotz, 14. dem
Kaplan Klotz, 15. dem Kaplan Klotz, 16. dem Kaplan Klotz, 17. dem
Kaplan Klotz, 18. dem Kaplan Klotz, 19. dem Kaplan Klotz, 20. dem
Kaplan Klotz, 21. dem Kaplan Klotz, 22. dem Kaplan Klotz, 23. dem
Kaplan Klotz, 24. dem Kaplan Klotz, 25. dem Kaplan Klotz.

Reife, 13. Dezember. In der Straßsage gegen den Redakteur Emil Kabsch in Bres-
lau, geboren am 25. Juni 1866 in Würzburg, ist, dem
wegen Verleumdung, hat die erste Strafkammer des königlichen
Landgerichts in Breslau in der Sitzung vom 17. Oktober 1912,
an welcher teilgenommen haben: Präsident, Landgerichtsdirektor,
als Vorsitzender: Reinge, Landgerichtsrat, Schmidt, Landge-
richtsrat, Thomae, Landgerichtsrat, Mühlhuth, Landrichter, als
beisitzende Richter: Arntz, Staatsanwalt, als Beamter der
Staatsanwaltschaft: Nummiller, Referendar, als Gerichtsschreiber:
für Recht erkannt: Der Angeklagte Emil Kabsch ist der öffent-
lichen Verleumdung schuldig und wird deshalb unter Verleu-
dung der Kosten des Verfahrens zu 500 (fünfhundert) Mark
Geldstrafe, wofür im Nichtbeitragsfalle für je 5 (fünf)
Mark 1 (ein) Tag Gefängnis tritt, verurteilt. Von Verleumdung,
in der Anklageschrift (Band 1 Blatt 215 und 215a) unter 1
bis 25 aufgeführten Personen, nämlich 1. dem Oberkaplan, 2. dem
Kaplan, 3. dem Kaplan Stödel, 4. dem Kaplan Jöhlich, 5. dem
Kaplan Klotz, 6. dem Kaplan Klotz, 7. dem Kaplan Klotz, 8. dem
Kaplan Klotz, 9. dem Kaplan Klotz, 10. dem Kaplan Klotz, 11. dem
Kaplan Klotz, 12. dem Kaplan Klotz, 13. dem Kaplan Klotz, 14. dem
Kaplan Klotz, 15. dem Kaplan Klotz, 16. dem Kaplan Klotz, 17. dem
Kaplan Klotz, 18. dem Kaplan Klotz, 19. dem Kaplan Klotz, 20. dem
Kaplan Klotz, 21. dem Kaplan Klotz, 22. dem Kaplan Klotz, 23. dem
Kaplan Klotz, 24. dem Kaplan Klotz, 25. dem Kaplan Klotz.

Reife, 13. Dezember. In der Straßsage gegen den Redakteur Emil Kabsch in Bres-
lau, geboren am 25. Juni 1866 in Würzburg, ist, dem
wegen Verleumdung, hat die erste Strafkammer des königlichen
Landgerichts in Breslau in der Sitzung vom 17. Oktober 1912,
an welcher teilgenommen haben: Präsident, Landgerichtsdirektor,
als Vorsitzender: Reinge, Landgerichtsrat, Schmidt, Landge-
richtsrat, Thomae, Landgerichtsrat, Mühlhuth, Landrichter, als
beisitzende Richter: Arntz, Staatsanwalt, als Beamter der
Staatsanwaltschaft: Nummiller, Referendar, als Gerichtsschreiber:
für Recht erkannt: Der Angeklagte Emil Kabsch ist der öffent-
lichen Verleumdung schuldig und wird deshalb unter Verleu-
dung der Kosten des Verfahrens zu 500 (fünfhundert) Mark
Geldstrafe, wofür im Nichtbeitragsfalle für je 5 (fünf)
Mark 1 (ein) Tag Gefängnis tritt, verurteilt. Von Verleumdung,
in der Anklageschrift (Band 1 Blatt 215 und 215a) unter 1
bis 25 aufgeführten Personen, nämlich 1. dem Oberkaplan, 2. dem
Kaplan, 3. dem Kaplan Stödel, 4. dem Kaplan Jöhlich, 5. dem
Kaplan Klotz, 6. dem Kaplan Klotz, 7. dem Kaplan Klotz, 8. dem
Kaplan Klotz, 9. dem Kaplan Klotz, 10. dem Kaplan Klotz, 11. dem
Kaplan Klotz, 12. dem Kaplan Klotz, 13. dem Kaplan Klotz, 14. dem
Kaplan Klotz, 15. dem Kaplan Klotz, 16. dem Kaplan Klotz, 17. dem
Kaplan Klotz, 18. dem Kaplan Klotz, 19. dem Kaplan Klotz, 20. dem
Kaplan Klotz, 21. dem Kaplan Klotz, 22. dem Kaplan Klotz, 23. dem
Kaplan Klotz, 24. dem Kaplan Klotz, 25. dem Kaplan Klotz.

Reife, 13. Dezember. „Gefährliche Spione“. Ein
eigenartiges Abenteuer hatten zwei Reisende einer Berliner
Verlag firma. In Reife waren sie geschäftlich tätig, als sie Auf-
zeichnungen auf der Straße machten, kam ein Eisenbahnbeamter
auf den Gedanken, es könne sich um Spione handeln. Die
hiesige Bahnpolizei wurde alarmiert, weil festgestellt worden
war, daß die beiden nach Döbeln fuhren. Hier wurde sie ver-
haftet, inbessenen bald wieder freigelassen, denn es stellte sich
heraus, daß es wohllegitimierter Geschäftsreisende waren.

Reife, 13. Dezember. Galgenstrafe. Kölschmeister
Podlawa, der vom hiesigen Schwurgericht wegen eines schreck-
lichen Mordes zum Tode verurteilt wurde, hat Revision gegen
das Urteil eingelegt. — Die beiden anderen Mörder Wiegorel
und Kufelko, die am Mittwoch vom gleichen Schwurgericht zum
Tode verurteilt wurden, wollen, wie uns berichtet wird, ebenfalls
als Rechtsmittel der Revision ergreifen. — Alle drei Mörder
sind katholisch. Podlawa gebürtig ist bekanntlich in der Ver-
handlung besonders fromm, er rief fortwährend Gott zu seinem
Zeugen an und stellte alle Belastungszeugen als Lügner hin.

Reife, 13. Dezember. Der Siffel des
Freiheits. In einer der letzten Nächte wurden einem Haus-
besitzer in Döbeln drei schöne Pratzgänse gestohlen. Die
Diebe besaßen die Unverfrorenheit, nach einigen Tagen
dem Bestohlenen die Gänseleichen per Post zu-
rückschicken.

Jabrze, 13. Dezember. Die letzte Schicht. Auf
Brandenburggrube wurde der Schlepper Fronka durch herab-
stürzende Kohle erschlagen und die Leiche nach dem Knapp-
schichtlazarett Rudolfsgrube geschafft.

Refer! Geborgt bei Herrn Gläuser unsere zu
erhalten und die Abgaben des Bezugs
quellen-Verzeichnisses.

Stadt-Theater

Freitag 7 1/2 Uhr:
„Der Schwan der Madonna“
Sonntag 7 1/2 Uhr:
(Ermäßigte Opernpreise.)
„Mignon“
Samstag, nachmittags 5 1/2 Uhr:
„Der Schwan der Madonna“
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
„Der Rosenkavalier“

Lobe-Theater

Freitag 7 1/2 Uhr: 6800
„Die Schwanen als Cyriker“
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Sam 1. Platz:
„Ariadne auf Naxos“
Samstag, nachmittags 5 1/2 Uhr:
„Alt-Heidelberg“
Sonntag, abends 8 Uhr:
„Bellinde“

Thalia-Theater

Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die Schwanen als Cyriker“
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Die Schwanen als Cyriker“
Samstag, nachmittags 5 1/2 Uhr:
„Die Schwanen als Cyriker“
Sonntag, abends 8 Uhr:
„Die Schwanen als Cyriker“

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr: 6810
„Der Frauenfresser“
Sonntag 8 Uhr:
„Der Liebe Angustin“
Sonntag, nachmittags 5 1/2 Uhr:
„Die Götter“
Abends 8 Uhr:
„Der Frauenfresser“

Liebich's Etablissement

Täglich abends 8 Uhr:
Die unvergleichlichen
Dezember-Attraktionen.
Sonntag, den 15. Dezember:
1 Uhr Nachm.-Vorstellung
(Kleine Preise.)

Viktoria-Theater

Gastspiel 6788
„Intime Kammerspiele“
Anfang 8 Uhr. Bons gütig.

Zeltgarten

Das erstklassige
Programm.
Anfang 8 Uhr. Bons gütig.
Im Tunnel:
Freikonzert.
6776

Wohin gehen wir heute?

Wir treffen wir uns?
Wo ist es am gemütlichsten?
Wir gehen ins **Café Fürst Blücher**
im Reuschstr. 11-12.
Täglich: **Künstler-Konzert**
der 3 Schönen a. K. in, in einem Konzert.
Tag u. Nacht geöffnet. Gute warme Küche.
2 erstklassige Billards.
Treffpunkt der Fremden.
Es laßt ergehen ein: 7010
Blagier Agitall Adolf Weissenberg
Gitarre. Beschäftigt w.

Prachtvolle

Weihnachtsgeschenke
150 Stück Kleinmöbel
9980] verkauft zu nie dagewesenen
Spottpreisen
Vier-Schreibt. 26 Hte. Nupbaum 55.00
Schreibtisch mit Leder 45.00
Eichener Büchertisch 45.00
Plüschgarnitur mit Spiegel 16.50
Bordüren 5-10.00, Etageren 9.00
Küchensch. 11.00, Wauerntisch 3.00
Tischsp. 12.00, Tischsp. 8.00
Max Giesel, Breslau, Brüderstr. 5.



Bringe mein Zigarren- u. Zigaretten-
Spezial-Geschäft in empfehl. Erinnerung
Hubenstr., Ecke Buddestr. 6927

1 geb. Phönix-Mähmaschine
für 32 Acker, selbstlos arbeitend, bei
Rosenfeld, Neumarkt 1. 1325 3/2

Sprechapparate

mit 3 neuen, verbesserten Kalliope-Platten
10 Mk., größer: mit 10 2 und 14, 10 Mk. etc.
Neue doppelstellige
Schallplatten
Alco. Kalliope z. 0.75 und 0.85 Mk.
selbstspielende Musikwerke,
ital. Mandolinen, Geigen,
Christbaumhänder mit Musik,
Gitarren, Leiern etc. verkauft spezialbillig
M. Liedecke, Stadgasse 3.

Praktische Weihnachtsgeschenke
in reicher Auswahl!!

findet man in meinem gut sortierten Lager.
Schirme!! für Herren, Damen u. Kinder, **Krawatten, Handschuhe,**
sowie **sämtl. Herrenartikel.** — Nur gutes Fabrikat! — Stets Neuheiten!
Bekannt reelle Bedienung!
Paul Pluntke, 38, Friedr.-Wilhelmstr. 38, vis-à-vis dem Deutschen
Kaiser. — Schirmfabrik u. Herrenartikel-Geschäft. 5240

Ohne Konkurrenz!

Herren-Hüte

steil und weich,
streng modern
von **195** Mk.
— Englische —
Bund-Mützen
95 Pf.

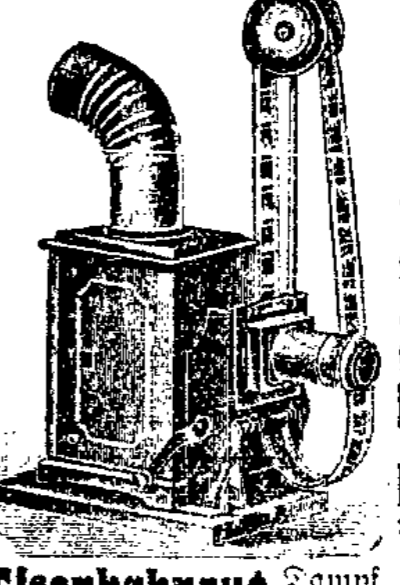
Deutsche Hut-Industrie,

Schmiedebrücke 17/18,
Ecke Kupferschmiede-
Adalbertstrasse 6.

Zum Weihnachtsfest

empfehle den Parteigenossen und Freunden
Uster, Paletots, Anzüge, Hosen, Westen, Knaben-Garderobe, alle
Arten Unterkleider, Hemd-n, Hosen, Jacken, Socken, Hosen-
träger, Wäsche, Oberhemd-n, Chm setts, Krage, Taschentücher,
Kragenschoner, sowie **meine berühmte Arbeits-Garderobe.**
V. Liepelt, Blicherstrasse 21,
Eingang Oelznerstrasse 7001

Laterna magica!



Schönstes Geschenk für die Kinderwelt!
1 Neu! **Spezial** 1 Neu!
herzlich! herzlich!
Mk. 6.00, 7.00, 9.00.
Laterna magica „Triumph“
Mit 50 St. Bildern, sehr hübsch,
Mk. 1.50, 2.50, 3.00.
Mit 50 St. Bildern u. 4 beweglichen
Bildern Mk. 4.00.
Mit 100 St. Bild., 9 Märchen-Land-
schaften u. 3 St. bewegl. Bild. Mk. 5.00.
auch als Lat. magica u. Kinetos.
Kino, Mk. 3.75, 4.50, 6.75, 8.50, 10.00, 13.50 etc.
Films von Mk. 0.75 an.
Dampfmaschinen, mit Wasserkessel etc.
wie Mk. 1.50, 2.00,
3.75, 5.00, 6.50, 8.00 bis 50.00.
Berühmte Modelle von Mk. 0.35 an.
Eisenbahnzug Dampf, 2 Wagen, Mk. 5.00, 6.50, 8.25 etc.
mit Uhrwerk Mk. 1.00, 1.50, 2.00, 2.50,
3.25, 4.50, 6.00 etc. — **Preislisten gratis und franko!**
Neue Schneidnischestr. 11

Eisenbahnzug

mit Uhrwerk Mk. 1.00, 1.50, 2.00, 2.50,
3.25, 4.50, 6.00 etc. — **Preislisten gratis und franko!**
Neue Schneidnischestr. 11

Richard Hei...

Bitte auf die Firma zu achten! 6971

Selten günstige Einkaufs-Gelegenheit
für das **Weihnachtsfest!**
Uhren und Goldwaren.

Dies ist eine große, besonders günstigen Einkaufs-Gelegenheit ist, solange her
4488
Herren-Rem.-Uhren 3 Mk.
Echt Silberne Herren-Rem.-Uhren 7 Mk.
Echt Silberne Damen-Rem.-Uhren 7 Mk.
Viele Uhren haben doppelten Goldrand.
Gold-Damen-Uhren 12 Mk.
Gold-Herren-Rem.-Uhren 25 Mk.
Freischwinger u. Regulator. 9 Mk.
Weder 125 Mk.
Herren- und Damenketten in jeder Auswahl.
Sporte-Neuheiten in Ohrringen, Broschen,
Halsbändern, Kuffern etc.
Vorzügliche Stücke mit Silbergriff.

Spezialität: Fingerringe goldene Drauringe

nach Gewicht in allen Preislagen.
Eigene Werkstatt für Reparaturen.

A. Mönius, Uhrmacher

Uhren- und Goldwaren-Kaufhaus
gegr. 1886
Kupferschmiede-Strasse, Eckhaus Schmiedebrücke 56
Wahrung! — Es wurde noch keinmal daran bemerkt, daß die
nach Gewicht und wie vor nur
Kupferschmiede-Strasse, Eckhaus Schmiedebrücke 56
Kaufhaus, den 15. Dez. 1907

Schütze's Musikhaus

vorm. **J. Plau**

Ring 57 Ring 57

Grösste Auswahl
sämtlicher Musikinstrumente.
Tausende Harmonikas
am Lager.

Violen

von 1 bis 140 Mk.
Violen, Mandolinen, Gitarren,
Block-Instrumente, Klarinetten,
Flöten. 6398

Selbstspielende Musikwerke etc.

Verkaufsstelle d. echten
Wiener Harmonikas.
Vorteilhafter Einkauf,
da selbst Fachmann.
Bitte genau auf
Firma zu achten.

Die Sensation Das Tagesgespräch
bildet unsere
Gratis-Weihnachts-Bescherung
obgleich sie nur ein kleiner Bruchteil ist von den Vorzügen, die wir Ihnen bei einem
Einkauf — egal ob
auf Kredit oder gegen bar 6970
bieten.
Schlesiens grösstes und leistungsfähigstes Unternehmen dieser Art
Julius Ollendorff & Co.
14 Albrechtstr. 14 **Breslau** 14 Albrechtstr. 14
Herren-Konfektion **Damen-Konfektion** **Möbel** **Lieferungen**
Sakko, Gehrock-, Kostüme, Einzelne Stücke nach auswärts er-
Jackett-, Frack- Röcke, Blusen, folgen franko.
Anzüge, Smoking, Mäntel, Samtmäntel, Verlangen Sie bitte
Hosen, Westen, Pelzwaren, Stolas und Muffen. unseren Katalog.
Uster.
Grösste Auswahl — Billige Preise — Streng reell — Diskret
Sonntag, den 15. Dezember,
ist unser **bis 6 Uhr** abends
Geschäft **geöffnet!**